

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVIII 4–2012

Post-Development: Empirische Befunde

Schwerpunktredaktion: Aram Ziai

mandelbaum *edition südwind*

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten

Redaktion: Markus Auinger, Gerald Faschingeder, Karin Fischer
(verantwortlich), Margit Franz, Daniel Görgl, Inge Grau, Karen Imhof,
Johannes Jäger, Johannes Knierzinger, Bettina Köhler, René Kuppe,
Bernhard Leubolt, Jasmin Malekpour, Andreas Novy, Christof Parnreiter,
Clemens Pfeffer, Stefan Pimmer, Petra Purkharthofer, Kunibert Raffer,
Anselm Skuhra, Koen Smet

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Dieter Boris (Marburg),
John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques Forster
(Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien), Franz
Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz), Uma Kothari (Manchester),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter
Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten
(Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Bettina Köhler

Umschlaggestaltung: Bettina Köhler

Titelfoto: Yves Tennevin („Zombie Walk de Nice“,

www.flickr.com/photos/styeb/7062413543/)

Inhaltsverzeichnis

4	ARAM ZIAI Post-Development: Empirische Befunde
8	DOMINIK GILGENBACH, BETTINA MOSER Lieber autonom als entwickelt? Zapatistische Autonomie als empirische Stütze des Post-Development?
30	ALICE HAMDI, SEBASTIAN HILF, KATHARINA SCHMIDT Alternativen in der Stadt: Der Kampf der Sem-Tetos in Rio de Janeiro
48	MIRJAM TUTZER Das Licht und die Flasche: Sichtweisen, Alternativen zu Entwicklung und Handlungsmacht in Kibera, Nairobi
69	FRIEDERIKE HABERMANN Von Post-Development, Postwachstum & Peer-Economy: Alternative Lebensweisen als „Abwicklung des Nordens“
88	MORITZ HUNSMANN ‘Alternatives to Development’ and Acute Dependency: HIV/AIDS as a Blind Spot of Post-Development Theory?
109	Rezension
111	Schwerpunktredakteur und AutorInnen
115	Impressum

ARAM ZIAI

Post-Development: Empirische Befunde

„Die Idee der Entwicklung steht wie eine Ruine in der intellektuellen Landschaft ... Die letzten vierzig Jahre kann man als das Zeitalter der Entwicklungspolitik bezeichnen. Aber diese Epoche geht zu Ende und es wird Zeit, einen Nachruf zu formulieren.“ (Sachs 1993: 1)

Zwanzig Jahre nach dem Erscheinen des zitierten Werkes ist die Idee der „Entwicklung“ keineswegs nur noch das Relikt vergangener Zeiten – oder gar eine „verwesende Leiche“, wie Esteva (in Sachs 1993: 89) behauptet. Sie hat mit den Millennium Development Goals sogar zwischenzeitlich (wieder einmal) eine Verjüngungskur bekommen – oder war es nur die x-te Schönheitsoperation, die künstlich und erfolglos den Anschein von jugendlicher Frische und Lebendigkeit wecken sollte? Gudynas (2011: 441) bezeichnet „Entwicklung“ als eine „Zombie-Kategorie“, nicht mehr lebendig, aber auch noch nicht richtig tot. Wie dem auch sei, die Post-Development-Schule sorgt auch nach zwei Jahrzehnten noch für produktive Unruhe in Entwicklungstheorie und -politik, nicht nur mit polemischen Metaphern, sondern bisweilen auch mit bedenkenswerten Argumenten.

Dabei besteht nicht immer Einigkeit, was genau die KritikerInnen unter „Entwicklung“ verstanden: Das Wohlstandsversprechen des kapitalistischen Lagers an die ehemaligen Kolonien im Kalten Krieg? Die (versuchte) Verallgemeinerung des westlichen Gesellschaftsmodells in einer modernisierungstheoretisch geprägten Entwicklungspolitik? Die Ausbreitung einer ökonomischen Rationalität als Bewertungskriterium von Lebensweisen? Sozialtechnologische Interventionen auf der Grundlage von ExpertInnenwissen, aber gegen den Willen der Betroffenen? Oder die Herabsetzung nichteuropäischer Kulturen mittels einer evolutionisti-

schen Geschichtsphilosophie? All diese Definitionen lassen sich bei näherer Betrachtung in verschiedenen Post-Development-Texten auffinden.

In jedem Fall ging es dem Post-Development darum, die gängige Darstellungs- und Sichtweise auf die Nord-Süd-Beziehungen – hier die „entwickelten“ Gesellschaften, die „EntwicklungsexpertInnen“ entsenden, dort die „weniger entwickelten“ Gesellschaften, die zu lösende Probleme haben – nachhaltig zu erschüttern. Dieser diskursive Fokus ist oft missverstanden worden. Wenn Escobar (2012: 4) schreibt, der Entwicklungsdiskurs habe Unterentwicklung erst hervorgebracht, dann ist dies nicht im Sinne eines sprachlichen Zaubertricks zu verstehen, sondern bezieht sich auf eine spezifische Rahmung und Deutung materieller Realitäten (unterschiedliche Industrialisierungsniveaus, soziale Ungleichheiten, kulturelle Differenzen), die eng verknüpft ist mit einer bestimmten Ursachendiagnose (Rückständigkeit, traditionelle Werte, vormoderne Produktionsweisen) und einem Bündel an Lösungsvorschlägen (Import von Kapital, Technologie, Wissen und Werten aus dem Westen). Die als Armut bezeichneten Verhältnisse wurden nicht diskursiv hervorgebracht, aber auf eine Art und Weise interpretiert und organisiert, dass die Versuche ihrer Minderung Herrschaftsverhältnisse zwischen Westen und Nicht-Westen, ExpertInnen und Zielgruppen, „Entwickelten“ und „Unterentwickelten“ herstellten oder aufrechterhielten – in einem eurozentrischen, entpolitisierenden und autoritären Diskurs der „Entwicklung“.

Dass es im Post-Development jedoch nicht nur um Kritik, sondern auch um „Alternativen zur Entwicklung“ geht, ist darüber oft vernachlässigt worden – bzw. wurden diese Alternativen nicht ernstgenommen. Nederveen Pieterse (2010: 122) zum Beispiel kritisiert, Post-Development biete „critique, but no construction“, denn: „In the end post-development offers no politics besides the self-organizing capacity of the poor“ – und die wird offensichtlich als defizitär bzw. nicht ausreichend für progressive Veränderungen wahrgenommen. Die ersten drei Beiträge dieses JEP demonstrieren, dass genau diese Selbstorganisation der Marginalisierten sehr wohl konstruktive politische Perspektiven beinhalten kann.

Dominik Gilgenbach und Bettina Moser untersuchen in ihrem Beitrag, inwiefern die zapatistischen Gemeinden in Chiapas/Mexiko „Alternativen zur Entwicklung“ im Sinne des Post-Development bieten. Nach der eingehenden Betrachtung von entsprechenden Praktiken im Bereich der Politik,

der Ökonomie und der Wissensproduktion kommen sie zu dem Schluss, dass diese durchaus lebensfähige Alternativen bieten, auch wenn sie dabei auf westliche Einflüsse zurückgreifen und keinesfalls nur auf ihre vermeintlich authentischen indigenen Traditionen.

Während im Post-Development oftmals ländliche Bewegungen im Vordergrund stehen, fragen Alice Hamdi, Sebastian Hilf und Katharina Schmidt nach urbanen Anwendungsmöglichkeiten des Ansatzes und entsprechenden Alternativen. Sowohl die Stadtentwicklung in Rio de Janeiro als auch die *Sem-Teto*-Bewegung(en) basisdemokratischer HausbesetzerInnen analysieren sie mit Hilfe der Thesen des Post-Development-Ansatzes. Doch so ermutigend die Besetzungen auch sind, so ungewiss ist ihre politische Zukunft.

Der Beitrag von Mirjam Tutzer führt uns in eine Siedlung, die plakativ als der „größte Slum Afrikas“ betitelt worden ist: in Nairobis Stadtteil Kibera. Kiberas Verortung im Entwicklungsdispositiv wird herausgearbeitet, bevor die vielfältigen Projekte derer geschildert werden, die im gängigen Diskurs nur als EmpfängerInnen von Hilfe und Entwicklungsprojekten vorkommen: von Radioinitiativen bis hin zu Jugendgruppen.

Wenn wir Post-Development ernst nehmen, dann sollten wir den Blick aus dem Norden auf den Süden als eine fragwürdige Praxis überdenken und auch hierzulande nach Praktiken und TrägerInnen gesellschaftlicher Veränderung suchen: Friederike Habermann gibt deshalb einen Überblick über Praktiken und Diskurse hierzulande – von Postwachstum über Subsistenz bis hin zur Abwicklung des Nordens –, die ganz im Sinne des Post-Development nach grundlegenden Alternativen zum vorherrschenden Gesellschaftsmodell suchen.

Post-Development ernstzunehmen, ist auch das erklärte Ziel des letzten Beitrags von Moritz Hunsmann, allerdings mit einer gänzlich anderen Zielrichtung. Am Beispiel der AIDS-Bekämpfung in Tansania geht er der Frage nach, was passieren würde, falls die Post-Development-Forderung nach Abschaffung der Entwicklungshilfe tatsächlich in die Tat umgesetzt würde – und was dies für eine emanzipatorische Kritik heißen könnte.

So unterschiedlich die Beiträge auch sind, und unabhängig davon, wie affirmativ oder skeptisch sie den provokanten Thesen des Post-Development gegenüberstehen: Sie demonstrieren allesamt, wie produktiv ihre Verknüpfung mit empirischer Forschung sein kann und wie wichtig die

Frage nach politischen Spielräumen jenseits der ausgetretenen Pfade der Entwicklungszusammenarbeit – und der altbekannten Denkmuster des Entwicklungsdiskurses – ist.

Literatur

Escobar, Arturo (2012): Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Princeton: Princeton University Press.

Gudynas, Eduardo (2011): „Buen Vivir: Today's tomorrow“: In: Development 54 (4), 441-447.

Nederveen Pieterse (2010): Development Theory: Deconstructions/Reconstructions. London: Sage.

Sachs, Wolfgang (Hg., 1993): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek: Rowohlt.

Aram Ziai

Zentrum für Entwicklungsforschung, Bonn

aram.z@gmx.net

DOMINIK GILGENBACH, BETTINA MOSER

Lieber autonom als entwickelt? Zapatistische Autonomie als empirische Stütze des Post-Development?

1. Einleitung

Ziel dieses Artikels ist es, das stark theoriebasierte Post-Development-Konzept empirisch zu unterfüttern, sieht sich dieser nach Alternativen zu „Entwicklung“ suchende Ansatz doch oft mit der Kritik konfrontiert, keine Handlungsmöglichkeiten für soziale Veränderungen anzubieten (Ziai 2004b: 1053). Keine universellen Modelle vorzulegen zählt sicherlich zu den größten Stärken des Post-Developments, gleichzeitig lassen sich, wie wir zeigen werden, auch aus dieser Theorie gewisse Prämissen für praktische Alternativen ableiten. Da sich dieser Artikel jedoch mit der Empirie beschäftigen soll, halten wir es mit Arturo Escobar (1995: 223): „the nature of alternatives as a research question and a social practice can be most fruitfully gleaned from the specific manifestations of such alternatives in concrete local settings“ und werden uns daher mit der zapatistischen Bewegung im südlichen Mexiko aus einer Post-Development-Perspektive auseinandersetzen.

Dass es einen Zusammenhang zwischen Post-Development und dem Kampf der Zapatistas für Autonomie und Würde gibt, scheint auf der Hand zu liegen, wird er doch mehrmals in einem Post-Development-Kontext erwähnt (Sachs 1997; Esteva 1994; Rahnema 1997; Habermann/Ziai 2007). Da uns eine tiefer greifende Analyse dieses Naheverhältnisses nicht bekannt war, haben wir uns in unseren Abschlussarbeiten intensiv damit auseinandergesetzt (Gilgenbach 2010; Moser 2009). Die Ergebnisse werden in diesem Artikel teilweise dargestellt. Dazu untersuchen wir zunächst, welche konstruktiven Alternativen der Post-Development-Ansatz aus seiner Kritik an „Entwicklung“ ableitet. Weiterhin wird es darum gehen, inwiefern diese in der zapatistischen Autonomie eine Entsprechung

finden. Zunächst wird dazu der Entwicklungsbegriff dekonstruiert (2) und die Post-Development-Kritik an „Entwicklung“ nachgezeichnet (3). Im nächsten Schritt wird das zapatistische Autonomieprojekt dahingehend untersucht, ob eine Alternative zu „Entwicklung“ praktiziert wird (4). Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst (5).

2. „Entwicklung“ als diskursive Konstruktion

Wir behandeln im Rahmen dieses Artikels „Entwicklung“ als Diskurs. In Anlehnung an den Diskursbegriff Michel Foucaults gilt es, Diskurse „als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1981: 74). Dementsprechend muss der Begriff der „Entwicklung“ in seiner (historischen) Konstruiertheit problematisiert werden.

Das Wort „Entwicklung“ lässt sich seit Mitte des 17. Jahrhunderts im Deutschen nachweisen und war eng verbunden mit naturwissenschaftlichen Fragestellungen (Kößler 1998: 16). Aus diesem Kontext heraus wurde es im Umfeld der im 18. und 19. Jahrhundert entstehenden europäischen Sozialwissenschaften metaphorisch auf gesellschaftliche Verhältnisse übertragen (zum Beispiel bei Kant, Hegel, Marx, Comte und Spencer) (Kößler 2004: 52, 1998: 15-38). Es wurde davon ausgegangen, dass Gesellschaften, quasi den Naturgesetzen folgend, verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen, wobei die industrielle Produktion die finale Stufe darstellt (Esteva 1992: 8f). Die Metapher der „Entwicklung“, die aus der „naturalisierenden Bilderwelt“ der Biologie schöpfte, wurde also zu einer Art „zweiter Natur“ (Coronil 2002: 178ff). Gesellschaftliche Prozesse konnten so als lineare, vorhersehbare und kontinuierliche Reife- und Wachstumsprozesse konzipiert werden. Ein historisch partikulares Phänomen wurde als universell gültiges Modell auch auf außereuropäische Gesellschaften übertragen, wodurch der Entwicklungsbegriff als stark eurozentristisches Modell zu verstehen ist. So steht er in enger Verbindung mit der europäischen Aufklärung, wo Naturgesetze die gestaltende Funktion Gottes übernahmen.

Weiterhin trat die beschriebene Naturalisierung von „Entwicklung“ in vielfältige Wechselwirkungen mit der in Europa im Entstehen begriffenen gesellschaftlichen Moderne – identifiziert mit Industrialisierung, effektiverer Naturaneignung und (vermeintlicher) Naturbeherrschung,

Verallgemeinerung der Warenform, Kapitalakkumulation, wirtschaftlichem Wachstum, Urbanisierung, Beschleunigung aller Lebensbereiche, Nationalstaatsbildung und einer hiermit einhergehenden *Normalisierung* (Kößler 1998: 15; Nederveen Pieterse 2001: 19). Jürgen Link (2009: 20) zeigt in einer Studie zur Konstruktion von Normalität (bzw. zum Normalismus), dass diese „zuerst im Zusammenhang mit moderner Massenproduktion und moderner Erhebung von Massendaten sowie der statistischen Analyse solcher Massendaten“ seit dem 18. und verstärkt im 19. Jahrhundert auftritt. Dabei wurde „Entwicklung“ zur *normalistischen Kategorie*: Die Verdattung der sogenannten Dritten Welt, die auch schon vor dem Ersten Weltkrieg zur Legitimation kolonialer Eroberungen herangezogen wurde, diente ab Ende der 1940er Jahre häufig als Beleg für evolutionäre oder entwicklungsbezogene Vorsprünge okzidentaler Kulturen und Gesellschaften (Hauck 2003: 51ff). Im Zusammenhang von Normalitätskonstruktion und Verdattung ist der heutige Entwicklungsbegriff um unzählige Entwicklungsindekatoren und -statistiken nahezu aller Gesellschaften erweitert worden. Aktuell können zum Beispiel der IWF, die Weltbank und die UNO als Protagonisten eines auf Massendaten basierenden Entwicklungsnormalismus gelten.

Zusammenfassend lassen sich nun zentrale Elemente des Entwicklungsdiskurses erkennen: Er beinhaltet die Konfrontation einer positiven Norm mit deren defizitärer Abweichung und impliziert darüber hinaus bereits Lösungsstrategien zwecks Einordnung in das anvisierte Normalfeld (Ziai 2006: 43f). Escobar (1995: 210) hat festgestellt, dass es dem Entwicklungsdiskurs immer wieder gelang, neue Elemente aufzunehmen, zum Beispiel „Women in Development“, „nachhaltige Entwicklung“, „Menschen mit Behinderungen“ etc., so dass sich die Diskurselemente über die Jahrzehnte zwar veränderten, der Diskurs selbst aber der gleiche blieb. Dies trug zur Reproduktion des Diskurses aus sich selbst heraus und zu seiner Selbstreferenz bei.

3. Die spezifische Kritik des Post-Development

Dem von uns skizzierten Konzept der „Entwicklung“ setzen Post-Development- Autor_innen eine umfassende Kritik entgegen. Escobar

(1985: 377) etwa beschreibt „Entwicklung“ als „the extension to the Third World of Western disciplinary and normalizing mechanisms in a variety of fields; and the production of discourses by Western countries about the Third World as means of effecting domination over it“. In diesem Kontext wird „Entwicklung“ im Sinne von Diskurs und Praxis als Fortführung des kolonialen Projekts gesehen, die sich aber subtilerer Strukturen bedient und so die direkten Formen kolonialer Unterdrückung substituiert (ebd.: 394). Im Entwicklungsdiskurs wird die sogenannte Dritte Welt laut Escobar (1993: 281) „theoretisch und politisch als ein Stück Natur oder Sache behandelt, die es durch Planung zu formen und zu normieren gilt, bis sie den ‚wissenschaftlich gesicherten‘ Vorstellungen von einer ‚Entwicklungsgesellschaft‘ entspricht“. Bei der Entwicklungsplanung wird ein vermeintlich objektives Expert_innenwissen über die sogenannte Dritte Welt hergestellt, das einen exklusiven Wahrheitsanspruch besitzt. In der Folge wird lokales Wissen entwertet und den Menschen an der Basis Wissen über ihre Situation sowie Handlungsoptionen abgesprochen (Du Bois 1991: 7). Entwicklungsplanung suggeriert, auf rein rationalen Annahmen zu basieren und frei von Interessen zu sein (Escobar 1993: 288).

Leonard Frank (1997) sieht in seinem Artikel *The Development Game* das Grundproblem der Entwicklungspraxis darin, dass diese mit rein technischen Lösungen auf strukturelle, politisch-ökonomische Problemlagen reagiert. Wie die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit zeigt, wurden die Probleme selten gelöst, so dass folglich nach dem gleichen Muster weitere „Objekte“ (Kleinbauern und -bäuerinnen, Frauen, Menschen mit Behinderung) zunächst sichtbar gemacht und dann in den Entwicklungsdiskurs einbezogen wurden (Ziai 2006: 43f). „Armut“ ist der zentrale Aspekt, unter dem Menschen in Ländern des Südens wahrgenommen werden, und oft eine Fremdzuschreibung: Erst durch die Eingliederung in globale Wirtschaftsstrukturen und eine westliche Armutsdefinition, zum Beispiel basierend auf dem Bruttosozialprodukt, begannen Menschen im Süden sich als arm zu verstehen (Rahnema 1993: 21f). Dass es sich bei Armut nicht um eine unschuldige, objektive und interessenlose Kategorie der Wissenschaft handelt, die zusätzlich vom Phänomen selbst abstrahiert und nicht nach strukturellen Ursachen fragt, wird anhand der Diskussion um unterschiedliche Armutsbegriffe und ihrer Kritik durch postkoloniale Ansätze recht deutlich (Dübgen 2010). Ohne materielle Not

zu leugnen muss Armut auch als Frage der Repräsentation verstanden werden, denn „Entwicklung“ legitimiert sich dadurch, dass die Bevölkerung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als arm und hilfsbedürftig dargestellt wird (Escobar 1993: 35).

Derartigen Positionen stellt sich die radikal-demokratische Strömung des Post-Development-Ansatzes entgegen und bewegt sich damit außerhalb des Entwicklungsdiskurses. Obwohl der Post-Development-Ansatz mit dem Vorwurf zu kämpfen hat, aus Angst vor eigenen Universalisierungen keine Alternativen zu „Entwicklung“ aufzeigen zu können, sind diese in den Texten zu erkennen (Ziai 2004b: 1052f). Im Folgenden beziehen wir uns auf die progressive Strömung des Post-Developments, die von einer populistischen, mit einem starren und konservativen Kulturbegriff arbeitenden Strömung zu unterscheiden ist (ebd.: 1055ff).

Young (2001: 55) bringt erstere in Verbindung mit sozialen Bewegungen, die eine Veränderung von unten anstreben. Gemeinsam sind ihnen die lokale Orientierung bei gleichzeitiger internationaler Vernetzung sowie die Forderungen nach kulturellem Pluralismus, Rechten, Eigenständigkeit und Nachhaltigkeit. Escobar (1995: 226) sieht am Post-Development orientierte Alternativen zu „Entwicklung“ in der Verteidigung des Lokalen verortet. Er versteht die Kritik an der eigenen Situation, an eigenen Werten und Praktiken als Methode, um die eigene Identität zu stärken. Zentral sind seiner Meinung nach auch die Ablehnung einer auf der eurozentristischen Moderne basierenden Entwicklung sowie die Formulierung von Visionen und konkreten Vorschlägen in Hinblick auf existierende Problemlagen. Ziai (2004a: 192) hat diesbezüglich folgende Kernbereiche des Post-Developments herausgearbeitet, auf die wir uns bei unserer Analyse beziehen wollen: „die Wiederaneignung der Politik (gegenüber dem Staat), die Wiederaneignung der Wirtschaft (gegenüber dem Markt und der Marktlogik) und die Wiederaneignung des Wissens (gegenüber der etablierten Wissenschaft)“.

So ist also die Dezentralisierung der Macht auf politischer Ebene eine der grundlegenden Forderungen des Post-Developments. Esteva und Prakash (1997: 281) unterstreichen, dass im lokalen Rahmen Alternativen entstehen können. Denn auf dieser Ebene sind Handlungen und Entscheidungen für Menschen noch nachvollziehbar, und es kann wirklich Verantwortung für diese übernommen werden, was die Voraussetzung für radi-

kale Demokratie bildet. Diese beschränkt sich nicht auf die gelegentliche Durchführung von Wahlen oder Volksabstimmungen, die letztendlich die Herrschaft von Eliten aufrechterhalten. Erst durch die Wiederaneignung der Politik ist Selbstbestimmung möglich, die mit der radikalen Transformation bzw. Auflösung staatlicher Strukturen einhergeht (Esteva/Prakash in Ziai 2004a: 193f). Die kritische Demokratietheorie zeigt – in Anlehnung an Marx – schon seit langem den konstitutiven Widerspruch liberaler Demokratien auf, die noch immer das nur selten hinterfragte Ideal des Entwicklungsdiskurses darstellen: „Während in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat der Gleichheitsgrundsatz als Grundlage für politische Herrschaft postuliert wird, steht dieser Anspruch im Gegensatz zu den kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen, für die er nicht gilt“ (Brand et al. 2000: 168).

Daher ergibt sich als Grundlage einer autonomen Veränderung der Lebensverhältnisse die Ablehnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Escobar (1995: 98) fordert, die Vielfalt der Wirtschaftsformen anzuerkennen, die auf lokaler Ebene nach wie vor bestehen. Hierzu können Subsistenzwirtschaft, informelle Ökonomie, aber auch kollektive Produktionsformen gezählt werden (Gibson-Graham 1996: 40ff). Zentral ist weiterhin, die Logik der Kapitalakkumulation und Nutzenmaximierung durch andere Ansätze zu ersetzen und die Produktion durch lokal verfügbare Ressourcen und entsprechend lokalen Bedürfnissen und Normen zu organisieren (Esteva/Prakash in Ziai 2004a: 194). Während im hegemonialen Entwicklungsdiskurs die Lösungskonzepte der Subalternen meist weder gehört noch gesehen werden, fordert der Post-Development-Ansatz, bereits bestehende Alternativen und Widerstände zu „Entwicklung“ wahrzunehmen. Die Existenz von Alternativen zeigt sich besonders, wenn kulturelle Differenzen in den Blick genommen werden. Laut Escobar (1995: 225) haben sie das Potenzial, Politiken der Repräsentation, und damit das soziale Leben selbst, zu verändern. Aus Minderheitskulturen oder hybriden kulturellen Zusammenhängen können neue Methoden entstehen, die Grundbedürfnisse zu organisieren. Die transformative Chance, die sich daraus ergibt, liegt in der Unterwanderung der unumstößlich scheinenden Grundsätze des Kapitalismus und der Moderne. Wenn Escobar gemeinsam mit vielen anderen Post-Development-Autor_innen die Anerkennung lokalen Wissens fordert, geht es ihm laut Ziai (2004a: 195) nicht darum, dem west-

lichen Wissenskomplex andere Wahrheiten entgegenzusetzen, sondern aufzuzeigen, dass auch im Bereich des Wissens verschiedene Sichtweisen auf einen Gegenstand möglich sind.

4. Das Ende der Almosen: Das zapatistische Autonomieprojekt und Post-Development

Im folgenden Abschnitt möchten wir analysieren, inwieweit das Autonomieprojekt der zapatistischen Bewegung in Mexiko einer praktischen Umsetzung des Post-Development-Ansatzes entspricht. Dazu betrachten wir die Ebene des Politikmachens, die der Wirtschaft und die der Bewertung und Aneignung von Wissen. Abschließend wird das zapatistische Entwicklungsverständnis diskutiert.

4.1 Wiederaneignung der Politik

Ausgehend von der Annahme des Post-Development-Ansatzes, dass die Wiederaneignung der Politik gegenüber dem Staat Teil der Alternativen zu Entwicklung sei, werden wir im Folgenden die zapatistische Bewegung zunächst hinsichtlich ihrer politischen Organisation betrachten. Als zentrale, wenn auch etwas verkürzte Losung für das politische Selbstverständnis der Zapatistas gilt „die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“. Sie repräsentiert eine radikale Kritik an der vorgegebenen Politik und ihren Formen (zum Beispiel repräsentative parlamentarische Demokratie, Parteien) sowie die Aneignung einer völlig neuen Politik:

Die sich seit dem Aufstand von 1994 stetig weiter entwickelnde zapatistische Selbstregierung besteht aus drei politischen Ebenen: der Dorf-, Landkreis- und Regionalebene. Die *erste* und auch grundlegende Ebene bilden die über 1000 einzelnen Dörfer oder Gemeinden, in denen die schätzungsweise 200.000 Zapatistas leben (Zibechi 2008: 140). Auf dieser Ebene und den dort getroffenen Entscheidungen bauen die anderen beiden Ebenen auf. Die politische Organisation der Dörfer besteht aus den gewählten Autoritäten und den regelmäßig stattfindenden Dorfversammlungen. Die durch die Dorfversammlungen per Mehrheitsvotum oder im Konsens bestimmten Vertreter_innen sind *jederzeit* wieder abwählbar, etwa wenn sie ihre Aufgaben nicht zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllen (Haber-

land 2008: 43f). Auf der *zweiten* politischen Ebene der Selbstregierung befinden sich die autonomen Landkreise. Hierhin werden alle Entscheidungen delegiert, die die Dörfer eines Landkreises nicht auf Dorfebene verhandeln können (Marcos 2003: Teil VI). Die *dritte* politische Ebene ist die der regionalen Verwaltungszentren, in denen sich wiederum die autonomen Landkreise organisieren. Diese Zentren tragen den Namen *Caracoles* (Schneckenhäuser), sie sollen die übergeordnete Ausgestaltung des Autonomieprozesses auch institutionell endgültig in die Hände der Bevölkerung selbst legen (Marcos 2003: Teil VI). Seit 1995 gibt es fünf dieser für den Autonomieprozess sehr bedeutenden politischen, ökonomischen und auch kulturellen Zentren. Neben der regionalen zapatistischen Verständigung dienen sie auch der Kommunikation und Zusammenarbeit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft (Ornelas 2004).

Besonders wichtig ist die politische Infrastruktur. Hier befinden sich die Versammlungen der Landkreis-Delegierten, die seit 2003 *Juntas de Buen Gobierno* (JBG, Räte der Guten Regierung) heißen. In ihnen werden alle über das Dorf oder den Landkreis hinausgehenden Fragen und Entscheidungen behandelt und getroffen. Die Mitglieder der JBG werden von den autonomen Landkreisträten auf drei Jahre gewählt, sind jedoch wie alle zapatistischen Repräsentant_innen jederzeit abwählbar. Zudem rotieren die Regierungsteams: Mindestens ein/e Repräsentant_in aus jedem autonomen Landkreistrat vertritt seinen/ihren Landkreis für einen Zeitraum, der je nach Caracol unterschiedlich ist (Garcia/Híjar Gonzalez 2008: 108). Die Mitglieder der JBG leben außerhalb ihrer Amtszeit in ihren Heimatgemeinden und sehen sich daher „als die Institution, die die wahren Bedürfnisse der Gemeinden kennt“ (Interview JBG La Realidad 2009).

Die Regierungstätigkeit bleibt unbezahlt, ist also, zumindest finanziell, kein Privileg. Die einzige Gegenleistung ist die Bearbeitung der Felder der Amtsträger_innen durch die Gemeinde während ihrer Abwesenheit. Obwohl dies dem Berufspolitikertum und der meist damit einhergehenden Entfremdung von der Basis vorbeugt, bringt es auch Nachteile mit sich. Ämter in der zapatistischen Selbstorganisation werden teilweise als Belastung empfunden, die oft nicht entsprechend wertgeschätzt wird. Es geht sogar soweit, dass die Gemeinden Amtsträger_innen im Vergleich zur körperlich anstrengenden Feldarbeit Faulheit vorwerfen. Die verpflichtenden Unterhaltsleistungen für die Amtsträger_innen fallen demnach

häufig gering aus (Gerber 2005: 181). Ein von den Zapatistas bereits seit Jahren benanntes Problem ist die zwar stetig zunehmende, aber immer noch als unzureichend empfundene Partizipation von Frauen im Regierungssystem (Blum 2007: 48f). Trotz all dieser Probleme scheint das System jedoch im Grunde gut zu funktionieren. Ein wichtiger Aspekt dessen ist etwa, dass die JBG für einen Ausgleich sorgen sollen: nämlich in Bezug auf die „ungleiche Entwicklung“ (Marcos 2003: Teil VI) in den autonomen Landkreisen. In diesem Zusammenhang haben die JBG auch als erste Bestimmung die sogenannte „Brudersteuer“ erlassen: Von allen finanziellen Unterstützungsprojekten, die in zapatistischen Gebieten realisiert werden, müssen zehn Prozent der Projektgesamtkosten an „ein anderes Dorf abgegeben werden, das keine Unterstützung erhält“ (ebd.).

Die Autonome Zapatistische Volksbank in *La Realidad* ist ein Beispiel, wie die JBG die Verbesserung der Lebensbedingungen nach dem Prinzip des gehorchenden Befehls organisieren. Die Gemeinden sahen sich mit dem Problem konfrontiert, dass komplizierte medizinische Behandlungen nicht in zapatistischen Kliniken durchgeführt werden können und daher in staatlichen Kliniken gegen Bezahlung vorgenommen werden müssen. Dieses Problem wurde zusammen mit den Gemeinden analysiert, woraus die Idee der Volksbank entstand. Auch dieser Vorschlag wurde wiederum mit allen zapatistischen Gemeinden der Region diskutiert. Erst dann beauftragten diese die JBG, die Bank zu initiieren. Ebenfalls die Gemeinden beschlossen, dass entliehenes Geld mit zwei Prozent verzinst wird, damit die Bank wachsen kann. Das vorhandene Grundkapital reichte aber bei weitem nicht, um die Bedürfnisse der Gemeinden zu befriedigen. Interessant ist nun, wie der Kapitalstock erhöht wurde: Als die mexikanische Regierung eine Straße in einem Gebiet des *Caracols* bauen wollte, wurde sie, wie üblich, von der JBG aufgefordert, zehn Prozent der Baukosten als Steuer für die Nutzung des Gebietes zu zahlen. Die Regierung stimmte schließlich zu und die JBG schlug in einer großen Versammlung vor, mit dem Geld das Kapital der Bank zu erhöhen, woraufhin die Versammlung beschloss, dass damit für jeden der vier Landkreise ein Fond angelegt werden soll, aus dem Kredite vergeben werden können (Interview JBG La Realidad 2009).

Es lässt sich abschließend festhalten, dass im Bereich der politischen Repräsentation die demokratische Selbstbefähigung zum „guten Regieren“

einen zentralen Bestandteil des zapatistischen Diskurses und seiner Praxis der Autonomie bildet. Dem entspricht auch das radikal durchgesetzte Rotationsprinzip, das trotz seiner Nachteile vielen Menschen die Praxis des Regierens nahebringt. Durch die häufigen personellen und zeitlichen Wechsel der Regierungsjuntas wird die Entstehung von auf Dauer geschalteten, asymmetrischen Machtbeziehungen enorm erschwert. Wie anhand des obigen Beispiels gezeigt wurde, hat die zapatistische Bewegung ein Modell etabliert, das basisdemokratische Organisation zur selbstgesteuerten Verbesserung der Lebenssituation realisiert. Dabei gibt es keine zentrale politische Instanz, sondern jede Region entscheidet autonom. Diese Praxis kann somit als Wiederaneignung der Politik gegenüber dem Staat bezeichnet werden.

4.2 Autonome Solidarökonomie und alternativer Handel

Im Rahmen der zapatistischen Autonomie sind sehr unterschiedliche Produktionsformen vorzufinden. So existieren Subsistenz- und Marktproduktion nebeneinander. Während weiterhin viele ökonomische Zusammenhänge über kollektive Produktions- und Eigentumsverhältnisse organisiert sind, gibt es auch klassisch nach Familieneinheiten organisierte Bereiche (Boyer 2006: 103-III). Gemeinsam ist diesen Strukturen sicherlich, dass sie unabhängig von Subventionen durch die Regierung produzieren. Viele von ihnen suchen auch nach Alternativen, die nicht auf den Prinzipien der kapitalistischen Marktgesellschaft aufgebaut sind. Es geht ihnen nicht in erster Linie um die Erwirtschaftung von Mehrwert in den Händen von einigen wenigen, sondern um solidarische Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung. Laut Jorge Santiago von der NGO „DESMI“ geht es bei der Solidarökonomie unter anderem darum, „einen alternativen Prozess in einer Situation von Marginalisierung und Ausbeutung zu schaffen, und auch Alternativmodelle zu den Systemen der Ausbeutung und der Akkumulation von Reichtum zu bauen“ (Híjar Gonzalez 2008: 128). Dies entspricht letztlich den Forderungen des zapatistischen Revolutionären Agrargesetzes von 1993: „Ziel der kollektiven Produktion ist es, zuerst die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, bei den Begünstigten das kollektive Bewusstsein über die Arbeit und den Ertrag zu fördern und Produktionseinheiten, Verteidigung und gegenseitige Hilfe auf dem mexikanischen Land zu schaffen“ (Kerkeling 2003: 173).

Die Subsistenzwirtschaft, wesentlich befördert durch die Landbesetzungen nach 1994, stellt eine der wichtigsten materiellen Grundlagen der Autonomie dar, sichert sie doch die Ernährung großer Teile der Bewegung. Die Landbesetzungen der Zapatisten bedeuten somit in erster Linie die Möglichkeit zur Rückaneignung der Produktion. Wie auch in den Bereichen Gesundheit und Bildung gibt es für den Bereich der Landwirtschaft verschiedene Repräsentant_innen und Kommissionen, die eine relativ gleichmäßige „Entwicklung“ der verschiedenen Regionen fördern sollen (Híjar Gonzalez 2008: 126). Auch im nichtlandwirtschaftlichen Bereich der Ökonomie gibt es zahlreiche aus der zapatistischen Bewegung erwachsene Kooperativen, Manufakturen, Werkstätten, Geschäfte und Restaurants. Diese Produktionsbereiche sind dann meistens über Prinzipien des kollektiven Eigentums, Arbeit und auch Gewinnverwendung organisiert (ebd.: 130).

Am Beispiel eines Zusammenschlusses von drei Frauenkooperativen im Bereich des Kunsthandwerks werden wir dies verdeutlichen. Etwa 700 Frauen produzieren dort hauptsächlich Kleidungsstücke (Flugblatt Cooperativa o.J.), wie viele andere indigene Frauen in Chiapas auch, die so zum Familieneinkommen beitragen. Aus der Schwierigkeit heraus, nur wenige Absatzmärkte zu haben, die zudem noch durch Zwischenhändler kontrolliert waren, und kaum faire Bezahlung zu bekommen, entstanden zwischen 1997 und 2001 die drei Kooperativen. In einer Generalversammlung aller Beteiligten wurde eine rein weibliche Leitung gewählt, die mit Verwaltungsaufgaben und der Vermarktung betraut ist. Jede Kooperative hat jedoch ein eigenes Regelwerk und jede dort organisierte Gemeinde ernennt Repräsentantinnen, die mit der Leitung in Kontakt stehen, fertige Arbeiten einsammeln und Geld ausgeben. Weder sie noch die Leitung erhalten für ihre Tätigkeit eine Bezahlung. Auch hier können Vertreterinnen, die ihre Arbeit nicht zufriedenstellend verrichten, abgewählt werden. Die Frauen betonen, diese komplexe Organisationsstruktur selbst aufgebaut zu haben (Tondokument Encuentro 2007) und damit, statt Almosen der Regierung zu akzeptieren, ihren Beitrag zum Widerstand zu leisten (Flugblatt Cooperativa o.J.). Auch wenn die ökonomische Notwendigkeit im Vordergrund steht, dürfen die Emanzipationsprozesse, die hinter dem Aufbau der Kooperativen stehen, nicht vergessen werden.

Es zeigt sich, dass die zapatistische Produktion viele verschiedene Wirtschaftsmodelle vereint, die in erster Linie auf die Befriedigung

der Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet ist. Neben stark auf den lokalen Kontext ausgerichteten Produktionsweisen liegt eine Kooperation mit dem Weltmarkt vor. Es wird richtig erkannt, dass eine völlige Abkoppelung nicht möglich ist. Dies erteilt jenen Post-Development-Anhänger_innen eine Absage, die essenzialistisch für die „Reinheit“ der indigenen Gemeinschaften plädieren. Gleichzeitig bergen die Schwankungen der Marktpreise für Fleisch und Kaffee sowie ausbeuterische Zwischenhändler_innen viele Gefahren. Der Preisdruck durch Großgrundbesitzer_innen wird von den zapatistischen Autoritäten gleichfalls als Problem für die eigene Produktion erkannt (Interview JBG La Realidad 2009). Dass trotzdem daran festgehalten wird, liegt an der wachsenden Wertschätzung eines Geldeinkommens, wobei inzwischen verstärkt über die Vorteile der Subsistenz aufgeklärt wird (Interview DESMI 2009).

Weiterhin geht die zapatistische Rebellion mit einer umfassenden Kapitalismuskritik einher. Sie bleibt nicht nur bei den auf die Produktionsweise bezogenen Machtasymmetrien stehen, sondern kritisiert zugleich den Warencharakter, die Mehrwertaneignung und schließlich die globalisierte Form des Kapitalismus (EZLN 2009: 132ff). Dies geschieht aus der Perspektive indigener Subalterner und thematisiert schließlich auch die kulturelle Problematik im Zusammenhang mit einer kapitalistischen Weltwirtschaft: „Alle, die dem Kapitalismus nichts nützen, werden verachtet. Deshalb stören die Indigenen die neoliberale Globalisierung [...]. Die neoliberale Globalisierung zerstört auf diese Weise alles, was es in diesen Ländern gibt, sie zerstört ihre Kultur, ihre Sprachen, ihre Wissenssysteme, ihre politischen Systeme, und sie zerstört auch die Art und Weise, wie die Menschen dieser Länder zusammenleben. Das heißt, sie zerstört all das, was ein Land ausmacht“ (EZLN 2009: 135). Durch den Verweis auf die Unvereinbarkeit des Kapitalismus mit der eigenen Lebensweise und Kultur wird die Partikularität marktwirtschaftlich organisierter Lebensweisen unterstrichen. Die Organisation der zapatistischen Ökonomie zeigt deutlich, dass eine konkurrenzbasierte, vorwiegend auf Privateigentum gestützte Marktwirtschaft zugunsten verschiedener, hauptsächlich auf Solidarökonomie basierender Produktionsmodelle abgelöst werden soll. Dies ist ein großer Schritt in Richtung der Wiederaneignung der Produktion gegenüber dem Markt (Gilgenbach 2010: 110).

4.3 Indigenes Wissen „von unten“ vs. privilegiertes Expert_innenwissen

Wie das letzte Zitat der EZLN bereits andeutet, sehen sich die Zapatistas mit einem besonderen, „peripheren chiapanekischen Kapitalismus“ und einer damit zusammenhängenden „Spezifität der indigenen Arbeitskraft“ konfrontiert (Ceceña 2000: 274f). Das heißt, wir können eine Einschreibung des kolonial-überlieferten Rassismus (der mexikanischen Mehrheitsgesellschaft) in die „Struktur der Kapitalakkumulation selbst“ (ebd.: 275) mit ihren spezifischen Unterdrückungsverhältnissen für indigene Subalterne beobachten. Bestimmte, aus der Kolonialzeit hervorgegangene Bedingungen unterscheiden die indigene von anderen ländlichen Bevölkerungen: „Der chiapanekische Kapitalismus erbt aus der Kolonialzeit die Elemente der Erpressung sowie die Überausbeutung und Plünderung der einheimischen Menschen, die in der Gesellschaft nur als beherrschte und abgelehnte Klasse eine Rolle spielen“ (ebd.). Zwar sind positive Bezüge auf derartige Rassismen im Entwicklungsdiskurs außerhalb des Sagbarkeitsfeldes. Das heißt jedoch nicht, dass diese nach wie vor fortbestehende epistemische Gewalt des kolonialen *Otherings* samt ihrer materiellen Manifestationen im Diskurs ausreichend thematisiert oder gar kritisiert wird. Während im Post-Development-Ansatz „Entwicklung“ gar als Fortführung des kolonialen Projekts gesehen wird, geraten kolonial überlieferte Problematiken im hegemonialen Diskurs oft zur Marginalie.

Im zapatistischen Diskurs ist der Kolonialismus nach wie vor stark präsent (EZLN 1993: 20), ebenso die epistemische Gewalt, die zu einer Ausgrenzung „nichtwestlichen“ Wissens geführt hat. Die Zapatistas antworten hier in Form einer hybriden Rückaneignung und versuchen im Rahmen der autonomen Bildung und Gesundheit, ihr lokales „dörfliches“ Wissen zu reaktivieren. Anhand des autonomen zapatistischen Gesundheitswesens und der Praxis der Kräuterheiler_innen soll gezeigt werden, wie traditionelles, lokales Wissen dazu genutzt wird, vorhandene Hindernisse zu überwinden und die Lebenssituation der Basis gemäß den eigenen Wünschen zu verbessern. Cuevas berichtet über seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden, dass die lokale Bevölkerung ihre eigenen Konzepte von Gesundheit hat. Er beschreibt sie als eine Mischung aus verschiedenen medizinischen Modellen, die teilweise noch auf die Zeit vor der spanischen Eroberung zurückreichen. Das vorkoloniale Modell

nimmt er als noch immer sehr bedeutend wahr und sieht darin große Unterschiede zur heutigen Schulmedizin: in Hinblick auf das Konzept von Gesundheit in einer Verbindung mit der Natur, in Hinblick auf die Definition der Krankheiten und in Hinblick auf die Behandlung mit Heilpflanzen. Ein anderes Modell, das in den Gemeinden existiert, bezeichnet er als das medikalisierte Modell. Zudem gibt es, wie erwähnt, eine Mischform aus diesen beiden Modellen (vgl. Interview Cuevas 2009). Eine solche Hybridisierung birgt laut Escobar (1995: 220) das emanzipatorische Potenzial, etwas Neues zu schaffen, das sich jenseits der binären Positionen von Tradition und Moderne befindet. Genau hier zeigt sich für uns der Post-Development-Ansatz in der Praxis.

Im Caracol La Realidad gibt es inzwischen 30 organisierte Hebammen, die mit lokalen Methoden arbeiten. Sie organisierten sich, um ihre Bedürfnisse als Frauen zu analysieren, da es in vielen Gemeinden bisher keine Hebammen gab und der Weg in das nächste Krankenhaus viel zu weit war. Deshalb starben viele Mütter und Kinder bei der Geburt. Die Frauen beschlossen, sich zu organisieren und selbst Hebammenkurse abzuhalten, in denen die Hebammen mit der meisten Erfahrung ihr Wissen an jüngere Frauen weitergeben. Auch das Wissen von solidarischen Ärzt_innen fließt in die Ausbildung der zapatistischen Hebammen ein. So stellen diese einen Fortschritt in ihrer Arbeit fest, die nun besser sei als die Methoden, die ihre Großmütter anwendeten. Dazu trägt besonders der Einsatz von Instrumenten bei, die früher nicht vorhanden waren (vgl. Híjar González 2008: 151). Neue Techniken und Gerätschaften werden also als Bereicherung empfunden, die dem lokalen Wissen überlegen sein können.

In der Zone des Caracols La Realidad existiert seit 2001 auch eine Gruppe von Kräuterheiler_innen. Sie besteht aus ca. 25 *promotores de herbolaría* aus ca. 17 Dörfern. Der Frauenanteil ist hoch, und inzwischen wird bereits die zweite Generation von Promotor_innen ausgebildet (vgl. Interview Kräuterheilerinnen 2009). Die *promotores* sehen ihre Aufgabe darin, das Wissen der Vorfahren zu retten und es an die nächste Generation weiterzugeben. Sie verstehen ihre Arbeit als Teil des zapatistischen Kampfes für bessere Lebensbedingungen. Eine würdige Gesundheit, so die Promotor_innen, sei wichtig, um diesen Kampf fortsetzen zu können. Der Verlust des alten Wissens über die Pflanzen bedeutet auch einen Verlust der Identität, wohingegen in den zapatistischen Gemeinden versucht wird, Kultur

und Sprache zu bewahren, und damit auch die Identität und das Wissen. Im kapitalistischen System und der Modernisierung sehen die Promotor_innen die Ursachen für den Verlust des alten Wissens. Auch die Verwendung von Medikamenten trage dazu bei, dass im Gesundheitsbereich ein Konsumverhalten entstanden sei. Trotz dieser Analyse lehnen sie das „westliche“ Modell nicht völlig ab und bestätigen, dass zum Beispiel chirurgische Probleme nicht mit Pflanzen heilbar sind. Die Modernisierung in der Medizin wird ambivalent gesehen. Einerseits ist sie die Ursache für den Verlust des alten Wissens, andererseits können technische Geräte die Arbeit der Kräuterheilerinnen erleichtern (Interview Kräuterheilerinnen 2009).

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass es der zapatistischen Bewegung gelungen ist, eine weitgehend funktionierende Gesundheitsversorgung für breite Bevölkerungsteile aufzubauen, die verschiedene Wissenssysteme vereint. Wieder treten viele Gemeinsamkeiten mit dem Post-Development-Ansatz zutage, das Engagement der internationalen Zivilgesellschaft kann aber auch das Entwicklungsparadigma reproduzieren und neue Abhängigkeiten schaffen.

4.4 „Armut als Waffe“: Der zapatistische Entwicklungsdiskurs

Zapatistische Theorie und Praxis zeigen, dass es zunächst durchaus viele Übereinstimmungen in den von ihnen angestrebten sozialen Verbesserungen mit den klassischen Entwicklungsindikatoren des Entwicklungsdiskurses gibt. Schon die Erste Deklaration aus der Selva Lacandona beinhaltet mit der Forderung nach Arbeit, Land, Wohnung, Ernährung, Gesundheit und Erziehung bekannte Zielvorgaben etwa der Grundbedürfnisstrategie oder der Millennium Development Goals. Es gibt aber einen entscheidenden Unterschied zwischen dem kämpferisch-widerständigen Zapatismus und dem hegemonialen Entwicklungsdiskurs, der häufig auf technische Lösungen sowie auf Kooperation von herrschenden Eliten mit der Zivilgesellschaft setzt. Die Zuschreibung als „arm“ findet sich durchaus im zapatistischen Diskurs, so zum Beispiel, wenn die Klinik im autonomen Landkreis Lucio Cabañas „Hoffnung der Armen“ heißt. Marcos schreibt zum Thema Armut: „Der Unterschied zwischen einer zapatistischen und einer nicht-zapatistischen Gemeinschaft besteht darin, daß die zapatistische Gemeinschaft weiß, ihre Armut hat Zukunft. Sie setzt auf den Widerstand, um emanzipatorische Ziele zu erkämpfen, während die andere

Armut resigniert“ (Marcos 2001: 145). In ihrer „Armut“ sehen die Zapatistas also auch eine Waffe (Marcos 2003: Teil II), denn wie Nederveen Pieterse betont, kann Armut durchaus eine politisierende Ressource sein (Nederveen Pieterse 2001: 177). Auch der Begriff „Entwicklung“ kommt im zapatistischen Diskurs vor: Laut Marcos bedeutet die harmonische Entwicklung einer sozialen Gruppe zu lenken, sich selbst zu regieren (Marcos 2003: Teil II). Entwicklung wird verstanden als Selbstbestimmung, als Autonomie, was dem hegemonialen Entwicklungsdiskurs wie oben gezeigt entgegensteht. Auf diese Weise stimmt der zapatistische Diskurs mit der zentralen Forderung des Post-Development überein: Selbstbestimmung statt „Entwicklung“ (Moser 2009: 101).

Andererseits dankt Marcos immer wieder der Zivilgesellschaft für ihre Unterstützung, besonders im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Laut Marcos ist die solidarische Zivilgesellschaft enorm wichtig für die Verbesserung der Lebensbedingungen, besonders im Bildungs- und Gesundheitsbereich, denn mit deren Hilfe hat sich die Gesundheitsversorgung entscheidend verbessert. Er geht sogar so weit zu sagen: „Wo früher Tod war, gibt es nun Leben. Wo Unwissenheit herrschte, ist nun Wissen. Kurz und gut, wo früher Nichts war, gibt es nun nach und nach Gutes“ (Marcos 2005: 315). Auch im Bildungsbereich konnten mit Hilfe der internationalen Solidarität „Schulen und Kenntnisse [geschaffen werden], wo früher nur Unwissenheit herrschte“ (ebd.: 317). In diesen Aussagen klingt eine Diskreditierung des indigenen Wissens an, das vor dem Aufstand und der internationalen Aufmerksamkeit sehr wohl existiert hat. Indem er von Unwissenheit und „Nichts“ spricht, argumentiert er gemäß dem Entwicklungsdiskurs, der lokales Wissen und Strukturen ausblendet, um einen Mangel und somit eine Legitimation für „Entwicklung“ zu konstatieren.

5. Resümee

Wie wir oben festgestellt haben, gibt es auch im zapatistischen Diskurs einen Entwicklungsbegriff, der das Ziel erwünschter gesellschaftlicher Veränderung für die zapatistischen Gemeinden beschreibt und sich mit dem Postulat der Wiederaneignung des Post-Developments deckt. Eine Wiederaneignung und daraus resultierende Selbstbestimmung konnte am

deutlichsten auf politischer Ebene erreicht werden. Im Bereich der Wirtschaft und des Wissens zeichnet sich die zapatistische Autonomie durch eine Hybridisierung lokaler und „westlicher“ Modelle aus, was von Escobar (1995: 218ff) als Raum verstanden wird, in dem Alternativen zu den hegemonialen Konstellationen des Kulturellen, und auch des Wirtschaftlichen, entstehen können. Einem konservativen Post-Development-Ansatz wird hiermit eine deutliche Absage erteilt, denn den Zapatistas scheint es nicht darum zu gehen, eine romantisierte antimodernistische Lebensweise zu bewahren, was besonders deutlich wird, wenn zapatistische Frauen zwischen „guten“ und „schlechten“ Traditionen unterscheiden (Redaktionsgruppe Topitas 1994: 96). Vielmehr integrieren sie durch ihr offenes Kulturverständnis Aspekte der „Moderne“ in ihre Identität.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass der zapatistische Diskurs nicht frei von Widersprüchen ist, wie wir am Beispiel der partiellen Geringschätzung indigenen Wissens durch Marcos gezeigt haben. Gleichzeitig muss erwähnt werden, dass die Bewegung mit Abspaltungen zu kämpfen hat, die durch materielle Versprechungen staatlicher Stellen, die ja von den Zapatistas strikt abgelehnt werden, befördert werden (Barmeyer 2009: 111ff). Materielle Armut und Teilhabe an den „Errungenschaften der Moderne“ scheinen also auch in den zapatistischen Gemeinden ein konfliktbehaftetes Thema zu sein. Diese Probleme wurden von der Bewegung jedoch auch selbst erkannt, gemäß dem Prinzip „fragend schreiten wir voran“ wird nach Lösungen gesucht. Diese Suche nach Alternativen wird demnach als ein ständiger Prozess verstanden, bei dem es kein konkretes, im Vorfeld feststehendes Ziel gibt, wodurch sich die zapatistische Autonomie außerhalb des Entwicklungsdiskurses bewegt. Genauso wenig verstehen sich die Zapatistas als Expert_innen für soziale Veränderungen. Sie fordern „eine Welt, in die viele Welten passen“ und lehnen somit universalistische (Entwicklungs-)Modelle strikt ab.

Literatur

- Barmeyer, Nils (2009): *Developing Zapatista Autonomy. Conflict and NGO Involvement in Rebel Chiapas*. Albuquerque: University of New Mexico Press.
- Blum, Joanna (2007): Die Männer helfen fast nie. In: *ila* 302, 48-49.

- Boyer, Miriam (2006): Solidarische Vergesellschaftung indigener Gemeinschaften in Chiapas, Mexiko. In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hg.): Solidarische Ökonomie. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA, 103-111.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ceceña, Ana Esther (2000): Die Grenzen der Modernität. Kämpfe um strategische Ressourcen. In: Brand, Ulrich/Ceceña, Ana Esther (Hg.): Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Coronil, Fernando (2002): Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien. In: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt/New York: Campus, 177-218.
- DuBois, Marc (1991): The Governance of the Third World: A Foucauldian Perspective on Power Relations in Development. In: Alternatives 16 (1), 1-30.
- Dübgen, Franziska (2010): „Respect the Poor“? Postkoloniale Perspektiven auf Armut. In: Peripherie 120, 452-477.
- Escobar, Arturo (1985): Discourse and Power in Development: Michel Foucault and the relevance of his work to the Third World. In: Alternatives 10 (3), 377-400.
- Escobar, Arturo (1993): Planung. In: Sachs, Wolfgang (Hg.): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Hamburg: Rowohlt, 274-297.
- Escobar, Arturo (1995): Encountering Development. The making and unmaking of the Third World. Princeton: Princeton University Press.
- Esteva, Gustavo (1992): Development. In: Sachs, Wolfgang (Hg.): The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power. London: Zed books, 6-25.
- Esteva, Gustavo (1994): Basta! In: Redaktionsgruppe Topitas (Hg.): ¡Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas. Hamburg: Libertäre Assoziation, 65-78.
- Esteva, Gustavo/Prakash, Madhu Suri (1997): From Global Thinking to Local Thinking. In: Rahnema, Majid (Hrsg.): The Post-Development Reader. Zed Books; London, 277-290.
- EZLN (1993): Erklärung aus der Selva Lacandona, Mexiko 1993. In: Redaktionsgruppe Topitas (Hg.): ¡Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas. Hamburg: Libertäre Assoziation, 20-22.
- EZLN (2009): Sechste Erklärung des EZLN aus dem Lakandonischen Urwald. In: Marcos, Subcomandante: Kassensturz. Hamburg: Nautilus, 121-153.
- Flugblatt Cooperativa (o.J.): Veröffentlichung der Handwerkskooperativen „Mujeres por la Dignidad“ und „Xulum Chon“. Übersetzung: Bettina Moser.
- Foucault, Michel (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frank, Leonard (1997): The Development Game. In: Rahnema, Majid (Hg.): The Post-Development Reader. London: Zed Books, 263-273.

- García, Juan/Híjar Gonzalez, Cristina (2008): *Autonomía Zapatista. Otro mundo es posible*. México: AMV.
- Gerber, Philipp (2005): *Das Aroma der Rebellion: Zapatistischer Kaffee, indigener Aufstand und autonome Kooperativen in Chiapas, Mexiko*. Münster: Unrast.
- Gibson-Graham, J.K. (1996): *The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy*. Cambridge/Oxford: Blackwell.
- Gilgenbach, Dominik (2010): *Der Entwicklungsdiskurs und seine Dekonstruktion anhand des zapatistischen Autonomieansatzes*. Magisterarbeit, Universität Bonn.
- Haberland, Marius (2008): *Indigene Selbstverwaltung in Chiapas. Eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der direkten Demokratie am Beispiel der Zapatistas*. Saarbrücken: VDM.
- Habermann, Friederike/Ziai, Aram (2007): *Development, internationalism and social movements: a view from the North*. In: Ziai, Aram (Hg.): *Exploring Post-Development. Theory and Practice, problems and perspectives*. London/ New York: Routledge, 212-225.
- Hauck, Gerhard (2003): *Die Gesellschaftstheorie und ihr Anderes. Wider den Eurozentrismus der Sozialwissenschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Híjar Gonzalez, Cristina (2008): *Autonomía Zapatista. Otro mundo es posible*. México: AMV.
- Kerkeling, Luz (2003): *¡La lucha sigue! Der Kampf geht weiter! EZLN – Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands*. Münster: Unrast.
- Kößler, Reinhart (1998): *Entwicklung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kößler, Reinhart (2004): *Zwischen Ziel, Norm und Prozess. Gesellschaftstheoretische und politische Probleme des Begriffs „Entwicklung“*. In: Gerlach, Olaf/ Kalmring, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas (Hg.): *Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie*. Frankfurt: Brandes & Apsel, 51-76.
- Link, Jürgen (2009): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität konstruiert wird*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Marcos, Subcomandante (2001): *Brief an Manuel Vázquez Montalbán/oder Pepe Carvalho*. In: Vázquez Montalbán, Manuel: *Marcos. Herr der Spiegel*. Berlin: Klaus Wagenbach, 17-20.
- Marcos, Subcomandante (2003): *Die 13. Stele. Übersetzte Version des siebenteiligen Comunicados vom Juli 2003*. www.chiapas98.de, 5.8.2010.
- Marcos, Subcomandante (2005): *Botschaften aus dem lakandonischen Urwald*. Hamburg: Lutz Schulenburg.
- Moser, Bettina (2009): *„Autonomie statt Entwicklung: Zapatismus und Post-Development“*. Diplomarbeit, Universität Wien. <http://othes.univie.ac.at/7761/>, 2.12.2012.
- Nederveen Pieterse, Jan (2001): *Development Theory. Deconstructions/Reconstructions*. London: Routledge.
- Ornelas, Raúl (2004): *La autonomía como eje de la resistencia zapatista. Del levantamiento armado al nacimiento de los Caracoles*. In: *Observatorio latinoamericano de geopolítica, geopolítica 37*. www.geopolitica.nuestraamerica.info, 2.8.2010.

- Rahnema, Majid (1993): Armut. In: Sachs, Wolfgang (Hg.): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, 16-46.
- Rahnema, Majid (1997): Development and the People's Immune System: The Story of Another Variety of AIDS. In: Rahnema, Majid (Hg.): The Post-Development Reader. London: Zed Books, 111-129.
- Redaktionsgruppe Topitas (1994): ¡Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas. Hamburg: Libertäre Assoziation.
- Sachs, Wolfgang (1997): The Need for the Home Perspective. In: Rahnema, Majid (Hg.): The Post-Development Reader. London: Zed Books, 290-301.
- Young, Robert J.C (2001): Postcolonialism. An historical introduction. Malden: Blackwell.
- Ziai, Aram (2004a): Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.
- Ziai, Aram (2004b): The ambivalence of Post-Development: Between reactionary populism and radical democracy. In: Third World Quarterly 25 (6), 1045-1060.
- Ziai, Aram (2006): Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zibechi, Raúl (2008): Autonomías y Emancipaciones. America Latina en movimiento. Mexico D.F.: Bajo Tierra/Sísifo Ediciones.

Interviews und Tondokumente

- Cuevas, F.H. (2009): Interview mit F.H. Cuevas von der Nicht-Regierungs-Organisation SADEC, durchgeführt von Bettina Moser, Palenque, Chiapas, 11.3.2009.
- DESMI (2009): Interview mit Cynthia Ramírez Rios, Koordinatorin der NGO DESMI, durchgeführt von Bettina Moser, San Cristóbal de Las Casas, Chiapas, 26.2.2009. Übersetzung: Bettina Moser.
- JBG La Realidad (2009): Interview mit der Junta de Buen Gobierno des Caracols „La Realidad“, durchgeführt von Bettina Moser, La Realidad, Chiapas, 28.2.2009. Übersetzung: Bettina Moser.
- Kräuterheilerinnen (2009): Interview mit Promotoras de herbolaría, durchgeführt von Bettina Moser, La Realidad, Chiapas, 3.3.2009. Übersetzung: Bettina Moser.
- Tondokument Encuentro (2007): Private Aufzeichnungen von Vorträgen während des „Encuentro de los Pueblos Zapatistas con los Pueblos del Mundo“ am 22.7.2007 in Oventic, Chiapas und am 23., 24. und 25.7.2007 in Morelia, Chiapas. Übersetzung: Bettina Moser.

Abstracts

Die Zielsetzung des Artikels besteht darin, das Verhältnis zwischen der zapatistischen Autonomie und dem radikal-demokratischen Post-Development-Ansatz zu untersuchen. Dem zugrunde liegt die Frage, ob in den zapatistischen Gemeinden in Chiapas eine Alternative zu „Entwicklung“, wie sie vom Post-Development-Ansatz skizziert wird, entsteht. Dazu analysieren wir verschiedene Aspekte des Autonomieprojekts. Zunächst wird die politische Autonomie betrachtet, die durch lokale, dezentralisierte und basisdemokratische Organisationsformen charakterisiert ist. Wenn wir die Bereiche Wissen und Wirtschaft betrachten, stellen wir fest, dass lokale kulturelle Praktiken und indigenes Wissen eine wichtige Rolle spielen, obwohl gleichzeitig stark auf Wissen von außerhalb der Gemeinden Bezug genommen wird und die zapatistische Bewegung ihre Einbindung in globalisierte wirtschaftliche und politische Strukturen als Herausforderung erkannt hat. Diese Hybridisierung, die ein wesentliches Merkmal des zapatistischen Autonomieprozesses darstellt, wird im zapatistischen Diskurs über „Entwicklung“ unterstrichen. Wie im Post-Development werden universalistische Modelle und sogenanntes „Expert_innenwissen“ abgelehnt.

The aim of this paper is to analyse the relation between the Zapatista form of autonomy and the radically democratic post-development approach. It is based on the question whether there emerges an alternative to ‘development’, similar to that suggested by the post-development approach, or not. The paper proceeds by analysing certain aspects of the autonomous project in the Zapatista communities. Firstly, we examine political autonomy, which is characterised by a local-centered and radically democratic organisational structure. Secondly, we consider the areas of production and knowledge. In all three areas local knowledge and indigenous culture play important roles, although knowledge from outside of the communities is highly valued. In addition, the Zapatista movement has recognised its interaction with global economic and political structures as a challenge to be met. This hybridisation, which is an integral feature of the process of autonomy, is emphasised in the Zapatista discourse on devel-

opment. As in the sphere of post-development, universalistic models and expert knowledge are rejected, but, surprisingly, indigenous knowledge is at times also disdained.

Dominik Gilgenbach
domji@yahoo.de

Bettina Moser
bettina.s.moser@web.de

ALICE HAMDI, SEBASTIAN HILF, KATHARINA SCHMIDT

Alternativen in der Stadt:

Der Kampf der Sem-Tetos in Rio de Janeiro

1. Entwicklung findet Stadt

Städte haben in den letzten Jahrzehnten einen umfangreichen Bedeutungswandel erfahren. Dieser ist zurückzuführen auf das stetige Anwachsen der urbanen Bevölkerung und auf die neue Rolle, welche sie im Zuge der sozioökonomischen und kulturellen Transformationen seit den 1970er Jahren erfahren. Im Zuge der Globalisierung und der neoliberalen Reorganisation der Nationalstaaten werden Entscheidungskompetenzen mehr und mehr auf supra- und subnationale Ebenen verlagert (Brenner/Theodore 2002: 12). Letzteres hat zu einer starken Aufwertung des Lokalen geführt, in dem wiederum Städte als zentrale, politisch-territoriale Einheiten das Handeln bestimmen.

Dieser Bedeutungsgewinn wird zunehmend auch von den dominanten Akteuren im entwicklungspolitischen Kontext (Weltbank, IWF, UNO, nationale Entwicklungsorganisationen, etc.) aufgenommen und Städte oftmals als „Katalysator[en] für nachhaltig positive Veränderungen auf lokaler Ebene“ (Cramer/Schmitz 2004: 16) angesehen. Die Tatsache, dass sich Urbanisierungsprozesse gegenwärtig zum Großteil auf die Länder des sogenannten globalen Südens konzentrieren und sich in den urbanen Agglomerationen soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme auf engstem Raum verdichten, verstärken diese Fokussierung und die Tendenz, in urbane Prozesse einzugreifen (Janowicz 2008: 183). So rief die Weltbank 2009 die *decade of the city* aus und veröffentlichte zeitgleich ihre neue urbane Strategie *Systems of cities. Harnessing urbanization for growth and poverty alleviation* (World Bank 2009: 1). Aber auch die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW 2011) sieht in der „[s]tädtische[n] Entwicklung [...]

für die internationale Entwicklungszusammenarbeit die Herausforderung des 21. Jahrhunderts“. Somit wird deutlich, dass „Entwicklungspolitik in den nächsten Dekaden zunehmend Stadt-Entwicklungspolitik werden wird“ (Herrle 2005: 3).

Vor dem Hintergrund dieses Bedeutungsgewinns des Städtischen in den Entwicklungsdebatten wird in diesem Artikel in einem ersten Schritt – in Anlehnung an die drei Hauptkritikpunkte des Post-Development-Ansatzes (Ziai 2010) – nachgezeichnet, wie Entwicklungsdiskurse sich im urbanen Raum materialisieren. Reproduziert werden sie dabei nicht nur von inter- oder supranationalen Entwicklungsorganisationen, sondern auch von lokalen stadtpolitischen EntscheidungsträgerInnen. Dem gegenüber gestellt wird in einem zweiten Schritt die Diskussion um „Alternativen zu(r) Entwicklung“ (Escobar 1995) im Sinne der skeptischen Post-Development-Diskurse (Ziai 2006) und mit urbanen, gegen das Projekt der hegemonialen Stadtentwicklung ankämpfenden Widerstandsbewegungen empirisch untermauert. Für beide Schritte wurde der urbane Kontext Rio de Janeiros gewählt, der sowohl Einblicke in die hegemonialen Diskurse, Strategien und Praktiken der Stadtentwicklung erlaubt, als auch konkrete Widerstände dagegen vorweisen kann. Als mögliche Alternative zu Entwicklung werden die Organisations- und Artikulationsweisen sowie territorialen Praxen der *Sem-Teto*-Bewegung im Zentrum Rio de Janeiros herangezogen. Ziel ist dabei nicht, neue, universell gültige Modelle einer Alternative zur dominanten Stadtentwicklung zu suchen oder zu finden, sondern vielmehr die Handlungsweisen der *Sem-Tetos* als konkretes Beispiel für sozialen Wandel jenseits des hegemonialen Entwicklungsdiskurses darzustellen.¹

2. Post-Development in der Stadt?

In den Debatten und Veröffentlichungen im Bereich der Post-Development-Ansätze fällt auf, dass urbane Kontexte eher selten Gegenstand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung sind. Die meisten empirischen Beispiele, die Widerstand gegen das hegemoniale Entwicklungsparadigma sichtbar machen, beziehen sich auf bäuerliche oder indigene Gemeinschaften im ländlichen Raum (vgl. zum Beispiel Escobar 1995; Gibson-Graham 2005;

Raman 2007). Alternativen zu Entwicklung wurden demnach bisher vor allem mit Subsistenz- und solidarökonomischen Wirtschaftsweisen, dem Rückgriff auf traditionelle Praktiken (insbesondere in medizinischen oder landwirtschaftlichen Belangen) sowie mit der Forcierung direktdemokratischer Organisationsweisen sozialer Bewegungen in ländlichen Gebieten in Verbindung gebracht. Beispiele von städtischer Landwirtschaft in (Gemeinschafts-)Gärten sowohl im globalen Süden als auch Norden, unterschiedlichste urbane solidarökonomische Projekte oder eben die Organisation von Obdach- und Wohnungslosen in den Städten Brasiliens (vgl. Kollektiv Oranotango 2010) zeigen jedoch, dass sich solidarökonomische Produktionsweisen und alternative Formen der sozialen Organisation nicht auf ländliche Räume und Gemeinschaften beschränken müssen.

Auch eine Theoretisierung von urbanen Fragen in Bezug auf das Entwicklungsparadigma findet eher am Rande statt. Zwar stellt für Arturo Escobar (1992: 132) – neben der aufkommenden Biopolitik und der Erfindung der modernen Ökonomie – die Entwicklung der Stadtplanung einen Grund für das Aufkommen und den Erfolg des Konzepts der Planung an sich dar, allerdings kommt es nicht zu einer fundierten Auseinandersetzung mit stadtpolitischen Fragen. Unter Rückgriff auf die Thesen und Ansätze kritischer StadtforscherInnen können jedoch bei der Behandlung der Frage von Entwicklung in der Stadt durchaus deutliche Parallelen zwischen Theorie und Praxis von Entwicklung und Stadtentwicklung gezogen werden.

In urbanen Kontexten lässt sich, so die These, eine Verwobenheit von Entwicklungsdiskurs und Urbanisierung nachzeichnen, durch die die implizit in die Form, Funktion und Verteilung von Städten eingeschriebenen dominierenden Ideen „eines eurozentristischen Entwicklungsmodells sozialen Wandels“ (Janowicz 2008: 207) verdeutlicht werden können. Nicht nur Vorstellungen vergangener Zeiten, sondern insbesondere autoritäre und entpolitisierende Mechanismen und Praktiken des derzeit hegemonialen neoliberalen Stadtentwicklungsdiskurses werden aktiv transportiert und forciert. Wie diese Verwobenheiten urbane Kontexte prägen und beeinflussen, soll hier an einigen Entwicklungen in Rio de Janeiro nachgezeichnet werden. Dabei wird aufgezeigt, dass die grundsätzlichen Kritikpunkte der Post-Development-Ansätze am Konzept „Entwicklung“ auch im Hinblick auf das Paradigma der neoliberalen Stadtentwicklung relevant sind.

2.1 Eurozentristische Stadtentwicklung – von der kolonialen Stadt zum Unternehmen Rio de Janeiro

Die heutige Stadt Rio de Janeiro basiert auf der kolonialzeitlichen Stadtgründung *São Sebastião do Rio de Janeiro* durch die portugiesische Krone im 16. Jahrhundert. Noch heute weist das Stadtbild jedoch nicht nur koloniale, sondern auch zahlreiche weitere Spuren und Einflüsse eurozentristischer Wissensproduktion auf (vgl. Abreu 2010). Die breiten Boulevards, wie die *Avenida Rio Branco*, und die ausladenden Plätze, wie der *Praça Paris* im Zentrum der Stadt, bezeugen die gravierenden urbanen Umstrukturierungen, die im Namen der Modernisierung und in Anlehnung an das Pariser Vorbild Anfang des 20. Jahrhunderts durchgeführt wurden. Diese, mit enormen sozialen Konsequenzen verbundenen städtebaulichen Eingriffe repräsentieren noch immer französische Vorstellungen von Urbanität mitten in Rio de Janeiro (Compans 2005).

Nicht mehr im Rahmen des Kolonial- oder Modernitätsdiskurses, dafür jedoch beispielhaft für den aktuellen Einfluss eurozentristischer Stadtplanungspraktiken im Namen von „Entwicklung“, ist die Rezeption globaler Diskurse der neoliberalen Stadtentwicklung. Anfang der 1990er Jahre hält das Paradigma der „unternehmerischen Stadt“ (Harvey 1989) Einzug in die stadtpolitische Agenda Rio de Janeiros und beeinflusst sie seitdem nachhaltig durch die Begünstigung von Wettbewerbsinteressen, ausländischem Kapital sowie von Großprojekten und Megaevents (Compans 2005). Diese strategische Ausrichtung der Stadtpolitik basiert größtenteils auf dem „Modell Barcelona“, das von der katalanischen Consulting Firma TUBSA im Rahmen der Olympischen Spiele 1992 für Barcelona entwickelt wurde und anschließend als universelles Modell der Stadtplanung nicht nur nach Rio de Janeiro, sondern auch in zahlreiche weitere Städte Lateinamerikas exportiert wurde (Oliveira 2000). Konkret bedeutete dies für Rio de Janeiro unter anderem die Einführung eines Stadtmarketings, die Forcierung von *public private partnerships*, die Modernisierung der städtischen Infrastruktur, die Durchführung einer Verwaltungsreform sowie eine eventorientierte Projektausrichtung (ebd.). Der Stadtplaner Carlos Vainer (2000) verurteilt diese Art modellhafter Stadtentwicklung, da sie auf Entscheidungen beruht, die in kolonialer Manier am globalen Bankett über die Zukunft der Städte getroffen, später von internationalen Planungsconsultants weltweit exportiert und von lokalen Eliten durchgesetzt werden. Im

Fall Rio de Janeiro wird diese strategische Planung von brasilianischen UrbanistInnen auch aufgrund der damit verbundenen Reproduktion kolonialer Strategien als Instrument neoliberaler Stadtentwicklung kritisiert.

2.2 Entpolitisierende Stadtentwicklungsprogramme in Rio de Janeiro

Mit dem Einzug der neoliberalen Stadtpolitik in Rio de Janeiro wurden vor allem infrastrukturelle Großprojekte und medienwirksame Großereignisse gefördert. Aktuelle Beispiele hierfür sind etwa das Hafenrevitalisierungsprojekt *Projeto Porto Maravilha* sowie umfangreiche Restrukturierungen im Zuge der Austragung der Fußballweltmeisterschaft der Männer 2014 und der Olympischen Spiele 2016. Die im Kontext derartiger Projekte lancierten stadtpolitischen Programme und Restrukturierungsprojekte sollen dazu beitragen, das internationale Profil der Stadt zu schärfen und sie für InvestorInnen attraktiv zu machen (Heeg/Rosol 2007: 494). Sie dienen als Alleinstellungsmerkmale und Identifikationsobjekte, die die jeweiligen urbanen Gesellschaften international als Gesamtheit repräsentieren sollen, führen aber gleichzeitig – trotz Nachhaltigkeitsbekenntnissen und der Implementierung partizipativer Elemente – zu Verdrängungs- und Exklusionsprozessen sowie einer Stigmatisierung ärmerer Bevölkerungsschichten (Schmidt 2011: 24). Raquel Rolnik, brasilianische Stadtforscherin und UNO-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen, verweist für den Kontext Rio de Janeiro darauf, dass solche Imageprojekte dazu neigen, über Armut und „Unterentwicklung“ hinwegzutäuschen und im Namen einer vermeintlichen Verschönerung des städtischen Raums die Interessen der lokalen BewohnerInnen zu verkennen (Duarte 2011: 11). Insbesondere die negativen Auswirkungen auf ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen und ihre Verdrängung aus den zentrumsnahen Gebieten werden dabei auf politischer Ebene kaum debattiert. Vielmehr wird die Umsetzung gewinnbringender (Partikular-)Interessen, Projekte und Events als eine „gut für alle“ Stadtentwicklung legitimiert, während gleichzeitig weniger prestigeträchtige Projekte oder Interessen der Bevölkerung von der stadtpolitischen Agenda verschwinden (ebd.).

Die massiven unzulässigen Umsiedlungen und Räumungen von ärmeren Bevölkerungsschichten im Zuge der urbanen Restrukturierungsmaßnahmen sind nur ein Beispiel für die demokratisch nicht legitimierten

Praktiken. Sie verdeutlichen, wie durch die Ausrichtung solcher Megaevents „Städte im Ausnahmezustand“ konstruiert werden (Vainer 2011). Politische Rahmenbedingungen und gesetzliche Regelungen können in solchen Ausnahmezuständen zugunsten von ökonomischen Verwertungsinteressen (temporär) außer Kraft gesetzt bzw. den Ereignissen angepasst werden. Dadurch erfolgt oftmals eine Einschränkung der Rechte der Bevölkerung, während gleichzeitig bestimmten unternehmerischen Akteuren (zum Beispiel FIFA, Internationalem Olympischen Komitee, privaten Konzernen, usw.) ein größerer Einfluss auf stadtpolitische Entscheidungen eingeräumt wird (ebd.).

2.3 Autoritäre Stadtentwicklungsprogramme in Rio de Janeiro

Im Rahmen des hegemonialen neoliberalen Entwicklungsdiskurses wird auch innerhalb von Städten „Entwicklung“ in vermeintlich „unterentwickelte“ Räume gebracht. Dies geschah und geschieht in Rio de Janeiro in Zusammenhang mit Ordnungs- und Sicherheitspolitiken und unter dem Vorzeichen urbanistischer Vorstellungen von geordneten, sauberen Städten. In den unterschiedlichen historischen Phasen wurden in der brasilianischen Metropole die technisch-bürokratischen Lösungen der Stadtentwicklungsstrategen mittels diverser repressiver Praktiken und Sozialprogrammen umgesetzt. Dies war jeweils auch Ausdruck einer Machtausübung der dominanten Gesellschaftsteile über die Orte der marginalisierten Bevölkerungsteile. Konkrete Maßnahmen reichten von repressiven Säuberungspolitiken Anfang des 20. Jahrhunderts über gewaltsame Räumungen und Umsiedlungen der Armen in die Peripherie während der Militärdiktatur bis zu Aufwertungspolitiken wie der Formalisierung von Favelas sowie ihrer infrastrukturellen Integration in das Stadtgefüge (zum Beispiel durch das Programm *Favela-Bairro* in den 1990er Jahren) (Abreu 1988). Aktuell kann von einer revanchistischen Praxis gesprochen werden (Smith 2001), die in Anlehnung an die *zero tolerance* Strategie New Yorks auch in Rio de Janeiro Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung garantieren sollen. Das stadtpolitische Programm des *choque de ordem* (Ordnungsschock) passt sich dabei den aktuellen Diskursen neoliberaler Stadtentwicklung an, in denen zum Schutz der Bevölkerung vor Drogenkriminalität, Gewaltökonomien und Umweltrisiken Aspekte der Nachhaltigkeit und *good urban governance* betont werden (Schmidt 2011: 130ff). Von teilweise repressiven

und diskriminierenden Praktiken im Namen der Ordnung, wie etwa der „Befreiung“ des öffentlichen Raumes von städtischer Unordnung oder militaristischer Aktionen zur „Befriedung“ der Favelas, sind vor allem die Lebenswelten von ärmeren StadtbewohnerInnen und hier insbesondere informelle ArbeiterInnen und Obdachlose betroffen. Gerade im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Stadt auf die internationalen Großveranstaltungen gewinnen solche sicherheits- und ordnungsstrategischen Einsätze an Bedeutung. Als Legitimationsgrundlage für Eingriffe von „außen“ dienen Zuschreibungen wie kriminell, rückständig und dreckig für Wohn- und Lebensorte der sozioökonomisch marginalisierten Bevölkerungsschichten. So können der Einsatz von „befriedenden Polizeieinheiten“ (*Unidades Pacificadoras Policiais – UPPs*) in den Favelas nicht nur als Schutz der ärmeren Bevölkerung vor Gewaltökonomien gelesen werden, sondern vor allem auch als sozial-technische Kontrollmaßnahme.

Am Beispiel des urbanen Entwicklungsprojektes Rio de Janeiros wird deutlich, dass und wie dieses von eurozentristischen, entpolitizierenden und autoritären Logiken, Mechanismen und Praktiken durchzogen ist, (re)produziert durch globale und lokale Machtstrukturen. Foucaults relationalem Machtbegriff folgend entstehen in Bezug auf Herrschaft immer auch alternative Modelle und Widerstand (Foucault 2005 [1982]). Dies bestätigt sich bei einer historischen Betrachtung Rio de Janeiros, wo sich immer wieder autonome Initiativen und Widerstandsbewegungen gegen eine autoritäre Stadtentwicklung „von oben“ formiert haben (Meade 1997). Aktuell versucht die *Sem-Teto*-Bewegung durch Besetzungen leer stehender Gebäude widerständige Territorien in der ungleichen Realität der südamerikanischen Metropole zu schaffen. Dieses Beispiel aufgreifend werden im Folgenden die alternativen sozialen Praxen untersucht, die sich hier im Widerstand zur hegemonialen Stadtentwicklung etabliert haben.

3. Die *Sem-Teto*-Bewegung als Alternative zur Stadtentwicklung?

Zu den wichtigsten urbanen Bewegungen, die soziale Ungleichheiten in den brasilianischen Städten kritisieren und mittels Besetzungen aktiv bekämpfen, zählen die seit den 1990er Jahren aufkommenden *Sem-Teto*-Bewegungen. *Sem teto* heißt wörtlich übersetzt „ohne Dach“ und bezeichnet in Brasilien keine Obdachlosen (*população de rua*), sondern eine bestimmte Art von BesetzerInnen (Souza 2009: 34). Die Basis der *Sem-Teto*-Bewe-

gungen besteht vorwiegend aus informellen ArbeiterInnen, Arbeitslosen, (ehemaligen) FavelabewohnerInnen oder eben auch Obdachlosen, die in der Regel prekären Lebensverhältnissen und einer extremen ökonomischen Verwundbarkeit ausgesetzt sind. Als wesentliche gemeinsame Ziele können die Reduzierung der sozialen Ungleichheiten im urbanen Kontext sowie die Forderung nach menschenwürdigem Wohnraum und einer Demokratisierung des Städtischen genannt werden (Tomazine 2010: 98). Die in den brasilianischen Metropolen aktiven *Sem-Teto*-Bewegungen bilden dabei kein homogenes Netzwerk, sondern unterscheiden sich zum Teil in der strategischen und methodischen Herangehensweise. Die bekannteste Organisation der *Sem-Teto*-Bewegungen, die „Bewegung der ArbeiterInnen ohne Obdach“ (MTST), versucht beispielsweise vorwiegend freistehende Gelände in der städtischen Peripherie zu besetzen. Neben der Möglichkeit zur kleinräumigen Landwirtschaft deuten auch die basisdemokratischen Organisationsstrukturen sowie die prinzipiellen Protest- und Aktionsformen auf die Nähe zur bekannten brasilianischen Landlosenbewegung (MST) hin (Souza 2009: 36).

In Rio de Janeiro hat sich seit 2004 eine *Sem-Teto*-Gruppe herausgebildet, die zwar mit diversen urbanen sozialen Bewegungen sympathisiert und kooperiert, jedoch keiner spezifischen Organisation angehört. Ausschlaggebend für die Entstehung war ein mehrwöchiges Protestcamp gegen den dritten Irak-Krieg vor der US-amerikanischen Botschaft. Im Zuge dessen kam es zu einem intensiven Kontakt zwischen den campierenden AktivistInnen und obdachlosen StraßenbewohnerInnen und es entstand die Idee, die Problematik der Wohnungsnot durch die Besetzung leer stehender öffentlicher Gebäude im zentral gelegenen, degradierten Hafengebiet der Stadt aktiv zu bekämpfen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen mit hierarchischen Organisationsformen war der Prozess von Anfang an von horizontalen Ansätzen geprägt (Bewohner Chiquinha Gonzaga 20.1.2011). Nach mehreren Monaten der Vorbereitung konnte am 23. Juli 2004 mit Chiquinha Gonzaga die erste Besetzung in der Hafenzone realisiert werden. In den kommenden Jahren folgten mit Zumbi dos Palmares (2005), Quilombo das Guerreiras (2006) und Machado de Assis (2008) drei weitere Besetzungen, die ideologisch wie auch personell miteinander verbunden sind. Zudem wird mit dem Kollektiv Guerreiro Urbano seit über zwei Jahren versucht, eine weitere Besetzung in der Region zu realisieren.

Die Besetzungen sind dabei im Sinne von „*terrains of resistance*“ (Routledge 1996) sicherlich keine widerspruchsfreien Räume, sondern dialektisch von Macht und Widerstand durchzogen. Weder die institutionelle Repression noch die rigiden sozialen Hierarchien heteronomer kapitalistischer Gesellschaften machen vor den Räumen der *Sem-Tetos* halt. Dennoch ist es durch die Kombination aus direkter Aktion und den alternativen sozialen Praxen gelungen, eine aktive städtische Graswurzelbewegung zu konstruieren, die den rund 300 Familien in den Besetzungen eine neue Lebensperspektive ermöglicht.

3.1 Wohnraumaneignung und ökonomische Alternativen

Die Besetzung leer stehender Gebäude im Zentrum Rio de Janeiros erfüllt mehrere Funktionen: Einerseits wird damit dem Bedürfnis nach bezahlbarem, zentralem und sicherem Wohnraum nachgekommen; andererseits wird aber auch generell die paradoxe Situation von Wohnungsmangel bei gleichzeitigem Leerstand sichtbar gemacht. Die Besetzungen verkörpern dabei zugleich Protest gegen soziale Ungleichheiten und Alternative zum marktwirtschaftlich regulierten Immobilienmarkt und den staatlich angebotenen Alternativen. Hier zu nennen wäre das soziale Wohnbauprogramm *Minha Casa, Minha Vida* (Mein Haus, Mein Leben), welches der gering verdienenden Bevölkerung Häuser mit Hilfe staatlicher Darlehen anbietet, die vorwiegend in der urbanen Peripherie liegen. Von den *Sem-Tetos* und anderen sozialen Bewegungen wird dieses Programm mit der Begründung abgelehnt, dass weder strukturelle Ursachen für die Wohnungslosigkeit in Frage gestellt, noch Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigt werden. Dementsprechend heißt es im Manifest des Kollektivs *Guerreiro Urbano* (2010): „Staatliche Politiken wie der Ordnungsschock, die „Revitalisierung“ der Hafenzonen, die polizeilichen Befriedungseinheiten (UPPs) und das Programm *Minha Casa, Minha Vida* führen gemeinsam zu einer Verschärfung der Peripherisierung der Armut und begünstigen direkt große Bauunternehmen und ImmobilienspekulantInnen“.

Im Gegensatz dazu werden die leer stehenden Häuser bei erfolgreicher Besetzung dem Immobilienmarkt entzogen und ihre Nutzung infolgedessen einer anderen Logik unterworfen. Die Hinterfragung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse sowie die Erarbeitung konkreter Alternativen sind zentraler Bestandteil der Diskussionen innerhalb der Besetzungen:

„Wir kämpfen nicht für kollektive Eigentumsrechte, sondern für Nutzungsrechte. Es reicht nicht aus, einfach die Tür aufzustoßen und reinzugehen, sondern wir müssen auch unsere Einstellung zum Privateigentum verändern“ (Bewohnerin Quilombo das Guerreiras 7.1.2011). Demzufolge priorisieren die Kollektive der autonomen Besetzungen Aspekte wie Selbstverwaltung und Nutzungsrechte und versuchen somit auch, das Aufkommen informeller Immobilienmärkte zu verhindern, die sich beispielsweise in den Favelas etabliert haben. Damit grenzen sich die *Sem-Teto*-Besetzungen klar von unorganisierten Besetzungen ab, innerhalb derer sich häufig hierarchische Machtstrukturen entwickeln, Wohnungen vermietet werden und lokale Drogenbanden operieren (Souza 2009).

Ökonomisch betrachtet wirken die Besetzungen der extremen Verwundbarkeit der Teilnehmenden auf mehreren Ebenen entgegen (Tomazine 2010: 92). Neben den Mietkosten verringern sich durch die Besetzungen im Stadtzentrum und die damit verbundene Nähe zu Krankenhäusern, öffentlichen Schulen, kulturellen Einrichtungen und vor allem formellen und informellen Arbeitsmärkten auch die Transportkosten. Darüber hinaus verfügen die Besetzungen Chiquinha Gonzaga und Quilombo das Guerreiras über Gemeinschaftsräume, die explizit für den Aufbau von Wirtschafts- und Einkommensalternativen vorgesehen sind. Bisher sind hier diverse solidarökonomische Projekte entstanden wie eine Sandalen- und Taschenproduktion, eine Siebdruckwerkstatt sowie eine Catering Kooperative (Schmidt 2011: 164). Die Schaffung neuer Arbeitsverhältnisse und Wirtschaftsweisen ist allerdings mit deutlichen Restriktionen verbunden, so dass sich bisher noch keine Kooperative langfristig etablieren konnte. Tomazine (2010: 93) nennt dafür insbesondere zwei Gründe: Zum einen erschweren mangelnde finanzielle und zeitliche Ressourcen der Teilnehmenden die umfangreiche Organisation der Projekte. Zum anderen erweist sich das Fortbestehen kapitalistischer Verhaltensweisen (wie Individualismus, Konkurrenzverhalten) innerhalb der Besetzungen als Beeinträchtigung gegenüber dem Aufbau kollektiver Prozesse. Zusätzlich sind die Produkte der Kooperativen auf dem lokalen (informellen) Markt einem großen Konkurrenzdruck ausgesetzt, wie eine Bewohnerin betont (Bewohnerin Quilombo das Guerreiras 7.1.2011). Dennoch bleiben die Gemeinschaftsräume weiterhin solchen Initiativen vorbehalten und auch der Wunsch, ökonomische Alternativen aufzubauen, ist nach wie vor vorhanden (ebd.).

3.2 Wiederaneignung der Politik im Alltag

„In dieser Besetzung gibt es keine Führung. Alle BewohnerInnen haben ausnahmslos das Recht auf Mitbestimmung: das Kollektiv ist souverän in den Entscheidungen, die in der Versammlung getroffen werden“ (Aushang im Versammlungsraum der Besetzung Quilombo das Guerreiras).

Das Kollektiv der *Sem-Tetos* zeichnet sich nach Grandi (2010) durch eine horizontale Organisation aus, dessen wichtigste Instanz die wöchentliche Versammlung ist, an deren Entscheidungsfindung alle BewohnerInnen gleichberechtigt beteiligt sind (Bewohnerin Quilombo das Guerreiras 7.1.2011). Hier werden Entscheidungen getroffen, die die interne Organisation betreffen, und außerhalb der Besetzung stattfindende soziale Kämpfe thematisiert (ebd.). Die *Sem-Teto*-Besetzungen im Zentrum Rio de Janeiro unterscheiden sich, laut einem Bewohner der Chiquinha Gonzaga (20.1.2011), vor allem durch ihren antiautoritären Charakter von anderen sozialen Bewegungen. Tomazine (2009: 107) bezeichnet sie als autonome Besetzungen, wobei „autonom“ sich hier sowohl auf die Selbstverwaltung als auch auf die Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Institutionen und Parteien bezieht. Die Beteiligung an institutionellen Prozessen wird dabei nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern ist oftmals notwendig, um kurzfristig die Räumungen der besetzten Gebäude zu verhindern und langfristig deren Regularisierung zu erwirken. Zusätzlich wird juristische und personelle Unterstützung von engagierten AnwältInnen, NGOs, alternativen Medien und solidarischen Einzelpersonen organisiert, um unrechtmäßiger Polizeirepression im Zuge des Besetzungsprozesses entgegenzuarbeiten.

Das Kollektiv als politischer Akteur wird dabei schon lange vor der tatsächlichen Besetzung konstruiert. In wöchentlichen Versammlungen treffen sich potentielle BesetzerInnen, diskutieren inhaltlich, besprechen den Prozess der Besetzung und legen Regeln für das zukünftige Zusammenleben fest. Dieser Vorbereitungsprozess wird gemeinsam mit AktivistInnen schon bestehender Besetzungen und politischer Organisationen durchgeführt und ist konstitutiv für das Vermögen der Teilnehmenden, gemeinsame Interessen und politische Ziele artikulieren zu können.

Parallel zu den Versammlungen der zukünftigen BewohnerInnen läuft ein weiterer Mobilisierungsprozess, ausgehend von Personen, die

sich solidarisch mit den Besetzungen erklären und kritisch in den Stadtentwicklungsdiskurs intervenieren möchten. Sie unterstützen die Besetzungen durch Öffentlichkeitsarbeit, die Beschaffung von Infrastruktur und die Mobilisierung für Demonstrationen und geplante Aktionen. Die Besetzungen können dadurch als Teil des sozialen Bewegungsnetzwerkes begriffen werden, welches rund um die Themen urbane Reform, Recht auf Stadt und Wohnen agiert und als Akteur einer Stadtentwicklung „von unten“ bereits zahlreiche gemeinsame Aktionen organisiert hat. In diesem Zusammenhang sind diverse stadtpolitische Veranstaltungen wie ein Forum gegen die Ordnungspolitik, ein soziales Stadtforum oder aktuelle Proteste gegen die negativen Auswirkungen der sportlichen Megaevents zu nennen. Hierbei gehen die *Sem-Tetos* davon aus, dass „die Urbane Reform, vom Volk ausgehen sollte“ (Pelamoradia 2010). Somit sehen sie die Idee des notwendigen und radikalen sozial-räumlichen Wandels innerhalb der Städte von einer „radikalen Perspektive von unten“ (Souza 2009: 35).

Zusammenfassend kann die politische Dimension der *Sem-Teto*-Besetzungen zwischen den alltäglichen Prozessen der Entscheidungsfindung auf der Mikroebene und der kritischen Intervention in den Stadtentwicklungsdiskurs auf lokaler Ebene verortet werden. Beide Prozesse sind mit einer umfangreichen Politisierung der Teilnehmenden verbunden. Die bewusste Thematisierung der bestehenden Machtverhältnisse im Hinblick auf die sozial-räumlichen Ungleichheiten vermag darüber hinaus, dem durch die dominante Stadtplanung vorangetriebenen Entpolitisierungsprozess entgegenzuwirken.

3.3 Wissens- und Bedeutungsproduktion

Um eine (Re-)Politisierung der Teilnehmenden zu bewirken, verwendet die *Sem-Teto*-Bewegung diverse kreative und emanzipatorische Methoden, die sich an dem Konzept der *educação popular* („Bildung von unten“) orientieren. Wie eine Bewohnerin der Quilombo das Guerreiras berichtet, gab es beispielsweise in den ersten zwei Jahren nach der Besetzung monatliche Versammlungen, die als politisches Bildungsangebot konzipiert und auf die speziellen Bedürfnisse der *Sem-Tetos* zugeschnitten waren: „Hier leben sehr unterschiedliche Menschen, es gibt welche, die alphabetisiert sind, und solche, die es nicht sind; manche haben gar keinen Zugang zu bestimmten Themen, während andere diese sehr gut beherrschen.“

Damals wollten wir versuchen, Versammlungen zu machen, durch die wir gemeinsam wachsen und unser Wissensniveau angleichen können [...]. In diesen politischen Versammlungen haben wir mit Sachen aus dem Fernsehen und Spielen gearbeitet, Gruppen für die Diskussionen gebildet, Sketche und kleine Stücke geprobt, die wir uns gegenseitig vorführten [...]. Wir haben alles diskutiert: die soziale Funktion von Eigentum, das ‚Stadt Statut‘, die Funktion der Staatsanwaltschaft, Menschenrechte – alles, was mit Wohnen und darüber hinaus zu tun hat“ (Bewohnerin Quilombo das Guerreiras 20.1.2011). Des Weiteren werden zahlreiche Aktivitäten speziell für die Kinder der Besetzungen organisiert. Diese reichen vom Theater der Unterdrückten über die Produktion von Musik und Dokumentarfilmen bis hin zu Bildungsangeboten wie der Vorbereitung auf die anspruchsvollen Aufnahmeprüfungen der öffentlichen Universitäten.

Ein etwas anderer Aspekt der Wissensproduktion ist die kritische Intervention in den hegemonialen Diskurs. Dieser ist im Hinblick auf die *Sem-Teto*-Besetzungen stark von ihrer Repräsentation durch die dominanten Medien geprägt. Sie sprechen beispielsweise selten von „Besetzung“, sondern verwenden meist den Begriff „Invasion“. Dieser deutet unmittelbar auf eine unrechtmäßige Handlung hin und legitimiert somit die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen. Der im Jahr 2009 erschienene Dokumentarfilm *Justa Causa* (gerechte Sache) ist ein Beispiel für den Versuch, eine alternative und selbstbestimmte Repräsentation der *Sem-Teto*-Besetzungen zu befördern. Er wurde von den BewohnerInnen selbst gedreht und zeigt das Leben in den Besetzungen aus ihrer Sicht. Nach Tomazine (2009: 172-192) ist die Namensgebung der Besetzungen ein weiterer Gesichtspunkt, der auf die Schaffung alternativer urbaner Repräsentation hindeutet: Einerseits grenzen sie sich mit der Namensgebung an sich auch nach außen von den zahlreichen „unorganisierten“ Besetzungen ab; andererseits stehen die Namen symbolisch für die Zugehörigkeit der jeweiligen Besetzung zu einem politischen Projekt. So beziehen sich beispielsweise die Namen *Chiquinha Gonzaga* oder *Zumbi dos Palmares* auf widerständige Persönlichkeiten, die in der brasilianischen Vergangenheit etwa für die Rechte von Frauen oder die Abschaffung der Sklaverei gekämpft haben. Die Hafenzone als Aktionsort der *Sem-Tetos* ist historisch eng mit der afrobrasilianischen Kultur verbunden. Dort war nicht nur der Ankunftsort vieler aus Afrika verschleppter Menschen sowie der Markt, auf dem sie

verkauft wurden, sondern hier befanden sich bis Anfang des 20. Jahrhunderts mit den *Quilombos* (Siedlungen entflohener SklavInnen) und *Zungus* (kollektive Wohnhäuser von ehemaligen SklavInnen) auch viele wichtige Orte des afro-brasilianischen Widerstandes, weshalb die Region zu dieser Zeit auch „klein Afrika“ genannt wurde. Der Name *Quilombo das Guerreiras* (*Quilombo* der Kämpferinnen) weist dabei sowohl auf die *quilombolische* Identität als auch auf den Kampf der Frauen hin. Durch diese alternativen Bedeutungsproduktionen bilden die *Sem-Tetos* zusammen mit ihren spezifischen sozialen Praktiken eine interessante und lebendige Alternative zu den hegemonialen Diskursen und Praktiken der Stadtentwicklung in Rio de Janeiro.

4. Fazit

Der vorliegende Artikel stellt den Versuch dar, die zentralen Thesen des Post-Development-Ansatzes auf die empirische Analyse urbaner Räume anzuwenden. Anhand des Beispiels Rio de Janeiro kann festgehalten werden, dass deutliche Parallelen zwischen den dominanten Diskursen und Praxen der Entwicklung und denen der Stadtentwicklung gezogen werden können. Indem auf lokaler Ebene Stadtentwicklungsprojekte als dem Allgemeinwohl dienende Projekte deklariert werden, kommt es zur Ausblendung unterschiedlicher Interessen, struktureller Ungleichheiten und asymmetrischer Machtverhältnisse. Des Weiteren wurde herausgearbeitet, dass alternative Planungspraktiken, die eine vermeintlich partizipative und nachhaltige Stadtentwicklung forcieren, den Entwicklungsdiskurs unter anderen Vorzeichen reproduzieren und die stadtpolitische Debatte zunehmend entpolitisieren.

Eben gegen jene Ungleichheiten wenden sich die als Alternativen zur hegemonialen Stadtentwicklung dargestellten *Sem-Tetos* in Rio de Janeiro. Der Post-Development-Ansatz ermöglicht dabei, die Analyse nicht auf ihre Wirkung nach außen zu beschränken, sondern den Fokus auf die im Zuge des Widerstands entstehenden sozialen Praxen und Alternativen zu legen. Im Falle der *Sem-Tetos* zeichnen sich diese vor allem durch die inklusive und horizontale soziale Organisationsform aus, welche die Partizipation der Betroffenen im Hinblick auf alle die Besetzung betreffenden Entschei-

dungen ermöglicht. Durch die Besetzung leer stehender Gebäude und den Versuch, alternative Wirtschaftsweisen zu etablieren, erfolgt eine direkte, selbstbestimmte Verbesserung der Lebensverhältnisse. Darüber hinaus werden dabei die kapitalistischen (Normal-)Verhältnisse hinterfragt und alternatives, für die Besetzungen relevantes Wissen produziert. Die *Sem-Tetos* sollten hierbei nicht als „die“ Alternative zu hegemonialen Stadtentwicklungspraktiken dargestellt werden, sondern vielmehr als ein Beispiel für „eine“ von vielen möglichen. Alternative Lebensweisen sind, wie auch das Beispiel der *Sem-Tetos* zeigt, stets von Widersprüchen durchzogen und eine vollständige Abkopplung von kapitalistischen Strukturen nicht möglich. In diesem Sinne verstehen wir die Post-Development-Agenda in Anlehnung an Gibson-Graham (2005: 6) vor allem als Anstoß, sozialen Wandel (radikal) anders zu denken und zu praktizieren. Angesichts der herrschenden Machtverhältnisse in Rio de Janeiro ist jedoch fraglich, wie lange sich die Besetzungen der *Sem-Tetos* noch den dominanten urbanen Entwicklungsprojekten widersetzen können. Gerade im Zuge der anstehenden Megaevents und den damit verbundenen Modernisierungsmaßnahmen und Bauprojekten hat sich die Verdrängungspolitik gegenüber der marginalisierten Bevölkerung verschärft. Durch die Räumungen irregulärer Siedlungen und das Verbot des informellen Handels vor allem im Zentrum der Stadt wird ihnen ihre Daseinsberechtigung zunehmend abgesprochen. Inmitten dieses umkämpften Terrains befinden sich die Besetzungen. Da die Grundstücke im Zuge des Hafenrevitalisierungsprojektes Porto Maravilha eine immense Aufwertung erfahren haben, sind derzeit, bis auf die Chiquinha Gonzaga, alle Besetzungen akut räumungsbedroht.

- 1 Die im Beitrag verwendeten empirischen Erkenntnisse wurden im Laufe von Feldforschungsaufenthalten in Rio de Janeiro gewonnen. Die Zitate aus den dabei geführten Interviews wurden von den AutorInnen selbst übersetzt.

Literatur

Abreu, Mauricio de Almeida (1988): *Evolução urbana do Rio de Janeiro*. Rio de Janeiro: IPLANRIO/ZAHAR.

- Abreu, Mauricio de Almeida (2010): *Geografia Histórica do Rio de Janeiro (1502–1700)*. Rio de Janeiro: Estúdio Editorial.
- Brenner, Neil/Theodore, Nik (2002): Cities and the Geographies of „Actually Existing Neoliberalism“. In: Brenner, Neil/Theodore, Nik (Hg.): *Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe*. Oxford: Blackwell, 2-32.
- Compans, Rose (2005): *Empreendedorismo Urbano. Entre o discurso e a prática*. São Paulo: Editora UNESP.
- Cramer, Cathy/Schmitz, Stefan (2004): Die Welt will Stadt – Entwicklungszusammenarbeit für das Urbane Jahrtausend. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15-16, 12-20.
- Duarte, Livia (2011): Die Stadt braucht keine Schminke. Investitionen in Infrastruktur für WM und Olympia sind erwünscht, aber die Armen wollen sich nicht verstecken. In: *ILA* 347 (6), 10-11.
- Escobar, Arturo (1992): Planning. In: Sachs, Wolfgang (Hg.): *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*. London: Zed Books, 132-145.
- Escobar, Arturo (1995): *Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton: Princeton University Press.
- Foucault, Michel (2005 [1982]): Subjekt und Macht. In: Defert, Daniel/Ewald, Francois (Hg.): *Analytik der Macht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 240-263.
- Gibson-Graham, Julie Katherine (2005): Surplus Possibilities: Postdevelopment and Community Economies. In: *Singapore Journal of Tropical Geography* 26 (1), 4-26.
- Grandi, Matheus da Silveira (2010): *Práticas espaciais insurgentes e processos de comunicação: Espacialidade cotidiana, política de escalas e agir comunicativo no movimento dos sem-teto no Rio de Janeiro*. Dissertation am Departamento de Geografia, Rio de Janeiro: UFRJ.
- Guerreiro Urbano (2010): *Manifesto da ocupação Guerreiro Urbano*. <http://prod.midiaindependente.org/pt/blue/2010/11/480153.shtml>, 20.11.2010.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler* 71 (1), 3-17.
- Heeg, Susanne/Rosol, Margit (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: *PROKLA* 149 (4), 491-511.
- Herrle, Peter (2005): Stadtentwicklung in der Entwicklungszusammenarbeit – Weiter wie bisher? In: *DemoS – Staat und Demokratie* 1, 3-4.
- Janowicz, Cedric (2008): *Zur sozialen Ökologie urbaner Räume. Afrikanische Städte im Spannungsfeld von demographischer Entwicklung und Nahrungsversorgung*. Bielefeld: Transcript.
- Kollektiv Oranotango (2010): *Solidarische Räume & kooperative Perspektiven. Praxis und Theorie in Lateinamerika und Europa*. Neu-Ulm: AG-SPAK.
- KfW – Entwicklungsbank (2011): *Stadtentwicklung. Geballte Probleme auf engem Raum*. http://www.kfw-entwicklungsbank.de/ebank/DE_Home/Sektoren/Stadtentwicklung/index.jsp, 12.10.2011.
- Meade, Teresa (1997): *Civilizing Rio: Reform and Resistance in a Brazilian City, 1889–1939*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.

- Oliveira, Fabricio Leal de (2000): Strategic Planning and Urban Competition: The Agenda of Multilateral Agencies in Brazil. In: Progressive Planning Magazine 143. http://www.plannersnetwork.org/publications/2000_143/oliveira.html, 28.12.2012.
- Pelamoradia (2010): Solidariedade. <http://pelamoradia.wordpress.com/solidariedade/>, 20.11.2011.
- Raman, Ravi K. (2007): Plachimada resistance. A post-development social movement metaphor? In: Ziai, Aram (Hg.): Exploring Post-development. Theory and practice, problems and perspectives. London: Routledge, 163-180.
- Routledge, Paul (1996): Critical Geopolitics and terrains of resistance. In: Political Geography 15 (6/7), 509-531.
- Schmidt, Katharina (2011): Aneignung öffentlicher Räume, Rio de Janeiro. In: Arbeitsgemeinschaft Österreichische Lateinamerika-Forschung (Hg.): Investigaciones. Forschungen zu Lateinamerika 16. Wien: Lit.
- Smith, Neil (2001): Global Social Cleansing: Postliberal Revanchism and the Export of Zero Tolerance. In: Social Justice 28 (3), 68-74.
- Souza, Marcelo Lopes de (2009): Social movements in the face of criminal power: The socio-political fragmentation of space and „micro-level warlords“ as challenges for emancipative urban struggles. In: City 13 (1), 26-52.
- Tomazine, Eduardo (2009): O „lêxico espacial“ do movimento dos sem-teto: um estudo do discurso e das representações socio-espaciais da ocupação Quilombo das Guerreiras. Dissertation am Departamento de Geografia. Rio de Janeiro: UFRJ.
- Tomazine, Eduardo (2010): Kooperativismus und soziale Kämpfe in der Stadt. Überlegungen zur Obdachlosenbewegung im Zentrum Rio de Janeiros. In: Kollektiv Oranotango (2010): Solidarische Räume & kooperative Perspektiven. Praxis und Theorie in Lateinamerika und Europa. Neu-Ulm: AG-SPAK, 90-97.
- Vainer, Carlos (2000): Light and Shadow in the Strategies of a Consultat on Strategies. In: Progressive Planning Magazine 143. http://www.plannersnetwork.org/publications/2000_143/vainer.html, 22.11.2011.
- Vainer, Carlos (2011): Cidade de Exceção: reflexões a partir do Rio de Janeiro. <http://www.br.boell.org/web/51-1266.html>, 29.12.2012.
- World Bank (2009): Systems of cities. Harnessing urbanization for growth and poverty alleviation. The World Bank urban and local government strategy. <http://www.wburbanstrategy.org/urbanstrategy/sites/wburbanstrategy.org/files/FEUUR%200901%20for%20web%201029.pdf>, 26.11.2011.
- Ziai, Aram (2006): Post-Development: Ideologiekritik in der Entwicklungstheorie. In: Politische Vierteljahresschrift 47 (2), 193-218.
- Ziai, Aram (2010): Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10, 23-29.

Abstracts

Im Hinblick auf die wachsende Bedeutung des „Städtischen“ im entwicklungspolitischen Kontext befasst sich der Artikel mit Praktiken hegemonialer Stadtentwicklung und möglichen Alternativen. Dabei wird aus einer Post-Development-Perspektive anhand des Beispiels Rio de Janeiro gezeigt, dass autoritäre, eurozentristische und entpolitisierende Aspekte die Stadtpolitik prägen. Anknüpfend an die Diskussionen um „Alternativen zu Entwicklung“ wird am Beispiel der *Sem-Teto* Bewegung in Rio de Janeiro verdeutlicht, dass konkrete Alternativen bereits bestehen. Es wird argumentiert, dass die von der Bewegung forcierte Aneignung von Wohnraum eine Handlungsperspektive für die vom formellen Immobilienmarkt und von politischer Beteiligung ausgeschlossenen Bevölkerungsteile darstellt.

In view of the increasing consideration of urban issues in development policy, this contribution addresses hegemonic urban development practices and possible alternatives that counteract these. The example of Rio de Janeiro shows, from a post-development perspective, that authoritarian, eurocentric and depoliticised factors shape urban development practices. Adopting the debate about ‘alternatives to development’, the example of the *sem-teto* movement in the centre of Rio de Janeiro illustrates that such concrete alternatives already exist. We argue that the appropriation of housing space by the *sem-teto* movement provides options for those parts of the population which are excluded from formal housing markets and political participation.

Alice Hamdi
alicehamdi@gmx.de

Sebastian Hilf
sebastian.hilf@memfarado.org

Katharina Schmidt
schmidt@geowiss.uni-hamburg.de

MIRJAM TUTZER

**Das Licht und die Flasche: Sichtweisen, Alternativen zu
Entwicklung und Handlungsmacht in Kibera, Nairobi**

I. Einleitung^I

In weiten Teilen Kiberas, einer informellen Siedlung in Nairobi, stehen dicht gedrängt Wellblechhütten, in die auch tagsüber kaum Licht eindringt. Oft brennt deshalb eine Petroleumlampe, deren Abgase sich in der Hütte verbreiten. Eine Jugendgruppe will nun eine kreative Idee umsetzen, welche in anderen informellen Siedlungen – zum Beispiel in Asien – große Erfolge verzeichnet: Durch ein Loch in der Decke wird eine mit Wasser und Bleichmittel gefüllte Flasche zur Hälfte eingeführt, so dass Licht von außen in die Hütte reflektiert werden kann – eine sehr einfache, günstige und gesunde Lösung.

Die hier beschriebene Form der Lichtgenerierung stellt nur ein Beispiel für das im Fokus dieses Artikels stehende Potenzial derjenigen Menschen dar, die von Entwicklungsorganisationen oft ausschließlich als PartnerInnen oder EmpfängerInnen verschiedener Projekte assoziiert werden. Eine Abkehr von dieser *management*-orientierten Auffassung von Entwicklung erfordert dabei eine Anerkennung ihrer Handlungsmacht und alternativen Sichtweisen.

Die Hauptfragen zielten darauf ab, ihre Sicht auf Kibera als sozialem Raum, auf die Bedeutung und Definition von Entwicklung sowie die Rolle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zu erforschen. Die Antworten spiegeln die Vielseitigkeit der Sichtweisen, Lebensumstände und Herangehensweisen der BewohnerInnen wider. Die Bandbreite der Meinungen über Kibera als sozialem Raum: – lange Zeit als „größter Slum Afrikas“ bekannt – reichte von „*iko poa tu*“ (es ist nur gut) bis zu „*sioni uzuri*“ (ich sehe nichts Gutes). Die Reaktionen auf die

Frage, wie auf Schwierigkeiten bzw. negative Aspekte der Lebenssituation im genannten Gebiet reagiert werden sollte, passen jedoch alle in den vom Entwicklungsdispositiv geprägten Rahmen: Kibera wird als abgegrenzter Raum wahrgenommen, den es zu entwickeln gilt, wobei diese Entwicklung meist mit Organisationen und Projekten assoziiert wird. Der weitere Kontext wie auch die verschiedenen Möglichkeiten und Strategien der Menschen, mit der Situation umzugehen und diese zu beeinflussen, wird außer Acht gelassen.

Diese Vorstellung von Entwicklung führt nicht nur zu bestimmten Repräsentationen der Menschen und Praktiken auf nationaler und internationaler Ebene, sondern beeinflusst auch mögliche alternative Sichtweisen und Handlungsformen im Sinne von Alternativen zu Entwicklung. Die Schwierigkeiten als auch Möglichkeiten von verschiedenen Sichtweisen sollen zunächst am Beispiel der EinwohnerInnen von Kibera dargestellt werden und anschließend die Reichweite von sozialen Bewegungen im Sinne von Alternativen zu Entwicklung untersucht werden.

2. Das Entwicklungsdispositiv, Raum und (Selbst-)Wahrnehmung

„Entwicklung“ und die Formulierung und Umsetzung von „Entwicklungsprojekten“ durch Organisationen und Regierungen haben in den letzten 50 Jahren die internationale Politik bzw. die Repräsentation und Behandlung bestimmter Regionen der Erde geprägt. Die Kritik an der zugrunde liegenden Konzeptualisierung von Entwicklung und der damit einhergehenden entwicklungspolitischen Praktiken sowie mögliche alternative Herangehensweisen und Zugänge sollen im Folgenden dargestellt werden.

VertreterInnen eines skeptischen – im Unterschied zu neo-populistischen – Zugangs innerhalb der Post-Development-Debatte (vgl. Ziai 2004b: 105ff) untersuchen, mit dem Ziel einer radikalen Demokratie vor Augen, „Entwicklung“ nach Michel Foucault als Diskurs. Dabei zeigen sie den Prozess auf, in dessen Verlauf sich Länder selbst als „unterentwickelt“ zu betrachten begannen, „Entwicklung“ als Antwort darauf ansahen und diese „Entwicklung“ dann durch die Einführung von verschiedenen Strategien und Programmen zur Realität wurde. Foucault folgend wird

„Entwicklung“ verstanden als „an apparatus (*dispositif*) that links forms of knowledge about the Third World with the deployment of forms of power and intervention, resulting in the mapping and production of Third World societies“ (Escobar 1992: 23). Dem zugrunde liegt, ähnlich wie beim Orientalismus, die Annahme einer „*positional* superiority, which puts the Westerner in a whole series of possible relationships with the Orient without ever losing him the relative upper hand“ (Said 2003: 7).

Als Antwort auf eine Kritik an diesem herrschenden Dispositiv entstanden verschiedene alternative Entwicklungsansätze wie der akteursorientierte, nachhaltige, menschliche oder partizipative. Trotz einer differenzierteren Herangehensweise schwingen jedoch nach wie vor modernisierungstheoretische Implikationen mit. Zentral ist hier der Glaube an einen universellen Maßstab, an dem Gesellschaften bezüglich ihres Entwicklungsgrades gemessen werden können. Unterentwicklung kann dann als Mangel an eben dieser „Entwicklung“ definiert werden. Dies führt nicht nur zu der Überzeugung, „Entwicklung“ könne durch Programme und Projekte von außen induziert bzw. initiiert werden. Auch die Subjektpositionen „EntwicklerInnen“ und „zu Entwickelnde“ sowie die damit einhergehenden Herrschaftsstrukturen bleiben bestehen (vgl. Ziai 2004a: 186f).

Diese Art und Weise der Kategorisierung drückt sich in verschiedenen Terminologien wie Erste und Dritte Welt, Nord und Süd, Westen und nicht Westen, Industrie- und Entwicklungsländer, etc. aus. Um die darin eingeschlossenen kritischen Implikationen zu vermeiden, wird hier Chandra Mohantys (2003: 226f) Unterscheidung von Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt verwendet, mit der sie soziale Minderheiten und Mehrheiten im globalen Norden wie auch Süden anhand der Lebensqualität von Menschen und Gemeinschaften einteilt. Dabei können circa Zwei-Drittel der Weltbevölkerung zur sozialen Mehrheit, das heißt zu dem weniger privilegierten Teil der Weltbevölkerung gezählt werden. Durch die Verabschiedung von täuschenden geographischen wie auch ideologischen Binarismen werden auch nationale und lokale Ungleichheiten ins Blickfeld gerückt und damit die Problematik erweitert. Eine solche Unterteilung bricht mit der problematischen Vorstellung von „naturally‘ discontinuous spaces“ (Gupta/Ferguson 1992: 6), auf welcher die Unterscheidung von Gesellschaften, Nationen und Kulturen basiert. Akhil Gupta und James Ferguson (1992: 7f) zeigen auf, wie Raum als neutrales Raster definiert wird, in welches kulturelle Unter-

schiede, historisches Gedächtnis und gesellschaftliche Ordnungen eingeschrieben werden. Vernachlässigt wird dabei oft, dass auch koloniale Begegnungen in den kolonisierten wie auch kolonisierenden Gebieten zu hybriden Kulturen führen, was wiederum eine Konzeptualisierung und Thematisierung der kolonialen Implikationen von Raum und dessen Repräsentation in der Gegenwart nach sich ziehen müsste (vgl. ebd.).

Dieser Auffassung folgend ist Kibera als sozialer Ort in Beziehung zur kolonialen Vergangenheit, zu gegenwärtigen sozialen Ungleichheiten und den damit zusammenhängenden (Selbst-)Wahrnehmungen und -Repräsentationen zu denken. Auf Basis einer Konzeptualisierung von „Entwicklung“ in Anlehnung an Post-Development-AutorInnen kann EZA dann als machtvolle postkoloniale Praktik angesehen werden, die die hierarchischen Beziehungen zwischen der Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt bestimmt (vgl. Doty 1996; Kothari/Minogue 2001; Eriksson-Baaz 2005; Kapoor 2008; Castro-Varela/Dhawan 2009; Biccum 2010). Dies geht einher mit einer diese Machtverhältnisse legitimierenden Repräsentation der Menschen der Zwei-Drittel-Welt und einer damit konformen Selbstwahrnehmung, welche vom Entwicklungsdispositiv beeinflusst wird. Einerseits wird die Position und Lebenslage von Menschen der Zwei-Drittel-Welt in Relation zur Ein-Drittel-Welt betrachtet und „Entwicklung“ als Antwort propagiert. Andererseits zieht diese Wahrnehmung die Ausblendung weiterer Zusammenhänge und Machtverhältnisse mit sich bzw. legitimiert diese. Handlungen, Identitäten und Bedeutungssysteme im Kontext von „Entwicklung“ müssen daher als interdependente Faktoren betrachtet und analysiert werden, die wiederum Subjektpositionen und Handlungsmöglichkeiten bestimmen und die Beziehungen zwischen der Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt sowie möglichen Alternativen zu Entwicklung beeinflussen (vgl. die triadische Analyse als Methode: Peterson 2003: 40; Ziai 2006: 49f).

In diesem Beitrag wird argumentiert, dass für die Entstehung bzw. Wahrnehmung von Alternativen zu Entwicklung ein Umdenken hinsichtlich ungleicher Machtstrukturen und deren Implikationen in der Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt stattfinden muss. Das heißt, notwendig ist ein Hinterfragen von Strukturen, ermöglicht durch ein Aufzeigen von vorgefertigten Räumen mithilfe der triadischen Analyse, das sich unweigerlich durch die Wahrnehmung von Handlungsmacht durch die Menschen der Zwei-Drittel-Welt sowie Ein-Drittel-Welt ergibt.

Im Folgenden sollen die postkolonialen Implikationen in Bezug auf Kibera als Raum wie auch im Zusammenhang mit der Selbst- und Fremdwahrnehmung seiner EinwohnerInnen dargestellt werden, eingebettet in den Rahmen des Entwicklungsdispositivs.

3. Kibera als postkolonialer Raum

„One glimpse is enough. You have discovered the famous misery of the Third World. A sea of homes made from earth and sticks rising from primeval mud-puddle streets. Massive numbers of people live here: somewhere between 500.000 and a million souls. Many have lived here for decades, but half the residents are under the age of 16. All, old and young, new arrivals and long-term residents, live without running water, sewers, sanitation, or toilets.

Piles of trash line every alley and avenue, giving the neighbourhood its trademark look: a motley patina of red dirt, green mango peels, and the festive but faded colors of thousands of discarded plastic bags. Chickens and goats wander by and scratch at the heaps for food.“ (Neuwirth 2006: 67f)

„Ein Blick ist genug“ – wirklich? Was steckt hinter der zitierten, bildhaft beschriebenen „bekannten Misere der Dritten Welt“, nämlich den Lebensumständen der BewohnerInnen von Kibera? Wie entstand dieser Raum und wie veränderte er sich im Laufe der Zeit? Welche Bedeutung hat Kibera heute in Relation zur Stadtentwicklung Nairobis, als Wohnraum für Tausende von Menschen und in Bezug auf das Entwicklungsdispositiv?

3.1 Die Entstehung Nairobis

Nairobi wurde 1899 von der britischen Kolonialmacht als Basislager für die Konstruktion der Eisenbahnlinie von Mombasa zum Viktoriasee und weiter nach Uganda gegründet. Dabei erfüllte die Siedlung die ökonomischen Bedürfnisse für die koloniale Entwicklung und übernahm später die Funktion Mombasas als Hauptstadt des Protektorats bzw. später der Kolonie. Nairobi war für die meisten EinwohnerInnen ein vorübergehender Aufenthaltsort und nicht das Endziel, was die fehlende Planung von Wohngebieten erklärt. Die „rassifizierte“ räumliche Teilung der Stadt verlief zwischen Gebieten für die kolonialen Bediensteten aus verschiedenen Orten im britischen Empire, den sich zur Erholung in den *white*

highlands aufhaltenden SiedlerInnen, den indischen Gemeinschaften, welche als ArbeiterInnen an der Eisenbahnlinie ab dem frühen 20. Jahrhundert nach Kenia gebracht wurden, sowie den afrikanischen ArbeiterInnen. Die indischen ArbeiterInnen wurden nach dem Ausbruch der Pest in der Innenstadt in den östlichen Teil der Stadt umgesiedelt. Die afrikanischen ArbeiterInnen hingegen waren zu Arbeitszwecken geduldet, durften die Stadt aber nur mit Pass betreten und bekamen entweder semi-permanente, sehr einfache Behausungen zugeteilt (vgl. Bodewes 2005: 30) oder waren gezwungen, sich informell oder illegal in verschiedenen Teilen der Stadt einzurichten, wobei für sie jederzeit die Gefahr bestand, vertrieben zu werden. Die Entstehung sowie die Umsetzung der Unterteilung der Stadt sagt viel über gegenwärtige Verhältnisse aus (vgl. Charton-Bigot 2010: ix). Sie ging einher mit der Repräsentation und Behandlung von AfrikanerInnen als „BürgerInnen zweiter Klasse“ und dementsprechend mit weniger Rechten und Ansprüchen. Diese Abgrenzung zwischen dem „Anderen“ und dem „Eigenem“ spiegelte sich unter anderem in der Zuteilung von Raum wider und verkörperte die Überlegenheit der Kolonialmacht.

Zwischen den zwei Weltkriegen zogen immer mehr Menschen auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Stadt, auch, um die von der Kolonialmacht erhobenen Steuern bezahlen zu können. Die „afrikanische Stadt“ entwickelte sich folglich in den ungenutzten Räumen entlang der kolonialen Stadt und, obwohl AfrikanerInnen die Mehrheit in der Stadt bildeten, lebten sie als „peripheral second-class zone dwellers“ (Charton-Bigot 2010: x). Dass kein Interesse an einer Änderung bestand, belegt die Tatsache, dass es bis zum zweiten Weltkrieg keine Regelung der öffentlichen Ordnung gab oder ein städtisches Amt, welches sich mit der Wohnsituation von AfrikanerInnen auseinandersetzte. Dies hätte für die Kolonialmacht eine Akzeptanz bzw. Legitimierung der Anwesenheit afrikanischer Menschen in Nairobi bedeutet. Die beschriebene Überzeugung von der eigenen Überlegenheit, die sich in der Art der Administration niederschlug sowie eine Repräsentation der AfrikanerInnen als „unzivilisiert“ zur Folge hatte, ermöglichte den Ausschluss der afrikanischen Bevölkerung von existierenden sozio-ökonomischen und politischen Institutionen. Unsicherheit dominierte folglich die Lebensbedingungen von AfrikanerInnen in der Stadt auch nach der Unabhängigkeit. Trotz der offiziellen Aufhebung der „Rassentrennung“ ist die Stadt nach wie vor in klar abgegrenzte Wohn-

gebiete unterteilt und ein Großteil der Bevölkerung lebt in informellen Siedlungen, manche Familien seit Generationen unter illegalen bzw. unsicheren Bedingungen (vgl. Charton-Bigot 2010: x). Die Konzeptualisierung von Ungleichheit basierend auf räumlichen Einheiten verdeckt die damit zusammenhängenden Repräsentationen von dort lebenden Personengruppen. Obwohl die Verschiedenheit der Lebensräume festgehalten werden kann und muss, sollte dies keine Isolation bestimmter Gebiete implizieren, sondern eine Analyse der Verbindungen und Verknüpfungen zwischen denselben beinhalten.

3.2 Stadtplanung nach der Unabhängigkeit

Nairobi ist gekennzeichnet durch die Abgrenzung stark unterschiedlich genutzter Flächen. Dies ist allerdings nicht ausschließlich Ergebnis von Planung, sondern im Sinne einer indirekten Segregation eher als Folge von räumlicher Verteilung, Bauvorschriften und Restriktionen von Landtransaktionen zu sehen. Auch das Straßennetzwerk führte zu versteckten und schleichenden Unterteilungen welche sich in Erreichbarkeit, Lebensqualität, Zugang zu Dienstleistungen sowie Bevölkerungsdichte ausdrücken (vgl. Medard 2010: 29).

Die genannten Faktoren führten zu einem starken Zuwachs von BewohnerInnen in informellen Siedlungen wie zum Beispiel Kibera. Im Sumpfgebiet wurden 1912 frühere muslimische „Sudanesische“ oder „Nubian“ Soldaten angesiedelt, woraus sich das erste informelle afrikanische „Dorf“ der Stadt entwickelte (vgl. Lonsdale 2010: 13). Der „Kibra“ (Wald in der nubischen Sprache) wurde früheren Soldaten als Rente für ihren Dienst für die Kolonialmacht zugeteilt, jedoch nie als formelle Siedlung anerkannt. Infolgedessen sah man auch keine Notwendigkeit, Zugänge zu Strom, Wasser und sanitären Einrichtungen zu organisieren (vgl. Bodewes 2005: 32).

3.3 Entwicklung und Kibera

Unzählige Organisationen, NGOs, Jugendgruppen, religiöse Projekte, etc. haben ihren Sitz in Kibera bzw. sehen Kibera als Fokusgebiet ihrer Arbeit, unter anderem deshalb, weil Kiberas mit ca. einer Million EinwohnerInnen als „größter Slum Afrikas“ bekannt wurde. Die Anwesenheit in einem solchen Gebiet erhöht das Prestige der Organisationen und damit

die Chance auf Finanzierung von Projekten. Die Untersuchung Stefano Marras und seines Teams von Map Kibera zeigt jedoch die Diskrepanz zwischen der Darstellung der Organisationen und PolitikerInnen und der Situation vor Ort (vgl. Sesana 2011): Ausgehend von einem Gebiet haben sie weite Teile der informellen Siedlung kartographisch erfasst und eine EinwohnerInnenzahl zwischen 220.000 und 250.000 Menschen ermittelt. Einschränkend muss erwähnt werden, dass auch diese erhobenen Zahlen nicht (mehr) notwendigerweise der tatsächlichen EinwohnerInnenzahl entsprechen müssen. Unabhängig der konkreten Zahlen ist vielmehr bedeutend, wie mit solchen Daten und Darstellungen umgegangen wird, wie diese benutzt und manipuliert werden, was sie legitimieren und wie sie die Sichtweisen der BewohnerInnen beeinflussen.

Kibera als Teil der Zwei-Drittel-Welt ist teilweise weniger als einen Kilometer von der Ein-Drittel-Welt entfernt und in vielfältiger Weise mit ihr verknüpft: Menschenströme verlassen Kibera jeden Morgen zu Fuß in Richtung Industriezone oder reicheren Wohngebieten auf der Suche nach Arbeit. Die Menschen der Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt treffen sich am Arbeitsplatz (als ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen), auf den Straßen und Geschäften, sehen dieselben Nachrichten und Werbungen (ein Blick auf Kibera zeigt die Vielzahl an Fernsehgeräten in den Hütten), etc. Der hohe Lebensstandard der Menschen der Ein-Drittel-Welt stützt sich beispielsweise im Bausektor zum Teil auf die Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften aus der Zwei-Drittel-Welt. Andersherum ist die weiter entfernte Ein-Drittel-Welt in Gebieten wie Kibera nicht nur durch ausländische Fernsehprogramme sichtbar, sondern auch in der Schule und in der Politik, aber vor allem auch durch die Konzeptualisierung und Implementierung von „Entwicklung“ durch EZA-Organisationen ist der „westliche Lebensstandard“ bzw. die Darstellung desselben als erstrebenswertes Ziel jederzeit präsent. Ferner leben in Kibera auch Menschen, die zur Ein-Drittel-Welt gezählt werden können, und damit nicht ausschließlich Menschen mit niedrigem Einkommen.

Kibera ist also auf vielfältigste Weise mit der Ein-Drittel-Welt verknüpft: erstens und aus einer historischen Perspektive durch die Entstehung und das Fortbestehen des Ortes, zweitens und auf der politischen Ebene durch die Formulierung und gegebenenfalls Umsetzung von Reformen sowie der politischen Mobilisierung der in Kibera lebenden Menschen und drittens

in Bezug auf kulturelle Aspekte durch die „hybride“ Identität der Kolonisierten wie auch bzgl. der Interaktion der Menschen der Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt.

Was bedeutet dies für die Entstehung und Etablierung von Alternativen zu Entwicklung im Sinne von Post-Development? Auf welche Konzepte und Sichtweisen treffen diese Alternativen zu Entwicklung in Kibera? Welche Reichweite haben alternative Bewegungen und welche Rolle spielt Handlungsmacht als Alternative zu Entwicklung?

4. Alternativen zu Entwicklung

Der herrschende Entwicklungsdiskurs dominiert die Konzeptualisierung von Räumen wie Kibera. Im Anschluss sollen nun alternative Sichtweisen und Handlungen der Menschen der Zwei-Drittel-Welt als Grundlage für Alternativen zu Entwicklung dargestellt werden, die folgende Kennzeichen aufweisen: Einnahme eines kritischen Standpunktes hinsichtlich etabliertem (akademischem) Wissen, Interesse an lokaler Autonomie, Kultur und lokalem Wissen sowie Verteidigung bzw. Unterstützung lokaler, pluralistischer Graswurzelbewegungen (vgl. Escobar 1992: 27). Diese weitgehend von AutorInnen des Post-Development-Ansatzes verwendete Definition impliziert jedoch Alternativen zu Entwicklung ebenso als Projekte wie die kritisierte, *management*-orientierte Zugangsweise der Ansätze von alternativer Entwicklung. Um sich hier abzugrenzen fügt Ferguson (1994: 280) der Frage, was getan werden soll, die Frage hinzu „von wem?“. Wer also soll diese Projekte umsetzen: „sie“, in diesem Fall die „KenianerInnen“ – wobei auch hier Differenzierungen vorgenommen werden könnten oder sollten –, oder „wir“, die „Regierungen des Westens“, die „EntwicklungshelferInnen“, „Entwicklungsorganisationen“ oder „GeldgeberInnen“? Beide „Kategorien“ sind jedoch so mannigfaltig und unterschiedlich, dass nicht von einheitlichen Umständen, Zielen und Handlungen gesprochen werden kann. Ferguson (1994: 283) weist deshalb darauf hin, dass jegliche Antwort auf diese Frage, wenn auch nur implizit, eine Annahme darüber enthalten muss, wie ökonomisches und politisches *empowerment* der Menschen der Zwei-Drittel-Welt zustande kommt und was damit gemeint ist.

Daran anschließend wird hier für die Anerkennung von alternativen Darstellungen und Rahmungen von Orten wie Kibera und deren BewohnerInnen argumentiert, welche aus einer Post-Development-Perspektive eine Voraussetzung für alternative Bewegungen bzw. Handlungsformen sind. Handlungsmacht spielt folglich eine wichtige Rolle in der Konzeptualisierung von Alternativen zu Entwicklung.

4.1 Anerkennung von alternativen Darstellungen und Rahmungen

Die Gespräche mit zahlreichen BewohnerInnen von Kibera spiegeln die Diversität und Vielseitigkeit der Lebensumstände, der Sichtweisen sowie ihres Umgangs damit wider. Manche lobten das soziale Netz, welches sicherstelle, dass sie nicht hungrig schlafen gehen, sowie für niedrige Preisen für Essen und Leben im Allgemeinen Sorge; andere wiederum bestreiten diesen Zusammenhalt der BewohnerInnen. Viele deuteten auf Schwierigkeiten aufgrund von Mangel an Wasser und Strom, schlechten Wohnanlagen sowie der Verschmutzung der Gegend hin. Der Großteil versucht, auf unterschiedlichste und sehr kreative Weise Geld zu verdienen. Teilweise wird auch von den genannten Schwierigkeiten profitiert: von An- und Verkauf unter anderem von Wasser, über dem illegalen Anschließen von Stromleitungen oder Müll einsammeln bis hin zu Tätigkeiten als LastenträgerInnen oder als *community mobiliser* für verschiedene EZ-Organisationen. Dies soll nicht zu einer Romantisierung dieser Lebensformen durch die Ausblendung des erzwungenen Charakters der Tätigkeiten aufgrund von fehlenden Alternativen führen und/oder zu der Verneinung von ungleichen Machtverhältnissen, sondern zu einer Reflexion von Lebensformen zwischen lokaler Bedeutungsproduktion und weiterreichenden Herrschaftsstrukturen: “[F]or it is true that the majority have to live within structures of domination that are not of their own making, it is also true that, in relation to those structures and strategies, they effect a veritable process of creation, by adapting, resisting, transforming or subverting those forms through manifold tactics“ (Escobar 1992: 30).

Die Strategien, mit der eigenen Situation umzugehen, werden jedoch auch von den Individuen selbst nicht als „Entwicklungsstrategien“ wahrgenommen. „Entwicklung“ als Verbesserung der Lebensbedin-

gungen wird vom Großteil der BewohnerInnen in Kibera mit Projekten und Organisationen in Zusammenhang gebracht. Fokus sowie Umsetzung dieser Projekte werden von vielen kritisiert: sie wären nicht an die Bedürfnisse der Menschen angepasst bzw. nur eine Minderheit könne davon profitieren, Gelder würden veruntreut und erreichten nicht die Graswurzeln, etc. Diese Assoziierung von *maendeleo* (Kiswahili Wort für Entwicklung) mit Organisationen und Projekten lässt sich auf die Macht des Entwicklungsdiskurses zurückführen, welcher seit Jahrzehnten die Darstellung und Selbstwahrnehmung der BewohnerInnen von Kibera beeinflusst. Daraus folgt wiederum, dass (Überlebens-)Strategien, die den Alltag in der informellen Siedlung prägen, im Sinne einer Veränderung der Umstände keine Beachtung geschenkt wird, weil sie nicht von Organisationen herbeigeführt werden. Ferguson (1994: 281) schließt daraus, dass „the only general answer to the question, ‚What should they do?‘ is: ‚They are doing it!“. Was fehlt ist lediglich die Anerkennung dieser Handlungen.

Die Wahrnehmung dieser Strategien, sei es von den Betroffenen selbst oder von jenen, die sich in Theorie und Praxis mit ungleichen Machtverhältnissen und Lebensbedingungen auseinandersetzen, führt unweigerlich zu einer politischeren und weitreichenderen Betrachtung der Situation. Sichtbar werden dann die Positionen der BewohnerInnen aus Kibera in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung, die Rolle und Auswirkung von Beschreibung und Konzeptualisierung von Kibera als informeller Siedlung und daran anschließend die schlechtere Versorgung mit Wasser, Strom und Infrastruktur, die Ausbeutung der Jugend als UnruhestifterInnen bzw. Werkzeuge zur Verbreitung von Gewalt im Zuge von politischen Differenzen bzw. Machtkämpfen, etc. Eine solche alternative Konzeptualisierung als Basis für eine Transformation der (internationalen) Machtverhältnisse kann nicht ausschließlich von den BewohnerInnen selbst ausgehen, sondern bedarf der veränderten Wahrnehmung von engagierten Menschen in der Ein-Drittel-Welt. Nur durch das gemeinsame Aufbrechen bzw. Aufzeigen von alternativen Handlungen und Wahrnehmungen kann der Entwicklungsapparat angefochten und lokale AkteurInnen gestärkt werden. Eine Nicht-Wahrnehmung dieser Handlungsformen und -strategien unterstützt das herrschende Entwicklungsdispositiv, indem die Menschen als passiv gelten und die Formulierung von Lösungen ledig-

lich in Form von sozialer Planung zur Gestaltung von Ökonomien und Gesellschaften stattfindet. Dies wiederum festigt die Position des Entwicklungsapparats als „interventionist and managerialist discipline“ (Nederveen Pieterse 2000: 182).

4.2 Alternativen zu Entwicklung oder alternative Entwicklung?

„People are coming from Runda, Karen, name those lavish places, they don't know how Kibera looks like [...]. They don't know when it rains how it looks like, they don't know when there is no lights how it looks like, they don't know the type of crime there is in Kibera, they don't know how the youths are unemployed. [...] So we need somebody who comes from Kibera [as a representative in the government]“. (Interview Mwakina 2011)

Viele BewohnerInnen sehen das eigene Potenzial und suchen Wege, dies zu nutzen, um Kibera nach ihren Vorstellungen zu verändern. Trotzdem sind diese Bewegungen oft auch vom Entwicklungsdispositiv beeinflusst bzw. wird dieses als Referenzrahmen genutzt. Dennoch beinhalten auch Handlungsformen im Sinne von alternativer Entwicklung das Potenzial, Alternativen zu Entwicklung aufzuzeigen, wie die folgenden Beispiele zeigen werden. Die Informationen dafür stammen aus Interviews mit MitarbeiterInnen der Initiativen und spiegeln dadurch auch einen nicht völlig neutralen Diskurs der Kibera-BewohnerInnen wider.

Pamoja FM

Pamoja bedeutet „zusammen“ in Kiswahili und steht für die Vision des Community Radio in Kibera, einer Radiostation, die im Umkreis von 20 Kilometern empfangen werden kann. Das gemeinsame Ziel der Radiosendungen ist die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten sowie eines Verständnisses für gleiche, nachhaltige Entwicklung und ein friedvolles Zusammenleben der verschiedenen Gemeinschaften in Kibera. Das Radio verschreibt sich der Aufgabe, lokale Kulturen zu erhalten, sie gegen kulturelle Globalisierung zu schützen und damit *community development* zu unterstützen. Dabei inkludiert die Station die Stimmen der BewohnerInnen von Kibera in Nachrichten und Programmen und bietet damit die Möglichkeit, dominierende, privat finanzierte und profitorientierte Radio-

stationen und die dort verbreiteten Meinungen anzufechten. Großer Wert wird auf die Zusammenarbeit in und mit der Gemeinschaft sowie auf die Mobilisierung der Jugend gelegt (vgl. Pamoja FM 2011).

Im Gespräch mit dem Radiomoderator Gideon Mwakina wurde die Vision von Pamoja FM deutlich: „to give a voice to that common man about whom people do not care about“ (Interview Mwakina 2011). Damit deutet er auf ungleiche Machtstrukturen, welche dazu führen, dass die Position der Menschen aufgrund ihrer Lebenslage herabsetzt und deren Stimmen bzw. Vorstellungen eine geringere Wichtigkeit als anderen beigemessen wird. Darüber hinaus steckt auch die Absicht dahinter, gängige Ansichten über Kibera als sozialem Raum anzufechten, negative Vorstellungen, die bei Menschen von außerhalb über Kibera vorherrschen, aufzubrechen und die positiven Seiten zum Vorschein zu bringen. Das heißt, Kibera als einen Ort darzustellen, in dem Menschen ihr Leben verbringen, sich gegenseitig unterstützen und voneinander profitieren, lernen und aufeinander bauen. Dies stellt er der negativen Darstellung der EZA-Organisationen entgegen, die von dem projizierten schlechten Bild insofern profitieren, als es die Chance auf finanzielle Unterstützung für Projekte erhöht bzw. ihre Intervention legitimiert. Ferguson (1994: 23) beschreibt diese Wirkungsweise als Entwicklungsapparat, welcher die Konzeptualisierung und Institutionalisierung von „Entwicklung“ bestimmt. Mwakina plädiert für eine positivere Sichtweise auf Orte wie Kibera und auf einen Wandel, der von den Menschen ausgeht. Die Radiostation will dies durch die Verbreitung von Informationen und die Unterstützung von Gruppen und Initiativen vorantreiben und dadurch als gutes Beispiel vorangehen: „we should change the mentality people have towards Kibera, but it starts with you“ (Interview Mwakina 2011).

Pamoja FM baut also auf die kulturellen und sozialen Vorstellungen von Kibera und mobilisiert die Menschen, einen Wandel nach den eigenen Vorstellungen und Kräften herbeizuführen. Dabei bestehen aber kaum Bestrebungen, die größeren Zusammenhänge der Lebensbedingungen vor Ort zu thematisieren oder gar zu bekämpfen. Trotzdem ist es ein Bestreben, aufbauend auf lokalen kulturellen Praktiken und Ansichten die Wahrnehmung von Kibera zu verändern, allerdings ohne zu negieren, dass auch dieses von dominanten Vorstellungen und vorgegebenen Handlungsmustern beeinflusst wird. Obwohl die Ansichten also unweigerlich zu einem

gewissen Grad mit dem herrschenden Entwicklungsdispositiv verknüpft sind, werden sie auf der lokalen Ebene verhandelt und so umformuliert, dass sie als Kritik daran bzw. als Gegendiskurs angesehen werden können. Das Ziel ist nicht die Suche nach Lösungen oder Handlungsweisen, sondern die Wahrnehmung und Unterstützung von schon existierenden individuellen Ansätzen und Versuchen, negative Aspekte in der Community zu verhandeln und zu verbessern. Dies rückt von der *management*-orientierten Vorstellung von verschiedenen „Entwicklungs“-Ansätzen ab und betont den hybriden Charakter von Sichtweisen und Handlungsmustern, welcher die Begegnungen beeinflusst. Insofern kann die Art und Weise, wie damit umgegangen wird und wie indirekt auf das Entwicklungsdispositiv reagiert wird, als Alternative zu Entwicklung gesehen werden.

Voice of Kibera

Voice of Kibera als eines der drei Projekte, welche unter Map Kibera Trust zusammengefasst sind, verfolgt mit der Verbreitung von Informationen mithilfe einer Onlineplattform ein ähnliches Konzept wie Pamoja FM (vgl. Voice of Kibera 2011). Nach Ansicht von Fredrick Bary, dem Verantwortlichen für das Hochladen von SMS-Nachrichten, bestehen die größten Schwierigkeiten in Kibera aus dem Mangel an Wasser, sanitären Anlagen sowie Wohnanlagen – strukturelle Probleme, die wie oben ausgeführt im Zusammenhang mit historischen, politischen und konzeptuellen Gegebenheiten problematisiert werden müssen. Des Weiteren spielt die Arbeitslosigkeit vieler Jugendlicher, unter anderem aufgrund eines schlechten Zugangs zur Bildung, eine wichtige Rolle. Bary zufolge greifen diese als Folge zu Drogen, verfallen der Kriminalität, haben eine unverantwortungsvolle Umgangsweise mit Sex, was wiederum zu frühen Schwangerschaften, HIV-Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten führt (vgl. Interview Bary 2011). Eine Antwort sieht Bary in der Vermittlung von Informationen, wobei er zwar auf lokale Potenziale aufmerksam macht, diese aber immer auch in Relation zu Finanzierung und Anbindung an andere Projekte darstellt.

Voice of Kibera als Teil einer internationalen Kooperation kann also zu einer differenzierteren Sichtweise auf Kibera beitragen, bleibt jedoch dem Entwicklungsdispositiv verhaftet, indem die Vermittlung von Informationen als „Entwicklung“ angesehen wird und das Potenzial der lokalen

Informationen als solches nicht genügend anerkannt wird. Trotzdem kann diese Verbreitung von Wissen zu alternativen Sichtweisen und in der Folge zu Alternativen zu Entwicklung führen.

Youth Groups

Viele Jugendgruppen adressieren die von Bary aufgezeigten Herausforderungen, was ihnen wiederum Bestätigung gibt, Beschäftigung und das Gefühl, in der Gruppe etwas zu erreichen. So berichtet Bary von Aktivitäten wie dem Pflanzen von Bäumen und Aufsammeln von Müll, um die Umgebung freundlicher zu machen; dem Anbauen und Verkaufen von Gemüse; der Vernetzung von Frauen mit Organisationen beim Auftreten von sexueller Gewalt, Missbrauch, Krankheiten und ähnlichen Fällen; der Aufklärung zu HIV-Aids und dem Angebot von IT-Kursen. Auch die erwähnte Erzeugung von Licht mithilfe einer Wasserflasche wird von einer dieser Gruppen propagiert und umgesetzt.

Die Power of Hope Organisation ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Jugendlichen, die in Kibera aufgewachsen sind und nach ihrer Ausbildung etwas an die Gemeinschaft zurückgeben wollen. Durch Workshops in den Bereichen Gesundheit, Krankheitsvorsorge, HIV-Aids und Krebs, Musik und Theater sowie durch verschiedene *vocational trainings* soll die Gemeinschaft und ihr Potenzial gestärkt werden (vgl. Interview Okere 2011). KritikerInnen des Post-Development-Ansatzes würden argumentieren, dass diese Jugendgruppen einen Zugang zu Entwicklung zum Ziel haben. Dies hängt jedoch davon ab, wie „Entwicklung“ definiert und konzeptualisiert wird. Liegt der Fokus der Betrachtung auf dem Ziel ihrer Trainings, nämlich der Verbesserung des Einkommens, der Gesundheit und des Selbstvertrauens, so bestätigt das diese Ansicht. Steht im Mittelpunkt jedoch ihre Rolle und Eingebundenheit in das soziale Netz können ihre Aktivitäten gelesen werden als ein in-Frage-stellen des Entwicklungsdispositivs, indem das Potenzial der Menschen in Kibera betont und mit den Subjektpositionen „aktive EntwicklungshelferInnen“ im Gegensatz zu „passiven BewohnerInnen von Kibera“ gebrochen wird. Hier liegt auch der Unterschied zu jenen Ansätzen, welche auf die Agency der lokalen Bevölkerung abzielen. Obwohl das Hauptaugenmerk ebenfalls auf lokalen AkteurInnen liegt und diese als *messengers* eingesetzt werden, können sie nicht erklären, wie postkoloniale Herrschaftsstrukturen und Identitätskonstruk-

tionen auf die Zusammenarbeit einwirken und eine tatsächliche Hinterfragung und Aufbrechen der Strukturen behindern. Im Gegensatz dazu können lokale Bemühungen aus einer Post-Development-Perspektive zwar vom Entwicklungsdispositiv und infolgedessen von der hybriden Identität der AkteurInnen beeinflusst werden, allerdings dennoch die Macht des Entwicklungsapparates hinterfragen und Alternativen aufzeigen. In diesem Sinne wird hier für die Anerkennung der Handlungsmacht verschiedener AkteurInnen argumentiert, welche außerhalb des Entwicklungsapparates agieren, auch wenn die Argumentationen und Ziele teilweise mit dem Entwicklungsdiskurs vermischt werden.

4.3 Handlungsmacht als Alternative

Um international eine Wirkung erzielen zu können muss die vorangegangene Darstellung von alternativen Vorstellungen zu Lebensräumen sowie von sozialen Bewegungen, welche aufbauend auf den vorhandenen Ressourcen und Ansichten die Lebensbedingungen in Kibera verändern wollen, mit einer Anerkennung von Handlungsmacht als Grundlage für Alternativen zu Entwicklung einhergehen. Eine solche Herangehensweise erlaubt die Analyse und Betrachtung der Menschen der Zwei-Drittel-Welt als aktive AkteurInnen innerhalb des Entwicklungsdispositivs und stellt dadurch die Darstellung von „Entwicklung“ als „unitised homogeneous power play with the ‚poor‘ as the victim“ (Nustad 2001: 481) in Frage, welche Post-Development-AutorInnen vielfach vorgeworfen wird. Wichtig wäre folglich genau das Aufbrechen dieser Opfervorstellungen, wobei auf die Macht des Entwicklungsdispositivs sowie Implikationen von historischen, kulturellen und politischen Faktoren Bezug genommen werden muss. Eine solche Analyse würde in diesem Artikel zu weit gehen, ihre Notwendigkeit ergibt sich aber aus der Annahme, dass Alternativen nicht vollkommen unabhängig vom Entwicklungsdispositiv entstehen können, da jegliche Ansätze, wenn die Argumente von Post-Development-Ansätzen ernst genommen werden, zu einem gewissen Grad vom Entwicklungsdiskurs beeinflusst sind bzw. durch diesen interpretiert werden. Dies zeigt insbesondere auch die Analyse der Aussagen der BewohnerInnen von Kibera. Post-Development-AutorInnen beachten dies zum Teil zu wenig in ihrer Propagierung von Alternativen zu Entwicklung, was dann wiederum den Vorwurf einer Romantisierung von lokalen Bewegungen mit sich

bringt (vgl. Crewe/Harrison 1998: 179f; Kiely 1999: 39f). Eine alternative Sichtweise auf Prozesse und Lebenssituationen von Seiten der Menschen der Ein-Drittel- wie auch Zwei-Drittel-Welt ist daher notwendig für das Entstehen und die Wahrnehmung von Alternativen zu Entwicklung bzw. kann die alternative Sichtweise selbst schon als Alternative zu Entwicklung angesehen werden.

EZA-Ansätze, welche auf die Agency der lokalen Bevölkerung bzw. die Sichtbarkeit der Marginalisierten abzielen, bleiben dem Entwicklungsdispositiv verhaftet, da weitere strukturelle, historische und kulturelle Zusammenhänge außer Acht gelassen und die Implikationen der eigenen Wahrnehmung bzw. Problemdarstellung nicht reflektiert werden. Dies führt zu einer Festigung des Entwicklungsapparates anstatt einer tatsächlichen Wahrnehmung der marginalisierten Menschen. Alternativen dazu brechen mit der Identitätszuschreibung der Unterlegenheit ausgehend von einem Mangel (an Essen, Unterkunft, Zugang zu Strukturen etc.), indem auf Potenziale und Möglichkeiten aufmerksam gemacht wird. Beispiele hierfür sind das Sichtbarmachen von kulturellen Stärken und Möglichkeiten im Umgang mit lokalen Herausforderungen durch die Vermittlung von Informationen, das Adressieren von Notlagen in der Gemeinschaft durch Jugendgruppen, das Entstehen von Eigeninitiativen in der Gemeinschaft, etc.. Dabei wird jedoch auch die Darstellung und Analyse der Aktivitäten vom Entwicklungsdispositiv bzw. der jeweils eigenen Position beeinflusst.

5. Ausblick

In diesem Artikel wurden Potenziale und Möglichkeiten vorgestellt, mit gängigen Vorstellungen in der Ein-Drittel- sowie Zwei-Drittel-Welt zu brechen. Dabei wird die Anerkennung von Handlungsmacht und Lebensstrategien der Menschen in der Zwei-Drittel-Welt, zum Beispiel durch die Nutzung von Wasserflaschen zum Transport von Licht, als Voraussetzung für Alternativen zu Entwicklung gesehen, wobei die Verwobenheit mit dem Entwicklungsdispositiv immer klar sein muss. Dies setzt eine Anerkennung der aktiven Rolle der Menschen der Zwei-Drittel-Welt wie auch eine veränderte Wahrnehmung durch WissenschaftlerInnen voraus. Dabei

ist eine Romantisierung der lokalen Gemeinschaften ebenso zu problematisieren wie die Vorstellung von unabhängigen, neutralen *native informants* und die eigene Positionierung in den globalen Machtstrukturen. Notwendig für eine alternative Wahrnehmung sind vielmehr eine differenzierte Betrachtung der eigenen Position sowie die Analyse der heterogenen Voraussetzungen, Kontexte, Bewegungen und Strukturen in Bezug auf die Verknüpfungen der Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt (vgl. Kapoor 2008: 42ff). Priorität muss die kontinuierliche Einbeziehung von Sichtweisen und Handlungen der Menschen der Zwei-Drittel-Welt haben – immer die Gefahr vor Augen, dass das Sprechen „über“ jemanden die bestehenden Machtstrukturen verfestigen kann. Das Bewusstsein, dass der Grad sehr schmal ist zwischen dem Sprechen „für oder über jemanden“ und dem Aufzeigen von ungleichen Strukturen und Machtverhältnissen, sollte nicht nur Grundlage kritischen Denkens und Arbeitens sein, sondern auch selbst Gegenstand der Forschung. Die Suche nach Alternativen zu Entwicklung sollte also das Bestreben beinhalten, diverse Stimmen und Sichtweisen zu Wort kommen zu lassen und in ihrem jeweiligen Kontext darzustellen, was bestenfalls zur Transformation der Machtverhältnisse führt, weil das System „von innen“ hinterfragt, angegriffen und erschüttert wird. Alternative Entwicklung hingegen dient vielmals als Stütze des Systems, indem die Fortführung bzw. Notwendigkeit des Entwicklungsapparates nicht hinterfragt wird und das Entwicklungsdispositiv den Referenzrahmen dafür liefert.

Alternativen zu Entwicklung hingegen, obwohl auch sie vom Entwicklungsdispositiv und der hybriden Identität der AkteurInnen beeinflusst werden, brechen, teilweise unbewusst, mit dem Entwicklungsapparat und zeigen alternative Wege für den Umgang mit Unterschieden zwischen der Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt auf. Welchen Einfluss diese Sichtweisen und Handlungen jedoch tatsächlich auf lokale und globale Machtverhältnisse ausüben können und welchen Stellenwert sie in der Wahrnehmung der Menschen der Ein-Drittel- und Zwei-Drittel-Welt erfahren (können), hängt (auch) von der Rezeption und Sichtbarmachung durch verschiedene AkteurInnen auf lokaler und globaler Ebene ab. Die Notwendigkeit, aber auch die kritischen Implikationen dieses Aufzeigens von lokalen Sichtweisen und Handlungen als Alternativen zu Entwicklung wurden in diesem Artikel beleuchtet.

- 1 Der Beitrag stützt sich auf Interviews mit 20 BewohnerInnen von Kibera sowie Mitgliedern von Bewegungen in dieser Gegend, die meine Kollegin Judith Adhiambo und ich in einem Zeitraum von zwei Wochen durchgeführt haben. Hinter Judiths Einbeziehen stand der Gedanke, dass meine alleinige Anwesenheit als Europäerin die Antworten bzgl. „Entwicklung“ verfälschen könnte. Die Interviews wurden von uns in Kiswahili, der Nationalsprache Kenias, oder Englisch durchgeführt – je nach Präferenz der InterviewpartnerIn. Ohne die Bereitschaft der Menschen in Kibera und meiner Kollegin Judith Adhiambo, mir ihre Meinungen, Vorstellungen und Ansichten mitzuteilen, hätte dieser Beitrag in dieser Form nicht entstehen können. Mein Dank gilt ihnen allen.

Literatur

- Biccum, April (2010): *Global Citizenship and the Legacy of Empire. Marketing Development*. London/New York: Routledge.
- Bodewes, Christine (2005): *Parish Transformation in Urban Slums. Voices of Kibera, Kenya*. Nairobi: Paulines Publications Africa.
- Castro-Varela, Maria do Mar/Dhawan, Nikita (2009): *Feministische Post-Koloniale Theorie: Gender und (De-)Kolonisierungsprozesse. Europa Provinzialisieren? Ja, bitte! Aber wie?* In: *Femina Politica* 18 (2), 9-18.
- Charton-Bigot, Helene (2010): *Preface*. In: Charton-Bigot, Helene/Rodriguez-Torres, Deyssi (Hg.): *Nairobi Today. The Paradox of a Fragmented City*. Dar es Salam: Mkuku na Nyota Publishers/Nairobi: French Institute for Research in Africa, ix-xii.
- Crewe, Emma/Harrison, Elizabeth (1998): *Whose Development? An Ethnography of Aid*. London/New York: Zed Books.
- Doty, Roxanne Lynn (1996): *Imperial Encounters*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Eriksson-Baaz, Maria (2005): *The Paternalism of Partnership. A Postcolonial Reading of Identity in Development Aid*. London: Zed Books.
- Escobar, Arturo (1992): *Imagining a Post-Development Era? Critical Thought, Development and Social Movements*. In: *Social Text* 31/32, 20-56.
- Ferguson, James (1994): *The Anti-Politics Machine. „Development“, Depoliticization, and Bureaucratic Power in Lesotho*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Gupta, Akhil/Ferguson, James (1992): *Beyond „Culture“: Space, Identity, and the Politics of Difference*. In: *Cultural Anthropology* 7 (1), 6-23.
- Kapoor, Ilan (2008): *The postcolonial politics of development*. London: Routledge.
- Kiely, Ray (1999): *The Last Refuge of the Noble Savage? A Critical Assessment of Post-Development Theory*. In: *The European Journal of Development Research* 11 (1), 30-55.

- Kothari, Uma/Minogue, Martin (Hg., 2001): *Critical Perspectives in Development Theory and Practice*. Basingstoke: Macmillan.
- Londsdale, John (2010): Town life in colonial Kenya. In: Charton-Bigot, Helene/Rodriguez-Torres, Deyssi (Hg.): *Nairobi Today. The Paradox of a fragmented city*. Dar es Salam: Mkuku na Nyota Publishers/Nairobi: French Insitute for Research in Africa, 1-24.
- Medard, Claire (2010): City planning in Nairobi: the stakes, the people, the side-tracking. In: Charton-Bigot, Helene/Rodriguez-Torres, Deyssi (Hg.): *Nairobi Today. The Paradox of a fragmented city*. Dar es Salam: Mkuku na Nyota Publishers/Nairobi: French Insitute for Research in Africa, 25-60.
- Mohanty, Chandra Talpade (2003): *Feminism without borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*. Durham/London: Duke University Press.
- Nederveen Pieterse, Jan (2000): After Post-Development. In: *Third World Quarterly* 21 (2), 175-191.
- Neuwirth, Robert (2006): *Shadow Cities. A billion squatters, a new urban world*. New York/London: Routledge.
- Nustad, Knut (2001): Development: the devil we know? In: *Third World Quarterly* 22 (4), 479-489.
- Pamoja FM (2011): About us. http://pamojafm.com/index.php?option=com_content&view=article&id=51&Itemid=56, 14.11.2011.
- Peterson, V. Spike (2003): *A Critical Rewriting of Global Political Economy. Integrating reproductive, productive and virtual economies*. London/New York: Routledge.
- Said, Edward (2003 [1978]): *Orientalism*. London: Penguin Books.
- Sesana, Renato Kizito (2011): Kibera: The Correct Numbers. http://www.newsfromafrica.org/newsfromafrica/articles/art_11595.html, 9.11.2011.
- Voice of Kibera (2011): Voice of Kibera. <http://voiceofkibera.org/main>, 14.11.2011.
- Ziai, Aram (2004a): *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses*. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.
- Ziai, Aram (2004b): The Ambivalence of Post-Development: Between Reactionary Populism and Radical Democracy. In: *Third World Quarterly* 25 (6), 1045-1060.
- Ziai, Aram (2006): *Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Interviews

- Bary, Fredrick (Voice of Kibera): Persönliches Interview, Nairobi, 4.11.2011.
- Mwakina, Gideon (Pamoja FM): Persönliches Interview, Nairobi, 3.11.2011.
- Okere, Chris (Power of Hope Organisation): Persönliches Interview, Nairobi, 3.11.2011.

Abstracts

Der Artikel zeigt die Notwendigkeit, Sichtweisen und Handlungen der Menschen der Zwei-Drittel-Welt als Voraussetzung für Alternativen zu Entwicklung anzuerkennen: die Konzeptualisierung von „Entwicklung“ in Form von Projekten und Organisationen führt zur Ausblendung größerer Strukturen und Machtverhältnisse und legitimiert das management-orientierte Eingreifen. Die empirische Untersuchung in Kibera zeigt zum einen BewohnerInnen, die sich selbst innerhalb dieses Entwicklungsdispositivs betrachten und folglich ihre Strategien und Handlungen nicht als Potenzial anerkennen, und zum anderen alternative Bewegungen. Eine Anerkennung dieser alternativen Sichtweisen und Handlungen von Seiten der Menschen in der Zwei-Drittel- wie auch Ein-Drittel-Welt ist, so die These des Beitrags, notwendige Voraussetzung für die Entstehung von Alternativen zu Entwicklung.

The article shows the necessity of acknowledging perceptions and actions by people in the two-thirds world as a precondition for alternatives to development; the conceptualisation of ‘development’ in terms of projects and organisations leads to the masking of wider power structures and legitimates management-oriented intervention. An empirical study conducted in Kibera reveals the self-representation of the inhabitants within the very development dispositiv and, consequently, the disregard of their own agency on the one hand and that of alternative movements on the other. The acknowledgement of such alternative perceptions and actions of people of the two-third world as well as of the one-third world is therefore necessary for the emergence of alternatives to development.

Mirjam Tutzer
tumirjam@yahoo.de

FRIEDERIKE HABERMANN

**Von Post-Development, Postwachstum & Peer-Ecommony:
Alternative Lebensweisen als „Abwicklung des Nordens“**

Nicht „Post-Development“, sondern „Postwachstum“ lautet das Zauberwort in Deutschland, unter dem Autoren wie Niko Paech (2012), Meinhard Miegel (2011) oder Christian Felber (2012) heute Massenabsatz finden: Die Erkenntnis, dass es nicht so weiter gehen kann wie bisher, verbreitet sich einerseits aufgrund des empirischen Befundes, dass sich die Entkoppelung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch historisch als Illusion erwiesen hat. Andererseits spielen Tatsachen eine Rolle wie jene, dass in Deutschland der CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr bis 2050 von knapp elf Tonnen auf knapp drei fallen müsste, um zumindest das sogenannte „2-Grad-Ziel“ zu erreichen. All dies führt zu einem bislang unbekanntem Interesse daran, wie eine Gesellschaft ohne Wachstum aussehen könnte. Allerdings ist diese Diskussion nicht neu – sie existiert seit Jahrzehnten und hatte insbesondere in den 1980er Jahren Konjunktur (vgl. Kaden 1984). Ausgangspunkt damals war neben ökologischen Aspekten zumeist die Prognose einer sinkenden Arbeitsnachfrage, weshalb der Schwerpunkt auf Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen lag (vgl. Krämer/Leggewie 1989). Bei den genannten Autoren geht es um Aspekte wie die Abkehr vom Massenkonsum, um Begriffe wie Zeitgenügsamkeit, Substanzerhalt und Eigenarbeit sowie natürlich auch, aber eben nicht nur, um grüne Technologien.

Dem Glauben an einen „technical fix“, wie er dem liberalen Konzept von Green Growth unterliegt – also daran, dass technologische Innovationen eine stärkere Umweltverträglichkeit von Wachstum ermöglichen kann, ohne dabei auf gesellschaftliche Veränderungen angewiesen zu sein – wird eine Absage erteilt, und die Gewissheit, dass unser Leben sich bereits in den nächsten Jahrzehnten deutlich anders gestalten wird als im Moment, wird positiv gewendet. Sind dies Ansätze eines Post-Development des

Nordens? Wie in dem Post-Development-Diskurs um den globalen Süden wird auch hier das Paradigma von Wachstum bzw. Entwicklung fundamental in Frage gestellt. Nicht zufällig verbindet sich der Name Wolfgang Sachs ebenso mit Post-Development (1993a) wie auch mit der (Post-)Wachstumsdebatte (1993b).

Doch so, wie den zahlreichen Theorien „alternativer Entwicklung“ im Post-Development-Diskurs vorgeworfen wurde, dass sie nur nach anderen Wegen suchten, um letztlich doch das Ziel der Entwicklung nach dem Vorbild der Industrienationen zu verwirklichen (vgl. Ziai 2006: 68), findet sich auch bei den oben genannten Ansätzen kein grundsätzlich anderes Gesellschaftsmodell. Denn so bunt und radikal diese Visionen auch teilweise wirken mögen (sie propagieren etwa eine Reduktion und Zivilisierung des Wirtschaftssystems oder, in differenzierteren Ansätzen, Regulierungsinstrumente wie die Internalisierung externer Kosten): wie die inneren Wachstumszwänge, die nicht nur von Karl Marx als solche analysiert wurden, überwunden werden können, wird nicht gelöst. Paech (2009: 26) schlägt eine Abschaffung der Innovationsorientierung, des gegenwärtigen Geld- und Zinssystems, hoher Gewinnerwartungen und des auf globaler Arbeitsteilung beruhenden Modells der Fremdversorgung vor; der Professor für Wirtschaftswissenschaften Hans Diefenbacher (2011: 164) projiziert einen „Wettbewerb“, der „nicht am ‚survival of the fittest‘, sondern an der Struktur eines solidarischen Netzwerks“ orientiert sei. Wie diese Umkehrungen kapitalistischer Wachstumslogik ökonomisch funktionieren sollen, erklären beide Ökonomen jedoch nicht.

Diese Leerstelle in den Postwachstums-Ansätzen ist verbunden damit, dass nicht über die Dreieinigkeit „Staat-Markt-Familie/Freund_innenkreis“ hinaus gedacht wird – allenfalls werden noch die Nachbar_innen mit einbezogen, wie in Paechs (2011) Vision für ein Deutschland im Jahr 2050. In der feministischen Diskussion werden dagegen seit Jahrzehnten Ansätze diskutiert, die ebenfalls unter das neue Schlagwort „Postwachstum“ passen würden, die jedoch genau hier ansetzen: In der Vorstellung nicht-familiärer (auch nicht im Sinne von wahlverwandt), nicht-kapitalistischer und nicht-staatlicher Produktion. Maria Mies (1990), Claudia von Werlhof (1991) und Veronika Bennholdt-Thomsen (2010) mit der „Subsistenzwirtschaft“, Carola Möller (1997) mit ihrem „gemeinwesenorientierten Wirtschaften“ oder Adelheid Biesecker et al. (2000) mit „vorsorgendem

Wirtschaften“ haben, bei allen Unterschieden, gemeinsam, dass sie von gesellschaftlichen Wirtschaftsweisen jenseits dieser Dreieinigkeit ausgehen. Bennholdt-Thomsen (2010) fordert beispielsweise nicht weniger als die Abschaffung des Geldes; Biesecker (2010) postuliert, vorsorgendes Wirtschaften „rüttelt an überkommenen Strukturen und Eigentumsverhältnissen, macht unabhängig von Märkten und entzieht sich somit der Profitlogik“. Als weitere Gemeinsamkeiten dieser feministischen Ansätze lassen sich folgende Kernelemente zusammenfassen: ein Wirtschaften, bei dem die Bedürfnisse der Einzelnen und der Gesellschaft sowie ein sinnvoller Umgang mit Ressourcen und Natur den Maßstab geben und das auf einer nicht-patriarchalen Arbeitsteilung beruht in dem Sinne, dass der Stellenwert der einzelnen Tätigkeiten gleichgewichtig ist und die Trennung von Produktion und Reproduktion zu einer „ReProduktion“ aufgehoben wird; Entscheidungen werden kollektiv und selbstbestimmt zugleich getroffen; die Wirtschaft ist vorwiegend lokal organisiert, ohne jedoch Vernetzungen zu anderen, auch überregionalen Einheiten auszuschließen; ein sozial kompetentes, kooperierendes und solidarisches Handeln als notwendige Grundeinstellung wird erlernbar gemacht. Der Unterschied zu den oben rezipierten Postwachstums-Ansätzen liegt allerdings eher in der Anerkennung der Notwendigkeit einer Überwindung kapitalistischer Logik – alternative Konzepte können auch sie nicht vorweisen.

Von diesen feministischen Diskussionen angestoßen erlangte innerhalb des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) Mitte der 1990er Jahre unter dem Schlagwort der „Abwicklung des Nordens“ die Vorstellung vom wirtschaftlichen Rückbau Aufmerksamkeit. Die später in Bundeskoordination Internationalismus umbenannte Vernetzung internationalistischer Gruppen in Deutschland entwickelte unter dieser, ironisch an die Abwicklung der staatssozialistischen Wirtschaft Ostdeutschlands anknüpfenden Formulierung erste Schritte eines Rückbaukonzepts für den globalen Norden. Wer einen solchen Rückbau nicht wolle, so heißt es in der (als Entwurf veröffentlichten) Grundsatzerklärung des BUKO-Arbeitsschwerpunkts Weltwirtschaft und Politisierung der Subsistenz, kurz SCHWUPS, „sollte sich mit „Ratschlägen“ an die Menschen und sozialen Bewegungen im Trikont in der Tat zurückhalten“ (SCHWUPS 1997: 110). Unter dem Stichwort „Abwicklung des Nordens“ wurde zu „Aktivität gegen militärische Intervention“ ebenso

aufgerufen wie zur Aneignung von Lebensweisen, die „ein sozial befriedigendes Leben ermöglichen, ohne den Umweg über Lohnarbeits-Geld, imperialistischen Außenhandel und eine industrielle Konsummaschine“ zu nehmen. Damit wurden Entsprechungen zur von Theoretiker_innen wie etwa Arturo Escobar (1995) formulierten Kritik gesucht, welche im auf Wachstum ausgerichteten Entwicklungsmodell eine Form der Kontrolle und Dominanz des globalen Nordens sahen. Doch waren diese Schritte letztlich zu unkonkret, um in die Praxis umgesetzt zu werden – selbst die Protagonist_innen zeichneten sich durch eine Theoretisierung und nicht durch eine praktische Umsetzung aus. Ebenso sang- und klanglos wie vorher bereits die feministischen verschwand auch dieser Ansatz wieder aus der Diskussion.

Zentral ist allerdings, dass es nie darum ging, Vorgaben für ein anderes Wirtschaften zu machen oder zu postulieren, dass aus bestehender Subsistenzwirtschaft gelernt werden könne, da die Ursache für Unterentwicklung gerade in der Zerstörung von Subsistenz und einer Inkorporation der Reste in die kapitalistische Struktur gesehen wurden. Stattdessen, so der Schluss eines Textes von Ulla Peters (1993: 79), welcher den Anstoß für SCHWUPS gab, müssten die Kriterien für neue Kooperationsformen aus der bestehenden Praxis abgeleitet werden.

Und tatsächlich lassen sich bei Ansätzen anderen Wirtschaftens in den darauf folgenden Jahren, konkret in diesem Jahrtausend, Kriterien für neue Kooperationsformen herauslesen. Im Nachklang meines Buches *Halbinseln gegen den Strom* (Habermann 2009) über Ansätze alternativen Wirtschaftens im deutschsprachigen Raum wurde mir deutlich, dass diese Ansätze wesentlich den Prinzipien der „commons-based peer production“ entsprechen. Mit diesem Ausdruck erklärt der US-amerikanische Jurist und Harvard-Professor Yochai Benkler die Entstehung freier Software durch freiwillige und nicht-hierarchische Zusammenarbeit mithilfe einer Erweiterung der Neuen Institutionenökonomik, da diese Form der Zusammenarbeit mit der auf den *homo oeconomicus* gestützten ökonomischen Theorien nicht fassbar ist. Tatsächlich findet sich hier also ein gelebter ökonomischer Ansatz, der nicht auf Konkurrenz aufbaut und statt von „Wettbewerb“ von „struktureller Gemeinschaftlichkeit“ ausgeht (Meretz 2012).

Zur Verdeutlichung der Kriterien der „commons-based peer production“ versucht der nächste Abschnitt zunächst eine Abgrenzung zu vorherigen Hauptströmungen alternativen Wirtschaftens. Anschließend wird

ihr begrifflicher Hintergrund ausgeführt und die Prinzipien anhand empirischer Beispiele dargestellt, die ich hier als „Ecommony“ fasse. In der abschließenden Betrachtung wird noch einmal explizit die diesem Text zugrundeliegende These ausgeführt, dass Post-Development seine Entsprechung im globalen Norden hat und die „Ecommony“-Prinzipien realexistierender Ansätze einen Weg hierzu aufzeigen.

I. Aus Erfahrungen lernen

Diese These, dass die in Umsetzungsbeispielen einer „Ecommony“ derzeit verfolgten Strategien einen Rückbau der Industrieländer darstellen könnten, bedeutet nicht, dass nicht auch andere Ansätze alternativen Wirtschaftens bzw. einer Wirtschaft ohne Wachstum vorstellbar sind. Doch an den Prototypen solidarischer Ökonomie der vergangenen Jahrzehnte herrscht bei Aktiven inzwischen vielfach Kritik vor, was wiederum neuere Formen so prägt, dass sie erst vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen zu verstehen sind (vgl. hierzu auch die von mir durchgeführten Interviews, Habermann 2009).

Die Landkommunen der 1970er Jahre, die sich in der Folge der Studierendenbewegung gründeten, versuchten, sich durch einen hohen Anteil an Subsistenzproduktion weitgehend autark zu erhalten, was bedeutete, das „Richtige im Falschen“ zu leben. Damit verbunden war jedoch vielfach auch eine soziale Isolation, die in manchen Kommunen den Gruppendruck so erhöhte, dass er von (ehemaligen) Teilnehmenden häufig als problematisch empfunden wurde. Dabei haben solche und ähnliche Projekte das öffentliche Bild solidarischer Ökonomie stark geprägt und in heutigen Diskussionen dazu ist die Angst vor Gruppendruck oft die vorherrschende Reaktion.

In den 1980er Jahren kam die Gründung von kollektiven Betrieben in Mode. Schon im Jahr 1896 hatte Franz Oppenheimer nach einer empirischen Analyse von Genossenschaften in England formuliert: „Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein“ (zit. nach Steinmeyer 2008: 39f). Diese Erfahrung machten auch viele Genossenschaften der 1980er Jahre, so dass neuere Ansätze hier nach Alternativen suchen. David von der Nichtkommerziellen Landwirtschaft (NKL) begreift das (weiter unten erläuterte) nicht-kommerzielle Produzieren in bewusster Abgrenzung

zu dieser Art von kollektiver Organisation: „letztendlich ist es ja schnuppe, ob du als Kollektiv auf dem Markt funktionierst oder als hierarchisches Einzelunternehmen. Beziehungsweise [...], [...] ich will ihnen nicht absprechen, dass das nicht sinnvoll war persönlich für die Leute, aber politisch hat mir eine klarere Ausrichtung gefehlt“ (zit. nach Habermann 2009: 29).

In den 1990er Jahren boomten, von Kanada ausgehend, die Tauschringe. Sie beruhen darauf, dass Arbeit getauscht wird in eigens dafür erfundenen Währungen – seien es Kreuzer, Taler oder Äpfel. Die Währung misst eine Viertelstunde Arbeit, egal welche. Das System hat den Vorteil, dass es keine Mehrwertproduktion und damit gegenseitige Ausbeutung zulässt. Es hebt jedoch nicht alle Nachteile des Geldes auf. So müssen sich Menschen immer noch tendenziell mit dem „vermarkten“, was ihre effizientesten, und nicht was ihre liebsten Tätigkeiten sind. Darüber hinaus wird kritisiert, dass der Zugang zu Ressourcen beschränkt bleibt, denn obwohl der Setzling auf den Kompost käme, wenn er nicht an die Nachbarin weitergegeben wird, oder CD und Computer nicht verschwinden, wenn sie zwischendurch von dieser genutzt werden, wird die Ressource nur für Äpfel getauscht. In diesem Sinne grenzt sich die Nutzungsgemeinschafts-Webseite *whopools* von Tauschringen vehement ab: „Tauschringe wollen die Knappheit der Ressourcen beibehalten. Im Prinzip funktionieren Tauschringe wie Märkte. Wer kein Geld/keine Zeit-Punkte etc. hat, bekommt auch nichts. Obwohl viele Ressourcen brachliegen.“¹

Dies ist einer der zentralen Ansatzpunkte neuer Projekte: Ressourcen so offen wie möglich allen zur Verfügung zu stellen. Gesellschaftlich umgesetzt hätte dies enorme ökologische Folgen: Erstens müsste auf diese Weise nicht alles pro Haushalt neu angeschafft werden; zweitens würden Anschaffungen wegfallen, die ab einem bestimmten Einkommensniveau sowieso überwiegend *positional goods* sind, deren Sinn darin besteht, dass die Menschen um einen herum diese nicht besitzen (Hirsch 1976). Drittens würde das, was Stefano Bartolini (2010), Professor für Volkswirtschaft in Siena, als „negatives endogenes Wachstum“ bezeichnet, weitgehend überflüssig: wenn geld- und ressourcenintensive Freizeitmöglichkeiten genutzt werden, weil es keine geldfreien Alternativen für soziale Treffpunkte gibt; wenn in den Urlaub geflogen wird, um einen Ausgleich für das zerstörte Lebensumfeld und/oder den beruflichen Stress zu finden usw. – der Anteil dieser Faktoren an dem, was als Wachstum des Bruttosozialprodukts

gefeiert wird, ist nicht zu unterschätzen. Nebenbei hat deren Wegfall auch noch positive Effekte für die Psyche, da *positional goods* bei der gegebenen Einkommens- und Vermögensverteilung per Definition mehr Menschen unglücklich als glücklich machen und da Studien zeigen, dass die Fokussierung auf materielle Anschaffungen Menschen kränker sowie anfälliger für negative Emotionen macht (Kasser 2003) sowie dass Gesellschaften ohne große Einkommensunterschiede und insbesondere auch die Reiche(re)n darin generell glücklicher sind (Wilkinson/Pickett 2010).

2. Was Commons sind – und sein könnten

Dem englischen Begriff Commons entspricht das deutsche Wort „Allmende“. Dies waren im Mittelalter Ländereien im Besitz der Dorfgemeinschaft, die von allen Gemeindemitgliedern genutzt werden konnten (für eine ausführliche Darstellung vgl. Schibel 1985). In Deutschland wurden diese Flächen, die es in jedem Dorf gab, zu Beginn der Neuzeit von den Herrschern angeeignet. Dies war nicht nur ein wesentlicher Grund für den Bauernkrieg, sondern führte durch die damit verbundene Trennung der Menschen von ihren Lebens- und Arbeitsgrundlagen letztlich zur „Freisetzung“ des Industrieproletariats. Doch dieses *enclosure*, wie es im Englischen heißt, stellt durchaus keinen abgeschlossenen Prozess dar. Auch wenn uns Allmenden in Form von Weideflächen und Ackerland inzwischen fremd sind – was Commons sind und was nicht sind hängt davon ab, was wir als normal empfinden. Noch ist es für uns in Deutschland weitgehend normal, in Gewässern baden zu können – den Brandenburger Seen beispielsweise aber droht die Privatisierung, beim Wandlitzsee ist sie schon geschehen. Dies hat zur Folge, dass Anlieger_innen mit einem Zaun der Zugang zum Wasser versperrt werden kann, Stegbesitzer_innen plötzlich hohe Pachtgebühren aufbringen müssen oder eine Gemeinde für eine Badestelle mit Rutsche sogar 50.000 Euro im Jahr an den Eigentümer bezahlen muss (vgl. Rada 2009).

Der heute herrschende Eigentumsbegriff, der in der Regel den Ausschluss der Nutzung durch andere impliziert, ist dabei erst im Zuge des Kapitalismus zur Normalität geworden. Es ist ein Allgemeinplatz in der Post-Development-Theorie, dass in vielen anderen Kulturen andere

Besitz- oder Nutzungsverhältnisse gültig waren (vgl. Escobar 2009; Cornell/Muvangua 2012). Damit waren häufig weitgehende gemeinschaftliche Nutzungsrechte verbunden, die dem, was unter Commons verstanden wird, sehr nahe kommen. Dass Commons auch ein Bestandteil unserer Vergangenheit sind, gilt es mitzudenken, wenn über die Basis für ein anderes Leben und Wirtschaften in der Zukunft diskutiert wird. Dann wird deutlich, dass es sich um keine von „linken Spinner_innen“ an Schreibtischen oder auf Landschollen entwickelte Idee handelt, sondern womöglich um das Prinzip, worauf alles in allem das Leben und das Wirtschaften der Menschheit am meisten beruht hat.

In gewissen Sinne sind Commons aber auch ein wesentliches Prinzip der Gegenwart, da Aneignungen von Commons nach wie vor stattfinden: Ray Anderson, CEO der weltweit größten Produktionsfirma für Teppichböden, beschreibt in dem Film „The Corporation“, wie entsetzt er war, als er verstand, „wie viel die Erde aufgrund unseres Rohstoffabbaus neu produzieren muss, damit unsere Firma einen einzigen Dollar Gewinn macht“ (Achbar/Abbott 2003: 39. min). Die Patentierung von Biodiversität und damit verbundene „Bestrafungen“ für das Verwenden traditioneller Heilpflanzen, Reis- oder Kartoffelsorten fällt ebenso unter diese Form der Aneignung wie die fälligen Gebühren beim Singen vieler Weihnachtslieder oder Geburtstagsständchen in deutschen Kindergärten oder gar auf Youtube. Die Liste ließe sich nur allzu leicht verlängern und zeigt, dass die private Inbesitznahme von Commons auch heute Alltag ist – jedoch weniger durch Individuen denn durch Konzerne.

Dies erklärt ebenso folgendes Paradox auf dem Weg zum Erreichen des obersten Millenniumsziels, der Halbierung von Armut: Während es auf der einen Seite statt zu einer Reduzierung des Anteils der Hungernden um die Hälfte zu einem starken Anstieg kam, wird auf der anderen Seite gerne auf den Erfolg verwiesen, dass heute wesentlich mehr Menschen als noch 1990 über mehr als einen Dollar pro Tag zum Leben verfügen. Von Unklarheiten bei der Inflationsbereinigung dieser Berechnung abgesehen (vgl. Reddy 2006) wird vor allem übersehen, dass es in derselben Zeit im globalen Süden zu weiteren wesentlichen *enclosures* kam. Ähnlich, wie in der Kolonialisierung viele Gegenden als „leer“ galten und daher in Besitz genommen werden konnten, wurden in den letzten zwei Jahrzehnten viele „brachliegende“, „ungenutzte“ Landflächen kommerzialisiert

und „produktiv“ gemacht. So etwa in Mosambik, wo für ein 2012 eingeweihtes Biomassekraftwerk in Wales, mit dem ein Drittel der dortigen Haushalte mit Strom versorgt werden kann, nun pro Jahr 100.000 Hektar Wald abgeholzt werden. Der Wald wurde bereits eingezäunt, und damit den Menschen vor Ort die Möglichkeit genommen, sich von dort Feuerholz, Kräuter oder Beeren zum Kochen zu holen.² Ein anderes Beispiel stellt der Kampf einer Gemeinschaft in Oaxaca, Mexiko, dar: Bettina Cruz Velázquez berichtete im Frühjahr 2012 auf ihrer Rundreise durch Europa, dass die landwirtschaftlichen Flächen ihres Dorfes, die durch die mexikanische Revolution als unveräußerbare „Ejidos“, also Allmenden, erkämpft, jedoch seit dem Beginn der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA wieder privatisierbar wurden, gerade den Windrädern eines Stromkonzerns weichen müssen. Ebenfalls für diesen Zweck wird der Wald gerodet, dessen Früchte die Menschen essen (insbesondere *Pitayas*), und im Meer, von dessen Fischen sie leben, werden Offshore-Anlagen aufgestellt. Ihrer Lebensgrundlagen beraubt, bleibt den Menschen hier und anderswo meist nur die Flucht in einen Slum – wo sie dann Geld benötigen, aber ihnen dennoch weniger für ein gutes Leben zur Verfügung steht als zuvor. Rosa Luxemburg (1981 [1913]) nannte solche *enclosures* „kapitalistische Landnahme“ und argumentierte, dass der Kapitalismus gar nicht existieren könne ohne die beständige Vereinnahmung externer Ressourcen.

Während die bislang genannten Beispiele überwiegend der Gruppe der *natural* Commons zuzuordnen sind, so bezieht sich der Terminus der „commons-basierten Peerproduktion“ dagegen auf die große zweite Kategorie: die „*digital*“ Commons“. „Peer“ oder *peer-to-peer* steht für Beziehungen unter Gleichrangigen. „Peerproduktion“ beschreibt die Art und Weise, wie freie Software produziert wird, nämlich, ohne dass es eine hierarchisch gegliederte Organisation gibt oder Äquivalententausch eine Rolle spielt. Stattdessen handeln Peer-Produzent_innen, wie Untersuchungen zeigen, aus Vergnügen, aus Leidenschaft oder aufgrund des Wunsches, etwas Nützliches zu tun und der *Community*, deren Produkte ja frei zugänglich sind, etwas zurückzugeben (Himanen 2001).

In den im Folgenden vorgestellten Prinzipien aber geht es nicht nur um *natural* und *digital* Commons, sondern darüber hinaus lautet die zugrundeliegende These, dass letztlich alles als Commons gefasst werden kann – hierfür spreche ich von *Ecommony*. Gegen eine mögliche Anwendung

des Prinzips der commons-basierten Peerproduktion in anderen Produktionsbereichen wird argumentiert, dass, während im virtuellen Bereich das kommerzielle Lexikon Brockhaus von Wikipedia „auskooperiert“ werden konnte, bei materieller Produktion keine Konkurrenzfähigkeit bestehe. Dies fand ich insbesondere durch meine Forschungen zu alternativem Wirtschaften in Argentinien nach dem dortigen Finanzcrash von 2001 bestätigt, denn gegen die Ausbeutung von Billigstlöhnen im globalen Süden lässt sich nicht konkurrieren (Habermann 2004). Das bedeutet jedoch nicht, dass eine solche Produktion an sich nicht möglich ist.

3. Die Prinzipien einer „Ecommony“

3.1 Besitz statt Eigentum

Der Kiefernain ist ein Offener Platz: Jede_r darf dort hinziehen, ohne dass beispielsweise hierüber erst im Plenum beschlossen werden müsste. Ganz nach dem Spruch von Tashunka Witko alias Crazy Horse, „Man verkauft nicht die Erde, auf der die Menschen wandeln“ entspricht dies einem Verständnis von Commons, nachdem nicht das Eigentum an etwas zählt, sondern der Besitz, also wer etwas benutzt und benötigt. Die Unterscheidung von Besitz und Eigentum findet sich auch im Bürgerlichen Gesetzbuch: Der Vermieterin gehört die Wohnung, der Mieter besitzt sie. Aus einer Commons-Perspektive gilt: Wer in einer Wohnung wohnt, der besitzt sie auch, kann sie aber nicht verkaufen – bis 2011 wurde dies in Kuba so praktiziert. Als gelebte alternative Ansätze finden sich in Deutschland und Österreich Offene Plätze wie der Kiefernain, die aus diesem Verständnis heraus niemandem den Zuzug verwehren. Der Kiefernain ist ein Gelände mit mehreren Häusern, das offiziell einem Verein gehört. Gekauft wurde der Kiefernain nach dem Kaffeekassenprinzip: Es ist unklar, wer was dazu beigetragen hat, und es spielt auch keine Rolle (vgl. Habermann 2009: 145ff).

Im gesellschaftlichen Alltag sind Menschen, beispielsweise bei Parks oder Marktplätzen, noch einen freien Zugang gewöhnt, wenngleich immer häufiger für den Eintritt in einen Park gezahlt werden muss. Aus einer Commons-Perspektive betrachtet bricht es einer das Herz, wenn am Eingang ein altes Pärchen die Wächter bittet, einige Schritte hineingehen zu dürfen, um wenigstens Fotos zu machen. Und wer heute versucht, sich

auf Marktplätzen konsumfrei niederzusetzen, wird alsbald Bekanntschaft mit dem Wachschatz machen.

Reine öffentliche, sogenannte nicht-rivale Güter wie die hierfür vielzitierten Deiche und Leuchttürme, aber auch Radio- und Fernsehsender oder natürlich Software sind ebenso prädestiniert für einen freien Zugang wie unreine öffentliche Güter wie Straßen und Wege, Wasserver- und -entsorgung, oder allgemein jede Art öffentlicher Verkehrsmittel und Infrastruktur, bei denen das Ausschlussprinzip nicht greift, jedoch eine Rivalität im Konsum besteht. Während all diese Güter im gegenwärtigen System teilweise unentgeltlich, teilweise nur gegen Gebühren erhältlich sind, wären sie als Commons grundsätzlich für alle nutzbar.

„Besitz statt Eigentum“ kann sich aber auch auf Gegenstände wie Bücher beziehen, die zum Beispiel über Bibliotheken oder direkt an Freund_innen verliehen werden. Doch es geht auch anders: Öffentliche Bücherschränke, mal aus Holz, mal in Form zweckentfremdeter Telefonzellen oder Verteilerkästen, aus denen genommen und in die umgekehrt Bücher gestellt werden können, existieren inzwischen in vielen Städten.³

Auch Werkzeuge können gemeinschaftlich genutzt werden – vorausgesetzt dies geschieht in einem überschaubaren Rahmen, da sie anders als ein Buch nicht irgendwann „ausgebraucht“ sind. Auch dies existiert in öffentlicher Form, zumindest im kalifornischen Berkeley, wo sich Werkzeuge in einer Bibliothek ausleihen lassen. In Deutschland finden sich als alternative Ansätze auch ganze offene Werkstätten, ausgestattet mit Werkzeugen für Holz- oder Metallbearbeitung, mit Fahrrad- oder Nähwerkstatt oder auch *personal fabricators*, also 3-D-Druckern für selbstdesignte Kunststoffgegenstände.

Nutzungsgemeinschaften tauschen weit mehr als nur Werkzeuge unentgeltlich und ohne direkte Tauschlogik aus. „NutziGems“ basieren auf dem Prinzip, dass nicht alle alles besitzen müssen, nur um es ab und zu gebrauchen zu können. Gemeinsam genutzt oder gegenseitig zur Verfügung gestellt (oder geschenkt) werden Gegenstände, Fertigkeiten oder auch Wissen – kurz: Ressourcen. Eine Nutzungsgemeinschaft setzt sich meist aus Menschen zusammen, die dicht beieinander wohnen, da nur so die gemeinsame Nutzung komplikationslos organisiert werden kann. In der Regel verbleiben die Gegenstände im Privatbesitz, es kann aber auch einen gemeinsamen Lagerraum geben (Habermann 2009: 76-83). Mittlerweile gibt es Nutzungsgemeinschaften, die sich internetgestützt orga-

nisieren und in jüngster Zeit sogar als *why-buy-app*. Ein weiteres Beispiel für eine gemeinsame Nutzung sind die rund sechzig Umsonstläden alleine in Deutschland, die wie ein Second-Hand-Laden funktionieren, nur eben ohne Geld und ohne Tauschlogik. Wer etwas hat, was er oder sie nicht mehr möchte, bringt es. Wer etwas im Laden entdeckt, was er oder sie gebrauchen kann, nimmt es. Obwohl auch manchmal Schenkläden genannt, sind sie in diesem Sinne jedoch gerade nicht als Orte zu verstehen, wo Dinge von Privateigentum in Privateigentum übergehen, sondern als Orte, wohin Dinge gebracht werden, die, da sie nicht mehr benutzt werden, „aus dem eigenen Besitz gefallen“ sind. Auf diesem Gedanken baut auch der Ansatz des Arbeitskreises Lokale Ökonomie (AK LÖK) auf, der hinter dem Umsonstladen Hamburgs steht und Regale als „freie Hardware“ baut, die als Dauerleihgaben vergeben werden (AK LÖK o.J.).

3.2 Teile, was du kannst

In der freien Softwareproduktion findet sich das Prinzip *Share what you can* als „Teile, was du hast und nicht brauchst“ aufgeteilt in vier Formen: Parallele Nutzung (zum Beispiel eines Internetzuganges), serielle Nutzung, also nacheinander (in diesem Sprachgebrauch wären die Regale des AK LÖK *Perma-Floater*); gemeinschaftlich organisierte Sammlungen (Wikipedia, oder zum Beispiel von Büchern) sowie Orte der offenen Produktion (entweder im Netz wie gemeinschaftliches Design oder als Offene Werkstätten).

„Teile, was Du kannst“ geht aber eigentlich insofern darüber hinaus, als dass das englische Wort *can* neben der Bedeutung „und was Du nicht brauchst“ noch zwei weitere hat: „Teile, was Du weißt“ sowie „Teile, was Du tust oder tun möchtest“. Damit sind außer Dingen auch Fähigkeiten, Tätigkeiten oder Wissen gemeint, das sich bekanntlich vermehrt, ja vervielfacht durch Teilen. Und, wer sich nicht durch Elitebildung im Konkurrenzkampf behaupten muss, kann genießen, mit anderen zusammen hierdurch die eigenen Fähigkeiten noch besser nutzen zu können. Hier setzt das sogenannte *skill-sharing* an: „Leute werfen ihr Wissen, ihre Ressourcen, ihre Infrastruktur in einen großen Pool, aus dem sich alle, die der Solidargemeinschaft angehören, nach Bedarf bedienen können“. Allerdings, so erklärt Sabine Steldinger das Prinzip der *Traveling School of Life (Tsolife)* „es ist freiwillig“ und handelt sich somit um eine „Nutzungsgemeinschaft für Bildung“. Wieder geht es um die optimale Ressourcennutzung: „Es soll

möglichst das, was schon an Reichtum da ist, besser genutzt und ausgelastet werden“ und „[a]uch hier herrscht keine Tauschlogik“ (zit. nach Habermann 2009: 187ff).

Ähnlich funktionieren Freie Universitäten, die entweder zeitlich gebündelt am Rande von Semestern stattfinden (etwa in Erfurt oder Marburg), als eine Art soziale Zentren (wie in Berlin oder Frankfurt am Main), das gesamte Studium begleitend (wie in Bremen) oder ganz unabhängig von der Universität (zum Beispiel in Hamburg oder Basel) (ebd.: 175-186).

Aber es geht bei dieser Interpretation von „Teile, was Du kannst“ auch um das direkte Einbringen der eigenen Fähigkeiten als Tätigkeiten, was im Folgenden mithilfe des dritten Prinzips erarbeitet werden soll.

3.3 „Beitragen statt Tauschen“

Statt die eigenen Fähigkeiten in Quantitäten ummünzen zu müssen, wie dies in einem herkömmlichen Tauschring immer noch der Fall ist, wird in einer „commons-basierten Peerproduktion“ aus einem Bedürfnis – das muss nicht nur Spaß, sondern kann auch Verantwortungsgefühl sein – heraus aktiv gehandelt. Ein solcher Austausch ohne Tauschlogik wird auch in Nutzungsgemeinschaften praktiziert (Habermann 2009: 76-83); schon lange, bevor dieses Wort entstand, gründete sich bereits der Tauschring *Gib&Nimm* in Wuppertal, der ebenfalls auf Kontoführung und Äquivalenzlogik verzichtet (ebd.: 95-98).

Ein weiteres Beispiel stellt die Nichtkommerzielle Landwirtschaft (NKL) dar, betrieben auf dem Karlshof bei Templin. Der bereits mit seiner Kritik an kollektiven Betrieben zitierte David charakterisiert mit dieser schon das Besondere an der NKL, in der Produkte wie Kartoffeln, Erbsen, Getreide oder Öl aus Sonnenblumenkernen nicht verkauft, sondern unentgeltlich und ohne Äquivalenzlogik abgegeben werden. Selbst an einem der Arbeitseinsätze beteiligt gewesen zu sein, ist nicht Voraussetzung für ein Nehmen. David umreißt die Grundidee so: „Sachen nicht für den Verkauf zu produzieren, sondern an andere in einem politischen Kontext abzugeben, mit der Motivation, nicht-kommerzielle, nicht-kapitalistische Nahrungsmittelversorgungssysteme aufzubauen“ (zit. nach ebd.: 25). Vielen falle es schwer, eine solche Wirtschaftsweise auch nur zu denken. Davids zur Zeit des Interviews (2009) geäußerter Wunsch, es möge sich in Berlin eine nichtkommerzielle Backgruppe finden, welche das

Getreide weiterverarbeitet und als Brote unentgeltlich und ohne Tauschlogik abgibt, hat sich inzwischen erfüllt. Seine Vision ist, den gesamten angrenzenden Bereich von Nahrungsmittelproduktion und Weiterverarbeitung sowie generell ein Netzwerk aus nichtkommerzieller Produktion aufzubauen.

Um es als gesellschaftlich koordinierte Wirtschaftsweise weiterzudenken, ist der Denkansatz der „Peerökonomie“ von Christian Siefkes (2008) sicher hilfreich, wonach die Bedürfnisse als auch die Tätigkeiten internetgestützt koordiniert werden. Dann wird zwar nicht erst beim Aufstehen entschieden, was am Tag ansteht – aber welcher Unterschied zu einer Gesellschaft, die Menschen schon nach der Grundschule, spätestens aber mit der beruflichen Ausbildung weitgehend darauf festlegt, womit sie in Zukunft überwiegend ihre Lebenszeit zu füllen haben.

Auch Sorgetätigkeiten würden damit abgedeckt, denn die Unterscheidung zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten wird in einer „commons-basierten Peerproduktion“ obsolet und damit einer alten feministischen Forderung gerecht. Das ist alles andere als selbstverständlich in Ansätzen alternativen Wirtschaftens. Denn, solange es eine bestimmte Arbeitszeit abzuleisten gibt, besteht das Dilemma, dass Sorgetätigkeit entweder auf Arbeit reduziert und in Zeiteinheiten gemessen wird – welche Folgen das hat, erfahren wir in der Kantine oder spätestens im Senior_innenheim – oder aber privatisiert und damit nicht als Arbeit gewertet. Diese Zwickmühle ist nur zu lösen, wenn Tätigkeiten nicht dem Tauschzwang unterliegen.

3.4 Freiwilligkeit / Freie Kooperation / Offenheit

Freiwilligkeit ist damit zunächst das, was das Beitragen vom Tauschen unterscheidet. Freie Kooperation beinhaltet sogenannte *forks*, die im Konfliktfall die Trennung der Projekte mit möglichst geringen „Kosten“ für beide Seiten gewährleisten, statt einen Zwang auferlegen, sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner streiten zu müssen. Und sie bedeutet wiederum die Offenheit, bei der das Prinzip „Alles für alle“ gilt.

Entwicklung ist hier nur in einem ganz anderen Sinne das Ziel – in den Worten von Karl Marx und Friedrich Engels (1959 [1848]: 482) als: „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

4. Fazit

So, wie Post-Development den westlichen Weg des Wachstums in Frage stellt, tun dies auch die vorgestellten, in Deutschland diskutierten Postwachstums-Ansätze. Sowohl im Post-Development-Diskurs als auch im Postwachstums-Diskurs und seinen Vorläufern – nicht zuletzt unter dem Stichwort „feministische Ökonomie“ – findet sich eine Bandbreite von Ansätzen. Dabei argumentiere ich, dass in den heute prominent erörterten Postwachstums-Konzepten die Produktionsweise an sich nicht in Frage gestellt wird, während dies in feministischen Ansätzen vielfach geschah und geschieht, allerdings auch, ohne konkrete Alternativen aufzuzeigen.

Unter dem in den 1990er Jahren in der internationalistischen Szene Deutschlands bestehenden Schlagwort einer „Abwicklung des Nordens“ wurden die damals vorherrschenden Ökologie-Diskussionen darauf zuge-spitzt, Forderungen von Post-Development gerecht zu werden. Jedoch versan-dete dieser Aufruf zu staatspolitischen Maßnahmen wie Abrüstung und, nicht minder abstrakt, zu einem „sozial befriedigenden Leben ohne den Umweg über Lohnarbeits-Geld“ ohne große Resonanz erhalten zu haben. Hier wurde der Versuch deutlich, Alternativen zum Kapital zu finden, das Unternehmen durch Konkurrenz dazu zwingt, es möglichst profitabel weiter zu verwerten. Praktisch aufgezeigt wurden diese Alternativen allerdings nicht, sondern es blieb bei dem Verweis, diese müssten sich aus der Praxis ergeben.

Sowohl begleitend zu solchen Überlegungen als auch unabhängig davon entwickelten sich Ansätze alternativer Wirtschaftsweisen in dieser Zeit weiter, wie in diesem Text mit Beispielen aus dem deutschsprachigen Raum belegt wurde. Da sich aus diesen Projekten Prinzipien einer anderen „ReProdukti-onsweise“ herauslesen lassen, die einer solchen „Abwicklung des Nordens“ im Sinne einer Auflösung ökonomischer Herrschaft sowie der Ausbeutung von Natur und Mensch gerecht würden, ermöglichen sie es heute, über diese Kritik hinauszugehen. Ähnliche wie die von mir in diesem Text nachgezeich-neten Konzepte finden sich unter den Stichworten „Peerökonomie“ (Siefkes 2008), „Commonie“ (Heimrath i.E.) oder „peer-commonistische Reproduk-tionsweise“ (Meretz 2012). Letzterer, Stefan Meretz, lädt in seinen jüngeren Beiträgen dazu ein, das „Bilderverbot“ einer anderen Gesellschaft aufzugeben und damit über die alten Diskussionen hinauszugehen. Dieser Artikel soll ein Beitrag hierzu sein.

- 1 www.whopools.net/index.php?lang=de&page=static&pageid=about, 6.1.2012.
- 2 Das Beispiel stammt von Nidhi Tandon, Internationaler Workshop: „Nachhaltiges Wirtschaften und Grünes Wachstum – wer (ver)sorgt?“, veranstaltet von genannt und der Friedrich-Ebert-Stiftung, 12.2.2013, Berlin.
- 3 Eine (unvollständige) Liste der Standorte findet sich unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_%C3%B6ffentlichen_B%C3%BCchern_A4nken, 6.1.2012.

Literatur

- Achbar, Mark/Abbott, Jennifer (2003): *The Corporation*. Dokumentarfilm, CA. <https://www.youtube.com/watch?v=Y888wVY5hzw>, 22.12.2012.
- AK LOEK (o.J.): *Regal*. <http://www.ak-loek.de/Main/Regal>, 3.1.2012.
- Bartolini, Stefano (2010): *Manifesto for Happiness. Shifting Society from Money to Well-Being*. www.econ-pol.unisi.it/bartolini/papers/MANIFESTO.pdf, 20.12.2012.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): *Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht*. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrall, Babette (2000): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Grünwald: Kleine.
- Biesecker, Adelheid (2010): *Jenseits der Krisenökonomie – Vorsorgendes Wirtschaften*. Beitrag auf der 8. Armutskonferenz in Salzburg. http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=458&Itemid=69, 20.12.2012.
- Cornell, Drucilla/Muvangua, Nyoko (2012): *Ubuntu and the Law: Indigenous Ideals and Postapartheid Jurisprudence*. New York: Fordham University Press.
- Diefenbacher, Hans (2011): *Szenario Arbeitswelt*. In: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hg.): *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?* Frankfurt am Main: Fischer, 152-177.
- Escobar, Arturo (1995): *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton: Princeton University Press.
- Escobar, Arturo (2009): *Territories of Difference: Place, Movements, Life, Redes*. Durham: Duke University Press.
- Felber, Christian (2012): *Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst*. Wien: Deuticke.
- Habermann, Friederike (2004): *Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien*. Königstein: Ulrike Helmer.
- Habermann, Friederike (2009): *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*. Königstein: Ulrike Helmer.
- Heimrath, Johannes (i.E.): *Die Commonie. Versuchsanordnung für eine Post-Kollaps-Gesellschaft des guten Lebens*. Aarau: AT.

- Himanen, Pekka (2001): Die Hacker-Ethik und der Geist des Informations-Zeitalters. München: Riemann.
- Hirsch, Fred (1976): The Social Limits to Growth. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Kaden, Wolfgang (1984): Wachstum, Wachstum über alles. Die überholten Rezepte der Wirtschaftspolitik. In: Burgdorff, Stephan /Meyer-Larsen, Werner (Hg.): Weniger Arbeit. Die Überlebenschance der Industriegesellschaft. Reinbek:rororo, 27-42.
- Kasser, Tim (2003): The High Price of Materialism. Cambridge: MIT Press.
- Krämer, Hans Leo/Leggewie, Claus (Hg., 1989): Wege ins Reich der Freiheit. Berlin: Rotbuch.
- Luxemburg, Rosa (1981 [1913]): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Bd. 5. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1959 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd.4, Berlin: Dietz, 459-493.
- Meretz, Stefan (2012): Bilderaffirmation und Bilderverbot. <http://wadk.de/2012/bilderaffirmation-und-bilderverbot>, 21.12.2012.
- Meretz, Stefan (2012): Ubuntu-Philosophie. <http://keimform.de/2012/ubuntu-philosophie>, 15.2.2013.
- Miegel, Meinhard (2011): Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin: List.
- Mies, Maria (1990): Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich: Rotpunkt.
- Möller, Carola (1997): Überlegungen zu einem gemeinwesenorientierten Wirtschaften. In: Möller, Carola/Bleibaum, Brigitte/Steitz, Lilo/Peters, Ulla/Wagnerová, Alena (Hg.): Wirtschaften für das „gemeine Eigene“. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften. Berlin: trafo, , 17-32.
- Paech, Niko (2009): Eine Ökonomie jenseits des Wachstums. In: Einblicke 49, 24-27.
- Paech, Niko (2011): Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie. In: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus? Frankfurt am Main: Fischer, 131-151.
- Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.
- Peters, Ulla (1993): Den Kapitalismus nicht verändern, sondern abschaffen. In: Schwertfisch (Hg.): Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie. Bremen: Yeti press, 74-79.
- Rada, Uwe (2009): Seenland in Spekulantenhand. Brandenburger Seen zu verkaufen. In: die tageszeitung, 17.7.2009.
- Reddy, Sanjay (2006): Counting the Poor. The Truth about World Poverty Statistics. In: Panitch, Leo/Leys, Colin (2006): Socialist Register 2006: Telling the Truth. New York: Monthly Review Press, 169-178.
- Sachs, Wolfgang (Hg., 1993a): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek: Rowohlt.

- Sachs, Wolfgang (1993b): Die vier E's. Merkposten für einen maß-vollen Wirtschaftsstil. In: Politische Ökologie 33, 69-72.
- Schibel, Karl-Ludwig (1985): Das alte Recht auf die neue Gesellschaft: Zur Sozialgeschichte der Kommune seit dem Mittelalter. Frankfurt am Main: Sendler.
- SCHWUPS (1997): Entwurf einer Grundsatzklärung. In: Schwertfisch: Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie. Bremen: Yeti press, 103-111.
- Siefkes, Christian (2008): Beitragen statt tauschen. Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software. Neu-Ulm: AG SPAK.
- Steinmeyer, Ulrich (2008): Aus der Praxis selbstverwalteter Betriebe: 10 Jahre BIBER. Ökologisch, kooperativ, sozial – wie geht das? In: Giegold, Sven/ Embshoff, Dagmar (Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 39-42.
- Werlhof, Claudia von (1991): Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie. München: Frauenoffensive.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Ziai, Aram (2006): Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Abstracts

So wie Post-Development den westlichen Weg des Wachstums in Frage stellt, so tun dies auch Postwachstums-Ansätze. Sowohl im Post-Development-Diskurs als auch im Postwachstums-Diskurs und seinen Vorläufern – nicht zuletzt der Diskussion zu feministischer Ökonomie – findet sich dabei eine Bandbreite von Ansätzen: vom Aufruf zur Mäßigung bis zur Kritik am kapitalistischen Modell. Dieser Beitrag zeichnet einige Eckpunkte der Debatte in Deutschland nach und verweist auf die Diskussionen in den 1990er Jahren in der internationalistischen Szene unter dem Schlagwort einer „Abwicklung des Nordens“, mit denen Forderungen aus dem Post-Development-Diskurs begegnet werden sollte. Dabei wird die damalige Aussage, Konzepte einer alternativen Wirtschaftsweise seien aus der bestehenden Praxis solidarischer Ökonomie abzuleiten, aufgegriffen und argumentiert, dass sich aus derzeit praktizierten Ansätzen alternativen Wirtschaftens – belegt mit Beispielen aus dem deutschsprachigen Raum – Prinzipien einer anderen „ReProduktionsweise“ herauslesen lassen, welche

einer solchen „Abwicklung des Nordens“ im Sinne einer Auflösung ökonomischer Herrschaft sowie der Ausbeutung von Natur und Mensch gerecht würden.

Just as the post-development discourse questions the Western way of growth, so does the debate on degrowth. Both in post-development and in degrowth debates (and its predecessors, not least ecofeminism) there is a whole range of approaches: from the call for moderation to the open criticism of the capitalist model. This paper sketches some key points of the debate in Germany, and refers to the slogan of the ‘liquidation of the North’ in order to comply with post-development requirements, points which were used in the internationalist scene of the 1990s. Drawing on examples from German-speaking countries and taking up a claim from that debate, namely that concepts of an alternative economic system should be derived from existing practices, it is argued that, from currently practised approaches of alternative economic activity, principles of another ‘mode of reproduction’ can be deduced. These principles would fulfill the requirements of such a ‘liquidation of the North’ in terms of a dissolution of economic domination as well as with regard to the exploitation of nature and human beings.

Friederike Habermann
friede@kesselberg.info

MORITZ HUNSMANN

**'Alternatives to Development' and Acute Dependency:
HIV/AIDS as a Blind Spot of Post-Development Theory?'**

1. Introduction

The annual budget of the AIDS response in Tanzania hovers around USD 500 million, over 97 percent of which is donor-financed (TACAIDS 2012). This external support for AIDS control represents over ten percent of Tanzania's public expenditure and one third of all aid flowing into the country. Despite its obvious benefits, the rollout of antiretroviral treatment (ART) puts Tanzania in a situation where an increasing share of its population directly depends on foreign assistance for survival. This paper proposes to confront this situation, which raises the issue of dependency with unprecedented acuteness, with certain elements of post-development thought. Indeed, while all post-development theorists are "explicitly not calling for a better version of [development], but dismissing it altogether" (Ziai 2007: 3), the more radical authors among them share a resolute rejection of international aid. Rahnema and Latouche (2002), for instance, implore Western countries to "leave the poor alone!". Esteva (1992: 90f), claims that "[d]evelopment aid is an instrument of colonial oppression", that "[w]e must abolish aid organisations – indeed all of them; the national just as the international ones", and that "we must not do things by halves".

Beyond the provocative and at times questionable verbiage of its more uncompromising proponents, who assert "the right to be underdeveloped" (Alvares 1992: 68) and accuse development of being "another variety of AIDS" (Rahnema 1997), the post-development movement formulates a claim for genuine emancipation of the global South (Ziai 2004). In its critique of modernity and its reflections on *progress* and the social construction of *needs*, post-development theory explicitly draws on Illich's (1995 [1969], 1976) critique of industrial society, its over-medicalisation of illness

and the “expropriation of health” it entails. His remarks concerning the limits to medicine and the blind faith Western societies put in technological solutions to control disease are highly relevant for the international AIDS response. The emphasis put on biomedical remedies (e.g. vaccines or ART), and the neglect of iatrogenic transmission and closely interwoven socio-economic and biological determinants of populations’ susceptibility to infection in the spread of HIV in Africa (Stillwaggon 2006; Hunsmann 2009; Pepin 2011) certainly confirm Illich’s claims. Yet, the idea that the marginal utility of modern medicine becomes negative beyond a certain point of development is at the heart of his critique. Its unmediated transfer to situations where even the most basic health services are not available is thus problematic.

More fundamentally, some post-development theorists’ at times radical constructionist approach raises an epistemological issue. The production of knowledge about health and illness is probably one of the most telling examples of the insufficiency of both radical positivism and radical constructionism. To be sure, the perceptions of and responses to HIV/AIDS result from socially constructed visions and values and politically contested processes of knowledge production (Epstein 1996). Yet, HIV exists. It causes AIDS and kills people regardless of the way they think and talk about it. The epistemological posture is thus analytically crucial. The radically constructionist reading of reality adopted by several post-development authors entails an affinity with value-relativist worldviews. Latouche (2003: 130), for instance, claims that “there are no values that transcend the plurality of cultures because a value exists as such only in a given cultural context”. Adopting a moderately constructionist perspective (e.g. Ziai 2004), I consider that the superiority of life over death and the ensuing ‘need’ for HIV prevention and treatment are not *pure* social constructions exclusively based on Western values.

The post-development theorists’ arguments concerning the general failure of aid and development are persuasive. No doubt, the ‘fight’ against AIDS in Africa is a top-down endeavour inspired by Western stereotypes of African sexuality (Stillwaggon 2006), implemented by Western agencies, and based on their experts’ technocratic definition of African people’s needs. In this sense, the international AIDS response is ‘development’ *par excellence*; it is a stereotypical example of the type of dependency relation

radical critics of aid want to put an end to. International AIDS assistance reaches USD 8.8 billion annually (Kates et al. 2012) and HIV/AIDS is many donors' largest single budgetary item in several African countries. Several Millennium Development Goals (MDGs) could not possibly be achieved in the absence of an effective rollback of the epidemic. Politically speaking, the success in the struggle against AIDS is thus crucial not only to the legitimacy of the Western development discourse, but to the credibility of the development endeavour itself.

Yet, despite being at the very heart of the development enterprise, AIDS has remained at the margins of the more critical theoretical debates about development and aid. For good reason – African AIDS epidemics are an uncomfortable ground upon which to radically criticise international aid. Perhaps because the question of survival is inescapable and immediately apparent in the case of HIV/AIDS, post-development theorists and other radical critics of aid have carefully avoided the issue. Indeed, the dramatic dimensions of the African AIDS epidemics and their catastrophic health, social and economic consequences make it problematic to suggest, as Matthews (2007: 131) fittingly sums up the essence of post-development thought, that “development [is] not the medicine but the disease”. Being nearly unanimously considered as a health emergency that calls for a forceful international response, AIDS poses a serious challenge to radical critics of aid. Indeed, how can one satisfactorily analyse the international response to HIV/AIDS within an approach repeatedly criticised for its reluctance to suggest concrete political alternatives, or even explicitly accused of advocating inaction in the face of misery (Kiely 1999)? Can this theoretical approach be relevant in the context of HIV/AIDS, or are there justified concerns “that the adoption of a post-development position may amount to the abdication of responsibility” (Matthews 2007: 141)?

While keeping in mind the heterogeneity of what is sometimes abusively referred to as a unified theoretical framework (Ziai 2006, 2004: 168-262), this contribution explores the implications of a central proposal of the more uncompromising post-development authors: the call to “radically stop aid” (Esteva 1992: 66). As Ziai (2007: 9) notes, post-development has “a lot of critical and constructive potential” and “needs to be further refined, explored and argued over”. In this perspective, and far from attempting to close the indispensable debate post-development theorists opened up,

this contribution provides some elements of discussion concerning both the necessity and the genuine difficulty of formulating radical critique in a context of pronounced dependency. Because it illustrates the contradictions both of the development endeavour and of its most radical critics, the response to AIDS in Africa is a fitting empirical example for a theoretically-oriented reflection on international aid.

This contribution² argues that AIDS control in Tanzania is highly dependent on foreign aid and that a significant increase in self-sufficiency is unlikely in the foreseeable future (2). Although international AIDS control illustrates the relevance of post-development theory, the call for an end to aid voiced by its more radical proponents draws on an artificially monolithic conception of development (3). Indeed, far from being credulous ‘bringers of development’, international development practitioners involved in AIDS control in Tanzania radically criticise their own action in ways that partially overlap with post-development thought (4). While the predictably harmful consequences of a massive donor draw-out make it difficult to envisage radical change (5), post-development appears as a theoretical refusal to adopt urgency as an exclusive framework of analysis (6). The article concludes by discussing the ‘conditions of possibility’ of radical critique in a context characterised by what the interviewees themselves perceive as an imperative for action.

2. Tanzania, a patient under aid transfusion

“The end of international funding is a nightmare for everybody. We can only pray that it won’t happen and that, if it happens, God... let it happen after I have died!”

(Tanzanian AIDS official, at a preparatory meeting for a Global Fund proposal, Dar-es-Salaam, 3.10.2008)

This remark illustrates the perplexity of many AIDS players in Tanzania. Indeed, the nature of the response to HIV in Tanzania is, in many respects, grist to the mills of post-development theorists. Although the case for HIV prevention is just as persuasive, the example of access to antiretroviral treatment is probably more immediately evident. In Tanzania, an estimated 1.4

million people are living with HIV, 660,000 of whom are currently in acute need of antiretroviral therapy. Optimistic estimates are that about 275,000 patients currently access the life-saving drugs (CDC 2012).³ This entirely donor-funded treatment programme currently costs approximately USD 340 million per year (Kates et al. 2012). Since the beginning of ART rollout in 2004, AIDS control has turned into a structural feature of Tanzanian politics and Tanzanian AIDS players have become increasingly aware that the life-long need for drugs and medical care for those enrolled in ART programmes makes the commitment to fund them virtually irreversible. Indeed, treatment interruptions lead to a rapid increase in people's viral load, thereby substantially increasing their infectiousness and the risk of spreading viral strains resistant to affordable 'first-line' drugs. A Tanzanian official passionately declares: "It is *impossible* to go back because we have incarcerated ourselves! [...] [Treatment] ties up resources forever, until these people die... [...] If you don't continue, they'll die...or develop resistances. So you *have to* continue!" (Interview GovSector-12).

Beyond the individual ethical issue, there is thus a strong public health rationale for ensuring life-long access to medicines to anyone who has initiated ART. The decision to roll out treatment is also perceived as being politically irreversible – a perception illustrated by the wide-spread use of the expression 'treatment mortgage' to describe the political obligation to ensure the continued provision of ART. "If you look at it, what actually happened is that we gave Tanzania a 'free shot'", a bilateral donor critically reflects, "now, we got them hooked on ARVs!" (Interview Bilateral-30). Recent episodes of shortages of antiretroviral drugs [ARVs] in several African countries illustrate that procurement gaps are not merely a hypothetical scenario.

A long-term discontinuation of treatment would cause patients' life expectancy to drop dramatically and would drastically increase their risk of spreading the virus. Although there are significant returns to scale in ART roll-out (as the number of people put on the treatment rises, the marginal cost per patient declines), ART programmes will need additional resources as the number of people on therapy rises and as increasing drug resistances require more expensive 'second-line' drugs. The magnitude of the sums involved makes most interviewees doubtful that Tanzania will be able to come up with a domestic solution to fill foreseeable future funding gaps.

As a former Tanzanian AIDS official puts it: “We don’t have the ability as a government to face HIV/AIDS alone. We need external support. The problem is too massive! [...] So all we can do is hope for the external support to continue... If it doesn’t, it’s a disaster! We cannot say: ‘Sorry, we have no more money, so you get no more ARVs...’ No, we cannot say that!” (Interview GovSector-3)

At the same time, the negligible and uneven contribution of the Tanzanian government to the country’s AIDS budget implies that its financial dependency is, to some extent, a political choice. Moreover, international AIDS expenditure nearly equals the rest of the country’s health budget, which makes it unlikely that a possible donor withdrawal from HIV/AIDS would be entirely offset by the Tanzanian government. Several Tanzanian officials suggest that the comparatively high expenditure on HIV/AIDS reflects donor rather than government priorities. Were the Tanzanian government to independently decide between AIDS and general health budgets, it would most likely rebalance them in favour of the broader health agenda. Be it because of the government’s inability or unwillingness to replace donor funding, the end of external support would invariably translate into a significant decrease in AIDS financing, and thus into surging death rates and the social, economic and possibly even political disruption that could ensue.

Beyond the sole issue of financial dependency, the undemocratic nature of AIDS-related decision-making in Tanzania is striking. Indeed, the international response to HIV/AIDS in Tanzania almost entirely bypasses domestic democratic structures. 85 percent of all external AIDS assistance is spent off budget (TACAIDS 2012), i.e. directly by donors (mostly PEPFAR) and their implementing partners, and without any meaningful Tanzanian contribution to priority setting. Even allocative decisions concerning on budget expenditures (mainly Global Fund money) are not discussed in Parliament but decided upon in an ad-hoc donor-government forum. A bilateral donor representative comments: “It is highly problematic that all these agreements and arrangements completely by-pass the country’s democratic process. If you look at it, the TNCM [the National Coordination Mechanism of the Global Fund in Tanzania] is a blatant violation of good governance principles!” (Interview Bilateral-31).

The international health initiatives and their constituent donors thus openly and systematically circumvent the very democratic institutions they have insistently advocated for over the last decade. As a result of the overriding importance of aid, government officials primarily report to their respective donors, not to Parliament or other representatives of the Tanzanian people. By introducing this systematic donor-bias into domestic structures of political accountability, the inflow of external funding for HIV/AIDS contributes to the perpetuation of anti-emancipatory structures of domination. In sum, concerning both the severity of dependency and the perverse incentives of aid, the Tanzanian example illustrates the relevance of the criticism voiced by post-development theorists. Yet, as the next section argues, their often over-simplified conception of development prevents radical critics of aid from grasping the profound ambiguity of ‘development cooperation’.

3. Omitting the ambivalence of development

Considered by some as its strength, by others as its weakness, a defining feature of post-development theory is the very generalising nature of the criticism it formulates. Some authors fail to even define development, while others circumvent the difficulty by equating it with globalisation (Latouche 2003: 125). The result is a general critique of development as both an ideology of progress and an exploitative, neo-colonial economic and symbolic World System. No doubt, such a holistic critique is indispensable in today’s world where the global intelligibility of structural processes is jeopardised by increasingly fragmented expert knowledge. This theoretical breadth of post-development, however, induces an often artificially homogeneous conception of development (Treillet 2004). As a result, many of its proponents miss the inherently ambiguous nature of their central object of study. They overlook the fact that ‘development’ describes a different reality in the WTO’s so-called ‘Doha development agenda’ and in international AIDS control initiatives. The latter have even radically challenged the former concerning, for instance, intellectual property rights on life-saving drugs. Rist’s (2007: 34-44) definition illustrates this monolithic conception: “‘Development’ is made up of a series of sometimes apparently

contradictory practices, which make it necessary, in order to guarantee the social reproduction of the dominant group, to generalise the transformation and destruction of the natural environment and of social relationships, so as to ensure a growing production of merchandises (goods and services) meant, through exchange, for solvent demand.”

Not only is international AIDS control not part of development according to this definition, as it satisfies a *non*-solvent demand, but the expression ‘apparently contradictory’ points to the belief of many post-development theorists that development is an *ultimately coherent* undertaking. There is, however, no unifying, hidden coherence behind the apparent contradictions of development. No consistent master plan exists. ‘Development’ is both a watchword and a field of power within which conflicting interests clash. Even when limiting one’s analysis to major international development agencies, their practices are contradictory and should be analysed as such.

While the artificially unequivocal conception of development is among the ‘standard’ criticisms of post-development that “have been raised again and again” (Ziai 2007: 8), this conception has serious implications in the case of HIV/AIDS. Indeed, it allows post-development theorists to switch the locus of the debate to a more general level whenever confronted with what Comeliau (2003: 121) calls the “dreadful human problems [they] do not even bother mentioning anymore”. Indeed, few post-development authors have addressed social policies or international health initiatives, while allowing the single most dramatic ‘development’ problem in several African countries – HIV/AIDS – to remain conspicuously absent from their analyses. A notable exception is Rist (2007: 416), who acknowledges that the fact that over 30 million people globally live with HIV “is part of the sad reality” – without, however, saying a word about the possible implications of this “sad reality” on post-development theory.

Intellectually speaking, post-development theorists are arguably in a situation comparable to that of radical left-wing theorists facing the welfare state: the same entity (the state) is both the incarnation of centralised, illegitimate power, *and* the provider of social services that shelter individuals from purely market-driven mechanisms – a protective function valued by these very thinkers. Bourdieu (1998) referred to the “right hand” and the “left hand” of the state to describe its ambivalent nature as both a

device of domination and coercion (right hand) and a provider of essential services and minimal social cohesion (left hand). Development in the sense of “what development agencies do” (Green 2003: 123) has the same fundamental ambiguity. Drawing on this distinction, international development agencies involved in AIDS control may be considered part of the left hand of development, which is composed of “those who are sent to the front line to fulfil so-called ‘social’ functions and to make up for the most intolerable inadequacies of the logic of the market, without being given the means to really fulfil their mission” (Bourdieu 1998: 11). One hand repairs what the other one destroys. Structural adjustment programmes have persistently impoverished African economies, causing substantial damage to the remnants of their health and other social systems. This push for neoliberal economic ‘reforms’ by the International Monetary Fund, the World Bank and the World Trade Organization has resulted in what Wade (2005) fittingly calls a “slow-motion Great Train Robbery” of low-income countries. At the same time, however, the UN launched its MDG-based ‘poverty reduction’ campaigns and the Global Fund was created to control three of the world’s major epidemics. No doubt the economic coercion of the right hand of development causes more destruction than the left hand’s social policies or so-called ‘poverty reduction’ programmes could ever repair. The ‘alternative to development’ in many African countries, however, does not necessarily mean the end of oppression, or the emergence of an endogenously constructed welfare state or other forms of solidarity. In a sense, putting an end to aid in the social sectors would amount to closing the fire brigade with the pyromaniacs still on the loose.

To be sure, the inequalities induced by the global economic system are among the root causes of many of the world’s social and medical ills – including HIV/AIDS, the spread of which is fuelled by poverty-related ill health and the prevalence of which is consistently correlated with economic inequality (Stillwaggon 2006). The industrialised countries’ ‘fight’ against the epidemic obviously contributes to legitimising their broader ‘development’ endeavour. Nevertheless, international AIDS-control efforts are not solely about the West’s attempt to improve its political image. HIV/AIDS is a partially autonomous sub-field of development, with its own rules, rationales, and practices. Its protagonists are not merely the unconscious or uncritical vassals of Western imperialism. Their strikingly self-critical

discourses are omitted by post-development theorists' (otherwise forceful) analyses of development discourse (e.g. Rist 2002). The next section argues that, far from being monolithic institutions, development agencies are highly heterogeneous entities. It is important to take this plurality into account in the analysis of development – not in order to claim 'mitigating circumstances' for its protagonists but to fully grasp its complexity and ambiguity.

4. Development agents as radical critics

"When I started, I really didn't want to work on AIDS. I mean, there are so many disgusting things going on in the AIDS business... I didn't want to be associated with that." (Interview Multilateral-12)

No doubt, credulous development officials exist. But rare are those donor agents in the field of HIV/AIDS who uncritically consider international aid and their own action as vectors of genuine progress for Tanzania. While criticism from NGO players is less surprising, it is striking that many bi- and multilateral donor agents in Tanzania spontaneously voice far-reaching criticism of their own agencies' actions. Far from being isolated statements uttered by 'infiltrated revolutionaries', this radical critique illustrates development agents' ability and willingness to critically reflect on their activity in ways completely at odds with their agencies' official discourse. In a discussion about the anti-democratic implications of aid, one bilateral agent, for instance, suggests: "The fundamental question we should ask ourselves is: To what extent can a well-meaning society [his home country or the US] get away with undermining the internal priority-setting process of a country such as Tanzania by placing enormous amounts of money at its disposal?" (Interview Bilateral-17)

Another interviewee denounces the dependency induced by aid and the donor agencies' fundamental hypocrisy. Although they have a precise idea of which activities they want to fund, this bilateral agent explains that they uphold the principle of 'country ownership' to insinuate that African governments are free *not* to accept their offer: "Honestly, which country would *not* go for the money that's out there? Nobody will say: 'No, thank

you very much for proposing, but given our priorities we won't apply for what you propose...' That's ridiculous!" (Interview Bilateral-14)

Similarly, PEPFAR, which represents over 60 percent of AIDS expenditure in Tanzania and grants funding on a five-year basis for irreversible ART roll out, is regularly described as an imperialist endeavour, even by donor agents themselves. Pointing to the dependency induced by PEPFAR, a multilateral agent exclaims: "*Never* I would have signed such an agreement!" (Interview Multilateral-12). Some donors' self-criticism can go as far as to radically question their own *raison d'être*. Following a discussion about the contradictions of development 'cooperation', one bilateral agent with long-standing experience in Tanzania concludes after a brief moment of introspection: "Sometimes I believe that the best way to help Tanzanians would be to simply pack our stuff and get out of here..." (Interview Bilateral-9).

In sum, many AIDS players are deeply aware of the limitations of their own actions. Although some of them are among the first to agree with the failure of development underlined by post-development theorists, they nevertheless stay where they are and continue to do their jobs. No doubt, these people make a good living out of development. Yet, not all of them are cynics. Many are driven by strong convictions and a genuine commitment to social justice and emancipation. Indeed, the sometimes radically critical stance of many donor agents could be due to the fact that they have found their way into development agencies via a past activity as AIDS or social justice activists. They believe that it is probably a bad idea to stay, but they are convinced that leaving would be worse. The consequences of an end of aid for AIDS control make this position understandable.

5. Taking the proponents of an end of aid at their word?

"Imagine the funding for ARVs stopped drastically. People's viral loads would skyrocket! And, say, each HIV-positive person infects one other person in the following year... That would be a complete horror scenario! I don't know if anyone has already looked into that more in detail or if anyone has done some modelling on systemic breakdown, but that could be an absolute disaster!"

(Interview Multilateral-12)

Although not all interviewees envision an equally catastrophic scenario, many of them share their fears about the devastating effects of a poten-

tial cut in international support for AIDS control. In this context, a main concern of people living with HIV in Tanzania is not primarily to “survive development”, as Latouche (2004) puts it, but to survive at all. Since it illustrates the potential effects of an end of aid in a particularly dramatic manner, HIV/AIDS raises the question of to what extent the radical critics’ call for an end of aid could actually be put into practice. Unlike general issues of economic development, public inaction cannot possibly be accepted as an ethically tolerable alternative in the case of HIV/AIDS. The victims of public inaction are, at least in part, known in advance and one could individually list those who would die were international support for antiretroviral treatment to be ceased. One could put names to numbers and faces to names.

To what extent could one uphold a radical critique of aid if its conclusions are not applicable to HIV/AIDS – an empirical example of aid that is neither anecdotal nor essentially different from other development issues? Indeed, although it exacerbates contradictions by making them immediately apparent, the fact that the victims of inaction are ‘identifiable’ in the case of HIV/AIDS does not fundamentally change the underlying ethical argument (McKie/Richardson 2003). AIDS is thus not the only domain where ‘leaving the poor alone’ is ethically questionable; a long list of equally urgent health or nutrition issues could easily be established. Consequently, what can radical theory contribute to critical thought if the consequences of its application to real-life situations seem unbearable? Serving as a catalytic illustration of the complexities of aid, HIV/AIDS arguably reveals a blind-spot in those theories that wish to radically do away with aid. On the one hand, the top-down design and the problematic side-effects of the international AIDS response in terms of dependency, democratic accountability, and the medicalisation of poverty (Hunsmann 2009, 2010) provide some empirical confirmation of central arguments of post-development. On the other hand, the development agents’ self-critical analysis casts into doubt post-development thinkers’ frequently monolithic vision of development, while the predictably catastrophic consequences of an end to international support for AIDS control pose a serious challenge to the post-development call to ‘end aid’.

The following section argues that the above described blind spot of post-development is due to the fact that its theorists situate their critique in a long-term perspective, which at least partially intentionally turns a blind eye to immediate operational concerns.

6. The refusal of urgency and the politics of permanent crisis

“[Aid is] crucial, if you have HIV and are fighting for your life. [...] But not the old, dumb, only-game-in-town aid — smart aid that aims to put itself out of business in a generation or two. ‘Make aid history’ is the objective. It always was. Because when we end aid, it’ll mean that extreme poverty is history. But until that glorious day, smart aid can be a reforming tool [...]” (Bono 2010)

This justification of aid by one of its most famous proponents illustrates the reasoning that post-development theorists radically object to. They argue that, since aid has not even come close to achieving its stated objectives over the last 60 years, hoping that ‘smart aid’ will contribute to making both poverty and aid history is either incredibly naïve or a political sham. Even vague knowledge of the basic findings of the sociology of organisations is sufficient to allow one to understand that ‘aid putting itself out of business’ will undoubtedly remain a vain hope. More fundamentally, by refusing the eternal priority of the ‘urgent’ (here: the imperative to ensure survival), post-development theories place the debate on aid in a long-term perspective. Indeed, much of the pro-aid argument draws on a short-term analysis. By asking what would happen were aid to be stopped overnight, this reasoning implicitly compares the situation ‘before’ to that ‘directly after’ a hypothetical end of aid. As a result, the ‘after’ scene is characterised by the lack of what is no longer there: the services the aid money paid for. This reasoning abstracts from the long-term negative effects of aid on recipient countries’ socio-economic organisation, and political incentive structures.

Post-development theorists, in turn, claim that far from being a potential ‘reform tool’, aid perpetuates patronising power relations and is thus an *obstacle* to change. Their long-term thinking takes into account the positive changes that dependency relations prevent from happening, such as transformations in democratic accountability and their repercussions on practices of citizenship. This ambition of long-term thinking of post-development theorists makes it all the more paradoxical that they tend to omit the fact that significant social and political change is never instantaneous. Flouting the necessarily progressive nature of change, post-development theorists elide the inescapable period of transition between the ‘develop-

ment' they denounce and the 'end of development' they hope and call for. Consequently, they deliberately exclude time from their reasoning. While the followers of 'smart aid' run the risk of getting stuck in what they erroneously believe to be a transition period, many post-development thinkers refuse to even consider its existence.

That being said, giving precedence to a reflection on 'life according to the good' – or *buen vivir*, as many post-development thinkers say – over the conservation of "bare life" (Agamben 1998) is arguably a necessary condition for genuine critical analysis of HIV/AIDS, among other issues. Indeed, global AIDS institutions generally frame their activity as an apolitical humanitarian intervention in an emergency context. The fundamentally political choices involved in HIV prevention and treatment are presented as resulting from rational compromises based on epidemiological and biomedical evidence (Hunsmann 2012). Reducing their role to the mere 'saving of lives' shields the protagonists of humanitarian government from the critique levelled against development as a broader political project by transferring their activity from a political into a moral framework of reference (Schmitt 1963 [1932]; Mouffe 1993; Fassin 2010). To refrain from saving lives immediately at risk, the argument goes, would amount to committing homicide by omission or outright manslaughter. "Those who are on drugs have to stay on drugs", says a multilateral agent, "it would be a *crime* not to grant them access!" (Interview Multilateral-16).

The failure of HIV prevention efforts in sub-Saharan Africa and the increasingly chronic nature of HIV infection (thanks to ART) have progressively transformed the 'emergency response' into the normal state of affairs. Having instituted the "humanitarian exception as the rule" – an expression Fassin and Vasquez (2005) use in another context – the international AIDS response is comparable to what Agamben (2005: 2) calls a "voluntary creation of a permanent state of emergency". Declaring such a state of exception is a fundamentally political operation in that it suspends the requirement of public accountability (Schmitt 1963 [1932]). On the intellectual terrain, the framing of AIDS as a humanitarian emergency, and *nothing but* a humanitarian emergency, arguably has a comparable depoliticising effect in that it becomes difficult, if not impossible, to formulate a radical critique of 'life rescue activities'. It is thus the refusal to accept 'humanitarian emergency' as their main framework of analysis that allows

post-development theorists to ask questions about the finality of life, and hence about individual autonomy and political self-determination, as well as about the “politics that links a not-so-bare life to a more robust practice of citizenship” (Comaroff 2007: 215).

7. Conclusion: Radical critique and the ‘imperative for action’

“In the long run, and all other things being equal, foreign assistance dependence, like drug addiction, destroys rather than enhances the institutional capacities of the users, paralyzes national initiatives [...] and erodes the very basis of national sovereignty.” (Severine Rugumamu 1997: 200)

“[The] long run is a misleading guide to current affairs. In the long run we are all dead. Economists set themselves too easy, too useless a task if in tempestuous seasons they can only tell us that when the storm is long past the ocean is flat again.” (John Maynard Keynes 2000 [1924]: 80)

“[T]o read post-development theory as advocating indifference or inaction is to read it uncharitably”, claims Matthews (2006: 52). To a certain extent, it surely is: not saying what to do is not the same as saying one should not do anything. While many post-development authors, for instance, rightly point to agro-ecological practices as ‘alternatives to development’ in the agricultural sector, none of them proposes a comparably credible ‘alternative to development’ in the field of HIV/AIDS. “The call for practical solutions”, responds Nustad (2007: 44) to this reasoning, “rests on the assumption that the apparatus now in place has the capacity for delivering a solution, and there are important reasons for doubting that premise”. Nevertheless, a paradox of post-development is that, while it (quite understandably) refuses to draw yet another blueprint for a better society, the radicalism of its position is resolutely incompatible with incremental change. No doubt, given the role of demographic concentration, mobility, and modern unsafe medical practices in its spread, HIV would never have reached epidemic proportions in an entirely pre-industrial and pre-colonial Africa (Iliffe 2006; Pepin 2011). Yet, for an end of aid for AIDS control in Africa to be ethically acceptable, post-development would have to be instantaneously and retroactively put into practice on a global scale.

Both imperialism and industrialisation would have to be abolished overnight, along with their historical legacies.

Beyond this purely intellectual reasoning, the question AIDS players could ask post-development theorists is: “Given the present state of affairs, what alternative strategies should we adopt?”. Putting post-development to such a ‘reality test’ is admittedly somewhat unfair as it confronts theories of generalised change with a demand for sector-specific solutions that could be implemented in the world *as it is*. It asks these theories to provide answers in an all-other-things-being-equal setting, although their fundamental claim is that all these ‘other things’ have to change drastically. While this leads to an implicit all-or-nothing approach, which renders post-development theories rather inoperative with respect to HIV/AIDS, being operational is not their pretension (Rist 2007: 445). So, does asking post-development to be operational amount to spitting in the wind? Post-development is mainly a critique of ideology (Ziai 2006) and, as such, it has revealed the erroneous premises and thus the impasse of ‘development’ as an ideology of progress based, among other things, on the devastating illusion of unlimited economic growth and the absurd belief in its desirability. It has made genuine and highly welcome contributions to critical thought and, paradoxically, to development practice. Therefore, Nustad (2007: 35) argues that “the lack of instrumentality is not a weighty argument against the analysis itself”. Consequently, the critique of development *as it is* can and should be distinguished from the call for alternatives. This reasoning raises several questions about the nature and role of critical theory. Is it intellectually satisfying to dissociate radical critique from what could be called an ‘imperative for action’ and the ensuing consciousness of necessarily incremental, reformist solutions? The fact that development practitioners can themselves be highly critical of their own action points to the lack of a clear-cut division of labour between ‘critical’ theorists and ‘pragmatic’ practitioners. It also suggests that critical development theorists, too, should have to grapple, at least intellectually, with the everyday reality of development practitioners and their ‘beneficiaries’ – in this instance, people living with HIV.

In any case, in a situation where inaction leads to mass mortality in the short run, the long run is “a misleading guide to current affairs”, as Keynes puts it. Policymakers are constrained to formulate sub-revolutionary strate-

gies that attempt to reconcile the diverging timescales of what ‘is’ and what ‘should be’. For this task, post-development as a state of mind characterised by the awareness that “those engaged in [popular] struggles may want different things from us than what we are most keen to offer” (Matthews 2007: 135) might provide some inspiration. Nevertheless, it is doubtful that any of these changes would include doing away with international support, let alone with Western medical technology, in the foreseeable future. The alternatives would thus, in a sense, be strategies for alternative development, rather than alternatives to development. Given the scale and scope of a real-life problem such as HIV/AIDS, the contribution of post-development thought will certainly – and in some cases hopefully – fall short of the stated ambitions of its more radical proponents.

As discussed, only a relativist posture grounded in radical constructionism allows the dismissal of an ethical ‘imperative for action’ concerning the African HIV epidemics. As soon as one analyses them using a moderately constructionist perspective, the ‘post’ in post-development becomes elusive. As Ziai (2004: 206-239) notes, there is a thin line between reactionary and progressive thought within post-development theory. While the exclusive focus on ensuring survival is in fact a thought-crippling framework (a *‘reductio ad vitam’* shields against virtually all critique), genuine emancipatory theory requires a reflection upon the conditions of possibility of radical critique in a context where ‘bare life’ is massively and immediately at stake. Radical critique is vital. Yet, for it to be relevant, it must grapple with, rather than shy away from, the contradictions and tensions that arise from the confrontation with inescapable empirical problems.

- 1 I sincerely thank all interviewees for their openness and trust in sharing their views. My thanks also go to Deena Class, Aram Ziai and two anonymous reviewers, all of whom provided valuable comments. The interpretations and all remaining flaws are mine alone.
- 2 This contribution was submitted to *JEP* in June 2011. Although slightly updated before publication, it expresses the author’s analysis of the Tanzanian situation at that moment. This exploratory analysis draws on fieldwork conducted in Tanzania between 2007 and 2009, which included the observation of national-level policy meetings and 92 semi-structured interviews with bilateral (31) and multi-lateral donor agents (18), Tanzanian officials (14), researchers and/or consultants (11), as well as national (7) and international NGO workers (11). All interviewees quoted in this article were employees of one of the following institutions. The bilateral agencies (=bilateral) included in this study are Canada (CIDA), France

(embassy), Germany (GTZ), Ireland (Irish Aid), Japan (JICA), Netherlands (Dutch development cooperation), Switzerland (SDC), and the United States (CDC, PEPFAR, USAID). The multilateral agencies (=multilateral) include FAO, UNAIDS, UNDP, UNFPA, UNICEF, WFP, WHO, and the World Bank. The Tanzanian administrations (=GovSector) are the Ministry of Health, NACP, NIMR, TACAIDS, and TFNC. All interviews of which excerpts are quoted were conducted in Dar es Salaam. The interview dates are the following: Bilateral-9, 25.9.2008; Bilateral-14, 14.10.2008; Bilateral-17, 17.9.2008; Bilateral-30, 9.10.2009; Bilateral-31, 26.10.2009; GovSector-3, 23.9.2008; GovSector-12, 27.10.2009; Multilateral-12, 6.10.2009; Multilateral-16, 29.9.2009. One third of the interviewees were selected *a priori* because they held relevant positions in their organisations. The remaining participants were identified through respondent-driven chain referral sampling. All freely chose to participate, have been granted anonymity, and are therefore quoted with reference to their category of institutional affiliation only.

- 3 These numbers are biased upward, since they include anyone ever enrolled in ART programmes, and thus do not account for dropouts, deaths and double-counting.

References

- Agamben, Giorgio (1998): *Homo Sacer – Sovereign Power and Bare Life*. Stanford: Stanford University Press.
- Agamben, Giorgio (2005): *State of Exception*. Chicago: University of Chicago Press.
- Alvares, Claudio (1992): *Science, development and violence: The revolt against modernity*. Delhi: Oxford University Press.
- Bono (2010): Africa Reboots. In: *The New York Times*, 17.4.2010.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Contre-feux*. Paris: Liber-Raisons d'Agir.
- CDC (2012): Tanzania Country Profile. <http://www.cdc.gov/globalaids/Global-HIV-AIDS-at-CDC/countries/Tanzania>, 6.11.2012.
- Comaroff, Jean (2007): Beyond Bare Life: AIDS, (Bio)Politics, and the Neoliberal Order. In: *Public Culture* 19 (1), 197-219.
- Comeliau, Christian (2003): Controverse sur l' "après-développement". In: Comeliau, Christian (ed.): *Brouillons pour l'avenir – Contributions au débat sur les alternatives*. Geneva: Nouveaux Cahiers de l'IUED No. 5, 117-122
- Epstein, Steven (1996): *Impure Science – AIDS, Activism and the Politics of Knowledge*. Berkeley: University of California Press.
- Esteva, Gustavo (1992): *Fiesta – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik*. Frankfurt: Brandes & Apsel.
- Fassin, Didier (2010): *La raison humanitaire. Une histoire morale du temps présent*. Paris: Éditions de l'EHESS.

- Fassin, Didier/Vasquez, Paula (2005): Humanitarian exception as the rule: The political theology of the 1999 Tragedia in Venezuela. In: *American Ethnologist* 32 (3), 389-405.
- Green, Maia (2003): Globalizing Development in Tanzania: Policy Franchising through Participatory Project Management. In: *Critique of Anthropology* 23 (2), 123-143.
- Hunsmann, Moritz (2009): Political determinants of variable aetiology resonance: explaining the African AIDS epidemics. In: *International Journal of STD & AIDS* 20 (12), 834-838.
- Hunsmann, Moritz (2010): Sida et sécurité nutritionnelle en Tanzanie: des affinités électives. In: *Politique Africaine* 119, 63-86. (English version at: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1806884).
- Hunsmann, Moritz (2012): Limits to evidence-based health policymaking: policy hurdles to structural HIV prevention in Tanzania. In: *Social Science & Medicine* 74 (10), 1477-1485.
- Iliffe, John (2006): *The African AIDS Epidemic – A History*. Oxford: James Currey.
- Illich, Ivan (1969): Outwitting the ‘Developed’ Countries. In: *The New York Review of Books* 13 (8), 20-24.
- Illich, Ivan (1995 [1976]): *Limits to Medicine – Medical Nemesis: The Expropriation of Health*. New York: Marion Boyars.
- Kates, Jenniver/Wexler, Adam/Lief, Eric/Gobet, Benjamin (2012): Financing the response to AIDS in low- and middle-income countries: International assistance from donor governments in 2011. Kaiser Family Foundation & UNAIDS. <http://www.kff.org/hivaids/7347.cfm>, 2.12.2012.
- Keynes, John Maynard (2000 [1924]): *A Tract on Monetary Reform*. Amherst: Prometheus Books.
- Kiely, Ray (1999): The Last Refuge of the Noble Savage? A Critical Assessment of Post-Development Theory. In: *European Journal of Development Research* 11 (1), 30-55.
- Latouche, Serge (2003): Il faut jeter le bébé plutôt que l’eau du bain. In: Comeliau, Christian (ed.): *Brouillons pour l’avenir – Contributions au débat sur les alternatives*. Geneva: Nouveaux Cahiers de l’IUED No. 5, 123-134.
- Latouche, Serge (2004): *Survivre au développement. De la décolonisation de l’imaginaire économique à la construction d’une société alternative*, Paris: Mille et une nuits.
- Matthews, Sally (2006): Responding to Poverty in the Light of the Post-Development Debate: Some insights from the NGO Enda Graf Sahel. In: *Africa Development* 31 (4), 52-72.
- Matthews, Sally (2007): What, then, should we do? Insights and experiences of a Senegalese NGO. In: Ziai, Aram (ed.): *Exploring Post-development: Theory and practice, problems and perspectives*. London: Routledge, 131-144.

- McKie, John/Richardson, Jeff (2003): The Rule of Rescue. In: *Social Science & Medicine* 56 (12), 2407-2419.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. New York: Verso.
- Nustad, Knut G. (2007): Development. The Devil We Know? In: Ziai, Aram (ed.): *Exploring Post-development: Theory and practice, problems and perspectives*. London: Routledge, 35-46.
- Pepin, Jacques (2011): *The Origins of AIDS*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rahnema, Majid (1997): Development and the People's Immune System: The Story of another Variety of AIDS. In: Rahnema, Majid (ed.): *The Post-development Reader*. London: Zed Books, 111-129.
- Rahnema, Majid/Latouche, Serge (2002): Get off their backs! Laissez donc les pauvres tranquilles!". Panel at the International Symposium on Post-development: "Unmaking Development, Remaking The World", 28.2.-3.3.2002. Paris: UNESCO.
- Rist, Gilbert (2007): *Le développement – Histoire d'une croyance occidentale*. Paris: Presses de la FNSP.
- Rist, Gilbert (ed., 2002): *Les mots du pouvoir, sens et non-sens de la rhétorique internationale*. Geneva: Nouveaux Cahiers de l'IUED.
- Rugumamu, Severine (1997): *Lethal Aid: The illusion of socialism and self-reliance in Tanzania*. Trenton, NJ: Africa World Press.
- Schmitt, Carl (1963 [1932]): *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humbolt.
- Stillwaggon, Eileen (2006): *AIDS and the Ecology of Poverty*. Oxford: Oxford University Press.
- TACAIDS (2012): *Public Expenditure Review 2011 HIV and AIDS – Tanzania Mainland*. Dar-es-Salaam: TACAIDS.
- Treillet, Stéphanie (2004): Misère de l'anti-développement. In: *Recherches internationales* No. 72-2, 111-135.
- Wade, Robert Hunter (2005): What Strategies Are Viable for Developing Countries Today? The World Trade Organization and Shrinking of Development Space. In: Gallagher, Kevin (ed.): *Putting Development First, the importance of Policy Space in the WTO and IFIs*. London: ZED-books, 80-101.
- Ziai, Aram (2004): *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik – Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses*. Schriften des Deutschen Übersee-Instituts Hamburg No. 61. Hamburg: DÜI.
- Ziai, Aram (2006): Post-development: Ideologiekritik in der Entwicklungstheorie. In: *Politische Vierteljahresschrift* 47 (2), 193-218.
- Ziai, Aram (ed., 2007): *Exploring Post-development: Theory and practice, problems and perspectives*. London: Routledge.

Abstracts

AIDS-Bekämpfung in Tansania ist nahezu vollständig geberfinanziert. Diese Tatsache ist eine ernsthafte Herausforderung für Post-Development-TheoretikerInnen. Basierend auf Feldforschungen zwischen 2007 und 2009 wird hier der in der Post-Development-Theorie verbreitete Aufruf zur Abschaffung von Entwicklungshilfe einer Realität gegenübergestellt, in der das Überleben eines zunehmenden Teils der tansanischen Bevölkerung direkt von dieser Hilfe abhängt. Auch wenn eine ausschließliche Fokussierung auf die alleinige Erhaltung des „nackten Lebens“ jegliche radikale Kritik von „Hilfe“ unmöglich macht, darf emanzipatorische Kritik nicht die aus einer Konfrontation mit der Realität entstehenden Widersprüche und Spannungen scheuen. Im Gegenteil, sie muss sich mit empirischen Situationen auseinandersetzen, in denen das Überleben von Millionen von Menschen direkt auf dem Spiel steht.

AIDS control in Tanzania is nearly entirely donor-funded. The fact that an increasing share of the country's population directly depends on foreign aid for survival raises dependency concerns with unprecedented acuteness. Based on fieldwork conducted between 2007 and 2009, this article confronts post-development theorists' calls to 'end aid' with the Tanzanian reality. It argues that HIV/AIDS poses a serious challenge to post-development thought. While an exclusively humanitarian focus on the sole preservation of life makes radical critique of aid impossible, genuinely emancipatory critical theory must grapple with, rather than shy away from, the contradictions and tensions that arise from its confrontation with empirical situations where 'bare life' is immediately at stake for millions of people.

Moritz Hunsmann

Institut de recherche interdisciplinaire sur les enjeux sociaux (IRIS)

École des Hautes Études en Sciences Sociales, Paris

Moritz.Hunsmann@ehess.fr

Johanna Neuhauser:
Zwischen Anpassung und
Widerstand. Hausarbeiterinnen
in Recife/Brasilien – Subjekt-
bildung und ihre strukturellen
Bedingungen im peripheren
Kapitalismus. Wien: LIT Verlag
2011, 149 Seiten, 19,90 Euro.

Poststrukturalistisch angeleitete Forschungsarbeiten zählen in den sozialwissenschaftlichen Analysen peripherer Gesellschaften eher zu den Ausnahmerecheinungen. Noch geringer ist die Zahl derjenigen Arbeiten, die poststrukturalistische Ansätze mit historisch-materialistischen Theorien in Verbindung bringen. Genau das gelingt Johanna Neuhauser in ihrer Untersuchung bezahlter Hausarbeit in Recife/Brasilien. Diskurse und Subjektivierungsprozesse von Hausarbeiterinnen werden nicht im luftleeren Raum analysiert, sondern immer wieder an die sozioökonomische Realität, in diesem Fall die große Armut und Ungleichheit im brasilianischen Nordosten, rückgebunden.

Empirisches Ausgangsmaterial bilden dabei 18 qualitative Interviews mit Hausarbeiterinnen, die von der Autorin 2008 durch-

geführt wurden. Diese werden mit unterschiedlichen theoretischen Versatzstücken interpretiert, um der Subjektkonstitution der Hausarbeiterinnen im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Widerstand in den Herrschaftsverhältnissen Brasiliens auf den Grund zu gehen.

In einem ersten Schritt untersucht die Autorin entlang der Kategorien Geschlecht, Klasse und Hautfarbe, wie sich die vornehmlich schwarzen Frauen als Subjekt „Hausarbeiterin“ konstituieren. Im Anschluss daran nimmt sie diejenigen Aussagen der Hausarbeiterinnen in den Blick, die ihre eigene untergeordnete Position innerhalb der brasilianischen Gesellschaft kritisch hinterfragen und somit auf eine widerständige Subjektposition hindeuten. Der vorletzte Teil der Arbeit widmet sich dem konfliktreichen Verhältnis zwischen Hausarbeiterin und Arbeitgeberin, das Neuhauser zufolge die tiefe Gespaltenheit der brasilianischen Gesellschaft widerspiegelt. Im letzten Teil wird schließlich deutlich, dass sich gerade im Bereich der informalisierten Hausarbeit emanzipatorisches Potenzial nur kollektiv freilegen lässt. Die Aussagen zur Hausarbeiterinnen-

gewerkschaft in Recife belegen, dass die gewerkschaftliche Organisation der Hausarbeiterinnen nicht nur die Verhandlungsmacht gegenüber ihren ArbeitgeberInnen steigert, sondern auch zur Schärfung eines kritischen Bewusstseins insgesamt beiträgt.

Durch die Verbindung post-strukturalistischer und historisch-materialistischer Ansätze gelingt es Neuhauser in der Auswertung der Interviews, die Fallstricke beider Theoriestränge zu umgehen. Schon mit dem Titel weist die Autorin darauf hin, dass sich Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse komplexer gestalten, als dies manche Lesarten des marxistischen Klassenbegriffs oder die vor allem in Lateinamerika gebräuchliche Anrufung des als subaltern verstandenen „Volkes“ nahelegen. Durch die intersektionale Herangehensweise am Beispiel der Hausarbeiterinnen kann die Autorin deutlich machen, dass sich Subjektivität entlang mehrerer Kategorien wie Klasse, Geschlecht und Hautfarbe ausbildet. Subalterne sind so gesehen nicht einfach Opfer, sondern selbst Teil von Herrschaftsstrukturen, in die sie sich durchaus auch bereitwillig einfügen. In den Interviews kommt dies etwa im meritokra-

tischen Arbeitsethos der Hausarbeiterinnen und in der Abgrenzung gegenüber vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Gruppen zum Ausdruck. Wie Neuhauser aufzeigt, überlagern sich Subalternität und Dominanz oft in ein und derselben Person.

Für emanzipatorische Organisationsprozesse ergeben sich daraus wichtige Konsequenzen. Die Herausbildung widerständiger Subjektpositionen kann nicht einfach essenzialistisch an Klassenzugehörigkeit oder Hautfarbe rückgebunden werden. Nimmt man die Komplexität kapitalistischer Herrschaft zur Kenntnis, müssen potenzielle Konfliktlinien gerade innerhalb linker Bewegungen ins Auge gefasst werden. Dazu trägt die sorgfältige Analyse der Hausarbeiterinnen und ihrer Gewerkschaft in Recife in erfrischender Weise bei.

STEFAN PIMMER

Schwerpunktredakteur und AutorInnen

Dominik Gilgenbach studierte Politische Wissenschaft sowie Lateinamerika-Studien und promoviert mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema „Demokratie und Demokratieförderung aus einer Perspektive postkolonialer Herrschaftskritik“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Postkoloniale Theorie, Marxismus, Anarchismus, Lateinamerika.

Friederike Habermann ist Ökonomin und Historikerin und beschäftigt sich als freie Wissenschaftlerin unter anderem mit Globalen Sozialen Bewegungen sowie alternativen Wirtschaftsformen.

Alice Hamdi studierte Internationale Entwicklung an der Universität Wien. Ihre Forschungsinteressen sind städtische soziale Bewegungen, Lateinamerika, Autonomie und Selbstorganisationstheorien.

Sebastian Hilf ist Geograph sowie Studierender der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien und in diversen stadtpolitischen Bewegungen aktiv. Seine Forschungsinteressen umfassen Stadtforschung (im Kontext globaler Restrukturierungsprozesse), Süd-Nord-Beziehungen, (Geographische Entwicklungsforschung), Mensch-Umwelt-Beziehungen, Lateinamerika.

Moritz Hunsmann ist Politikwissenschaftler und forscht zu Fragen globaler Gesundheit an der École des Hautes Études en Sciences Sociales, Paris. Seine Dissertation analysiert die Politische Ökonomie der AIDS-Bekämpfung in Tansania.

Bettina Moser studierte Internationale Entwicklung und Deutsch als Fremdsprache. Sie lebt und arbeitet in Regensburg als Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache und engagiert sich in verschiedenen emanzipatorischen Zusammenhängen, zum Beispiel basisdemokratischer Gewerkschaftsarbeit und der Solidarität mit den zapatistischen Gemeinden.

Katharina Schmidt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geographie der Universität Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Geographische Entwicklungsforschung (Post-Development & Postkolonial), Politische Geographie, Stadtforschung, Geographien der Obdachlosigkeit, Lateinamerika (vor allem Brasilien).

Mirjam Tutzer ist Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen (Feministische) Postkoloniale Theorie und Post-Development, Agency und Entwicklung, Mikrofinanzierung.

Aram Ziai ist Soziologe und Politikwissenschaftler sowie Senior Researcher am Zentrum für Entwicklungsforschung in Bonn. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Post-Development, Entwicklungsdiskurs, Globale Politische Ökonomie.

Die letzten Ausgaben

- 4/06 Entwicklung und Bildung / Education and Development
1/07 Approaches to Governance / Governance
2/07 Perspectives on Development Studies / Entwicklungsforschung
3/07 Paulo Freire heute / Popular Education
4/07 Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen / Development Cooperation and Security Politics
1/08 Medien und Entwicklung / Media and Development
2/08 Periphere Staatlichkeit / Peripheral Statehood
3/08 Wachstum – Umwelt – Entwicklung / Growth – Environment – Development
4/08 Global Uneven Development / Globale ungleiche Entwicklung
1/09 Transformation of Global Finance / Transformation des globalen Finanzsystems
2/09 Global Commodity Chains and Production Networks / Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke
3/09 Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat / Solidarity Economics between Market and State
4/09 25 Jahre Journal für Entwicklungspolitik / 25 Years Journal of Development Studies
1/10 Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel / Changing Power Relations in Latin America
2/10 Think-Tanks und Entwicklung / Think-Tanks and Development
3/10 EntwicklungsexpertInnen / Development Experts
4/10 The Nature of Development Studies / Natur und Entwicklungsforschung
1/11 Giovanni Arrighi: A Global Perspective / Giovanni Arrighi: Eine globale Perspektive
2/11 Entwicklungsfinanzierung / Development Finance
3/11 Beyond Transitional Justice / Übergangsgerechtigkeit
4/11 Internet und Demokratie / Internet and Democracy
1/12 Welfare Regimes in the Global South / Sozialstaaten im Globalen Süden
2/12 Tiefe Integration in den Nord-Süd-Beziehungen / Deep Integration
3/12 Socioecological Transformations / Sozialökologische Transformationen

Die kommenden Hefte

- 1/13 Sexualitäten und Körperpolitik / Sexuality and body politics
2/13 Trading Knowledge / Kommerzialisierung von Wissen

Informationen für AutorInnen

Das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) ist eine der führenden wissenschaftlichen Zeitschriften für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik im deutschsprachigen Raum. Alle Beiträge werden anonym begutachtet (double-blind). Die Publikation erfolgt in Englisch oder Deutsch. Die Zielsetzung des JEP ist es, ein Forum für eine breite kritische Diskussion und Reflexion für verschiedene Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklungen in Süd und Nord zu bieten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen theoretischen Weiterentwicklungen im Bereich von Entwicklungsforschung und konkreten entwicklungspolitischen Prozessen ausgelotet. Gesellschaftlich relevantes Wissen über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik wird in einer interdisziplinären Herangehensweise aufbereitet und zugänglich gemacht.

Manuskriptvorschläge können
eingesendet werden an:
office@mattersburgerkreis.at
Weitere Hinweise unter:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Information for Contributors

The Austrian Journal of Development Studies is one of the leading journals in its field in the German speaking area. Articles are reviewed anonymously (double-blind) and published in German or English. The journal provides a forum for a broad critical debate and reflection on different dimensions of societal transformation and on North-South relations. Specifically, the relationship between cutting edge theoretical advances in the field of development studies and actual development policies is addressed. Politically relevant knowledge about issues of development is provided in an accessible, interdisciplinary way.

Article proposals can be sent to:
office@mattersburgerkreis.at
Further information:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Gefördert aus öffentlichen Mitteln der

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXVIII, 4-2012, ISBN 978-3-85476-402-1

Preis des Einzelhefts: Euro 11,90

Preis des Jahresabonnements: Euro 42,00

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Sensengasse 3, A-1090 Wien,

office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep

Das Abonnement kann unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden.

I. Auflage 2012

© Mandelbaum Verlag Wien / Mattersburger Kreis

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Satz: Weiderand Kommunikationsdesign, www.weiderand.net, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Hochschulen, Sensengasse 3, A-1090 Wien

Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.

Reihe GEP: Gesellschaft - Entwicklung - Politik

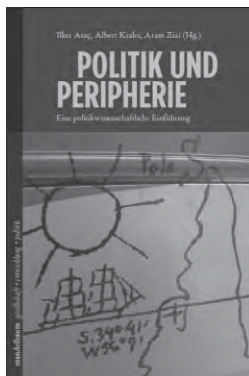
Hg.: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik. www.mattersburgerkreis.at/gep



J. Jäger, E. Springler
ÖKONOMIE DER INTERNATIONALEN ENTWICKLUNG

Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre
mandelbaum verlag, 2012, 384 Seiten, Euro 19.80

Der Band präsentiert eine „multi-paradigmatische“ Einführung in ökonomische Fragen, auch für „Nicht-ÖkonomInnen“.



I. Ataç, A. Kraler, A. Ziai (Hg.)
POLITIK UND PERIPHERIE

Eine politikwissenschaftliche Einführung
mandelbaum verlag, 2011, 348 Seiten, Euro 19.80

Der Band bietet eine Einführung in die Politikwissenschaft aus einer globalen und peripheriezentrierten Perspektive.



F. Kolland, P. Dannecker, A. Gächter, C. Suter (Hg.)
SOZIOLOGIE DER GLOBALEN GESELLSCHAFT
Eine Einführung

mandelbaum verlag, 2010, 385 Seiten, Euro 16.80

Dieser Band führt in zentrale Dimensionen einer transnationalen Sozialstrukturanalyse und Ungleichheitsforschung ein.



K. Fischer, G. Hödl, W. Sievers (Hg.)
KLASSIKER DER ENTWICKLUNGSTHEORIE
Von Modernisierung bis Post-Development

mandelbaum verlag, 2009, 300 Seiten, Euro 16.80

Dieser Band präsentiert die wichtigsten Denkschulen der Entwicklungstheorie anhand ihrer einflussreichsten und prägnantesten Texte.